

**année  
politique  
suisse**

**DIE GESETZGEBUNG IN DEN KANTONEN  
LA LEGISLATION DANS LES CANTONS**

**1989**

Auszüge aus dem Jahrbuch Schweizerische Politik

*Christian Moser*

## Kriterien der Berücksichtigung – Critères de prise en considération

Die nachfolgende Zusammenstellung will in Kurzform einen systematischen Überblick über den legislatorischen Ausdruck des politischen Lebens in den Kantonen vermitteln. Die **Gesetzgebung** wird dabei bereits von dem Stadium an erfasst, wo eine Vorlage zur Vernehmlassung unterbreitet, oder, wenn dies nicht der Fall ist, wo sie zuhanden des Parlaments vorgelegt wird. **Volksinitiativen** werden im Zeitpunkt der Einreichung zum ersten Mal erwähnt. Es ist jedoch jeweils nur der bei Jahresende erreichte Stand der Gesetzgebung bzw. der Behandlung von Initiativen wiedergegeben. Die in Klammern beigefügten Erläuterungen geben bei erstmals vorgelegten Gesetzen den wesentlichen Inhalt oder allenfalls die Zielsetzung an. Bei Gesetzes- und Verfassungsänderungen werden die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem geltenden Recht erwähnt. Bei Vorlagen, deren Behandlung sich über mehr als ein Jahr hinzieht, wird aus Platzgründen in den folgenden Jahren auf die Inhaltsangabe verzichtet und auf die entsprechende Stelle des Vorjahrs verwiesen. Wichtige Änderungen, die sich durch neue Versionen von Regierungsvorlagen oder durch entsprechende Beschlüsse im Laufe der Parlamentsberatungen ergeben, sind jedoch vermerkt. Bei den **lückenlos erfassten Volksabstimmungen** sind neben dem Datum und dem Prozentsatz der annehmenden oder verwerfenden Stimmen auch noch diejenigen Parteiparolen angegeben, die vom Beschluss, oder im Falle der Initiativen, von der Empfehlung des Parlaments abweichen. Neben der Gesetzgebung werden auch wichtige Kreditbeschlüsse, die Gegenstand des obligatorischen oder eines ergriffenen fakultativen Referendums sind, sowie diejenigen Initiativen für die Einreichung einer Standesinitiative erfasst, welche ein auf den betreffenden Kanton beschränktes Begehren zum Inhalt haben. **Weggelassen** werden hingegen Vorlagen betreffend Beitritte zu interkantonalen Vereinbarungen sowie diejenigen Vorlagen, bei denen es sich um eine Anpassung an Bundesrecht ohne wesentliche kantonale Gestaltungsmöglichkeiten handelt, unter der Voraussetzung, dass diese nicht dem obligatorischen Referendum unterstanden.

Le présent résumé vise à donner un bref aperçu systématique de la **forme législative** que prend la vie politique dans les cantons. Dans ce contexte, nous avons recensé les processus politiques à partir du stade où un projet fait l'objet d'une consultation ou d'un message gouvernemental transmis au parlement dans les cas sans procédure de consultation. Les **initiatives populaires** sont répertoriées dès le moment de leur aboutissement. L'état mentionné est, toutefois, celui de la fin de l'année. Les explications entre parenthèses concernant les projets de lois présentés pour la première fois renseignent sur les mesures essentielles ou, du moins, sur leurs objectifs généraux. Dans les cas des modifications constitutionnelles et législatives, seules les innovations les plus importantes par rapport au droit existant ont été mentionnées. Pour les projets dont l'examen s'étend sur plus d'une année, nous avons renoncé, pour des motifs de place, à reprendre la mention de leur contenu lors des années suivantes, à moins que, par exemple, les délibérations parlementaires aient apporté d'autres modifications. Au sujet des **votations populaires** entièrement enregistrées, à côté du jour de la consultation et de la proportion des partisans et adversaires, nous avons mentionné les mots d'ordre des partis qui diffèrent des recommandations du parlement. Mis à part la législation, nous avons répertorié les décisions relatives aux crédits les plus importants, lorsque ceux-ci ont été soumis au référendum obligatoire ou ont fait l'objet d'un référendum facultatif, et aux initiatives des cantons, pour autant que l'objet les concerne exclusivement. En revanche, **nous n'avons pas retenu** les projets de lois portant sur de simples adaptations au droit fédéral, ne laissant aux cantons qu'une faible marge de manoeuvre, ou sur l'adhésion à des concordats intercantonaux.

## Allgemeine Gesichtspunkte – Aspects généraux

### Schwerpunkte

Die quantitativen Schwerpunkte der kantonalen Gesetzgebungstätigkeit lagen wie gewohnt in den Bereichen Justizwesen und **Steuern**. Bei den letzterwähnten versucht fast jeder Kanton, seine Position im Vergleich zu den anderen zu verbessern. Dabei geht es nicht zuletzt auch darum, als Wirtschaftsstandort günstiger dazustehen. Von den eingeführten Steuererleichterungen profitieren in der Regel sowohl die einzelnen Steuerpflichtigen wie auch Unternehmen. Es handelt sich zudem um einen Bereich, wo die Parteien ihre Forderungen häufig mit dem Mittel der Volksinitiative einbringen: Steuerinitiativen standen thematisch bei den 1989 diskutierten Initiativen an der Spitze (vgl. unten). Die zunehmend komplizierter werdenden Sachverhalte in vielen Bereichen, vor allem auch im Umweltsektor mit vielfältigen technischen Aspekten, machten die Parlamentsarbeit anspruchsvoller. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Parteien für ihre Arbeit bessere finanzielle Bedingungen wünschen. Dementsprechend wurden in sechs Kantonen die **Partei- oder Fraktionsentschädigungen** bzw. Taggelder erhöht. Der Aspekt der notwendigen Berücksichtigung von Massnahmen zu einer Verbesserung der Umweltsituation macht sich in sämtlichen Bereichen der Infrastrukturgesetzgebung bemerkbar. Die Verschärfung der Situation im **Wohnungswesen** führte zu einer bemerkenswerten Zunahme der legislatorischen Aktivitäten in diesem Bereich; dabei wird auch vermehrt versucht, mit Volksinitiativen zum Ziel zu gelangen (vgl. unten).

### Totalrevision von Verfassungen

Die Erarbeitung von neuen rechtlichen Grundordnungen ist in der Regel ein Prozess, welcher sich über mehrere Jahre hinzieht. 1989 wurde nur gerade die Totalrevision der Verfassung des Kantons Bern von der Regierung vorgelegt. Eine sehr weitgehende Teilrevision, welche vor allem die Bereiche der Volksrechte, aber auch von Regierung und Parlament anschneidet, wurde im Kanton Zug in Form von neun separaten Vorlagen präsentiert.

### Politische Rechte

Die Herabsetzung der unteren Grenze für das **Stimm- und Wahlrechtsalter** auf 18 Jahre macht weiter Fortschritte. Obwohl im Kanton St.Gallen abgelehnt, nahm die Zahl der Kantone, welche diese Möglichkeit kennen, mit Uri und Bern um zwei Einheiten auf nunmehr dreizehn zu (Baselland, Baselstadt, Bern, Genf, Glarus, Jura, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri, Waadt und Zug). Zwei weitere Stände (Graubünden, Luzern) räumen den Gemeinden die Kompetenz ein, in ihrem Bereich selber darüber zu entscheiden. In vier Kantonen wird

demnächst das Parlament über eine allfällige Herabsetzung zu befinden haben. Als zweitletzter Stand gewährte Appenzell Ausserrhoden den **Frauen** das kantonale **Stimm- und Wahlrecht**, und in Appenzell Innerrhoden wird die Landsgemeinde 1990 über eine entsprechende Vorlage zu befinden haben. Die 1987 auf Bundesebene eingeführte Möglichkeit des **doppelten Ja** bei gleichzeitiger Abstimmung über Initiative und Gegenvorschlag wurde nun auch im Kanton Obwalden eingeführt. Der Kanton Uri beschloss als viertletzter Kanton den **Übergang zum Proporzverfahren** bei der Wahl des kantonalen Parlaments, dies allerdings nur in den sieben Gemeinden mit drei und mehr Landratssitzen. Die Heraufsetzung der für das obligatorische und fakultative Finanzreferendum relevanten **Kreditlimiten** wurde in Schaffhausen vom Volke angenommen, in den Kantonen Bern und Schwyz, im letzteren Fall als Teil einer umfassenderen Vorlage, jedoch bereits vom Parlament abgelehnt. Im übrigen fand zum ersten Mal seit 1984 wieder eine Abstimmung über die kantonale Stellungnahme im Rahmen einer Vernehmlassung im Bereich der Atomenergie statt (Waadt).

### Weitere Besonderheiten

Die **Reduktion der Zahl der Mitglieder von kantonalen Regierungen** scheint langsam zu einem Thema zu werden. Im Kanton Bern wurde eine entsprechende Verfassungsinitiative für eine Reduktion um zwei auf sieben Einheiten etwas überraschend angenommen; in Nidwalden befindet sich ein entsprechendes Vorhaben auf Stufe Parlament. Obwalden und Zug beabsichtigen eine Neudefinition des Status ihrer Regierungsmitglieder, welche bis anhin im Nebenamt praktiziert hatten und nun im Hauptamt im Sinne einer 80prozentigen Beschäftigung amtieren sollen. In den beiden Basel fand die in den letzten Jahren beobachtete Serie von abgelehnten Zivilschutzvorlagen, über die meist aufgrund eines fakultativen Referendums zu befinden war, eine konsequente Fortsetzung. Im weitem erregte namentlich der Kanton Baselland Aufsehen mit einem Entwurf für ein Umweltschutzgesetz, welches weitgehende Massnahmen und neue Instrumente wie Emissionsgutschriften vorsieht.

### Stimmbeteiligung

Die 49 kantonalen Abstimmungstermine verteilten sich 1989 auf bloss 7 verschiedene Daten, wobei 30 Termine mit einem eidgenössischen Abstimmungsdatum zusammenfielen. Vor allem die Lokomotivwirkung des 26. November (Armeeabschaffungsinitiative mit eidgenössischer Stimmbeteiligung von 69,2%) führte dazu, dass die Stimmbeteiligung 1989 im **Durchschnitt der kantonalen Ergebnisse mit genau 41 Prozent den bisherigen Rekordwert für die achtziger Jahre von 1984 egalisierte**. An den Daten, die nicht mit einem eidgenössischen Termin zusammenfielen, wurden jedoch zum Teil sehr niedrige Beteiligungswerte registriert. Insgesamt blieben 15 Abstimmungstermine, d.h. 30,6% der Fälle, unter der 30%-Marke (1983: 46,7%; 1984: 13,6%; 1985: 20,0%; 1986: 26,4%; 1987: 21,3%; 1988: 23,8%). Als absoluter Spitzenreiter bestätigte sich einmal mehr der Kanton Schaffhausen mit einer Beteiligung von 82,4%. Infolge der ausserordentlichen Mobilisationskraft der eidgenössischen Abstimmung vom

26.11. vermochten diesmal 4 Kantone (Solothurn, Thurgau, Zug, Luzern) die 70%-Marke, deren 8 den 60%-Wert und weitere 2 die 50%-Schwelle zu übertreffen. Die schwächste Stimmbeteiligung lieferte der Kanton Waadt mit 5,96%, aber auch die Kantone Obwalden (zweimal), Graubünden und Bern waren mit Beteiligungen zwischen 10 und 20 Prozent in einem Bereich, der vielfach zu Kopfschütteln Anlass gab: dies insbesondere im Kanton Bern, wo die nicht unwichtige Initiative für eine Reduktion der Zahl der Regierungsräte von 9 auf 7 bloss 16,2% der Stimmberechtigten zu mobilisieren vermochte. **Die Zahl der knappen Abstimmungsergebnisse lag im Bereich des Durchschnitts der Vorjahre**, indem 12 von 125 Vorlagen mit Mehrheiten von weniger als 53% angenommen bzw. abgelehnt wurden (1984 und 1985: 25 bzw. 10 von je 127 Vorlagen; 1986: 16 von 116; 1987: 15 von 115; 1988: 7 von 117). Insgesamt standen im Durchschnitt 27,6% aller Stimmberechtigten hinter dem jeweiligen Mehrheitsentscheid (1984: 25,8%; 1985: 25,5%; 1986: 24,2%; 1987: 24,9%; 1988: 27,4%).

## Opposition

Die Gegenstände der kantonalen Volksabstimmungen waren 1989, vor allem wegen der geringen Zahl von fakultativen Referenden, im Mehrjahresvergleich eher wenig umstritten. Bei den 118 Vorlagen, die in den Kantonen mit einer Stellungnahme des Parlaments zur Abstimmung gelangten, **entschied das Volk nur 18mal gegen Beschluss oder Empfehlung seiner gewählten Vertreter** (1983: 21mal bei 105 Vorlagen; 1984: 37mal bei 127 Vorlagen; 1985: 34mal bei 127 Vorlagen; 1986: 14mal bei 116 Vorlagen; 1987: 23mal bei 115 Vorlagen; 1988: 16mal bei 117 Vorlagen). Entsprechend präsentierte sich die Situation bei der **Opposition von Seiten der Parteien**. Die Zahl der gänzlich unbestrittenen Vorlagen war mit 61 – davon 57 dem obligatorischen Referendum unterliegende – die höchste der letzten Jahre. Drei Vorlagen wurden trotzdem abgelehnt (St.Gallen, Schaffhausen, Thurgau). Relativ tief war die Zahl der **oppositionellen Stellungnahmen von Regierungsparteien** und der damit errungenen Erfolge. Bei 33 Vorlagen entschieden eine oder mehrere Regierungsparteien bei der Parolenausgabe gegen den Beschluss des Parlaments; sie drangen dabei in bloss 12 Fällen durch (1983: in 16 Fällen bei 40 bestrittenen Vorlagen; 1984: 25/49; 1985: 30/49; 1986: 5/32; 1987: 16/37; 1988: 14/44). In sieben Kantonen waren eine oder mehrere Regierungsparteien bei zumindest der Hälfte der Vorlagen in Opposition, nämlich in Zürich (9 von 13), Zug (4 von 4), Freiburg (2 von 4), Baselstadt (3 von 4), Tessin und Waadt (je 1 von 1) sowie Genf (2 von 2). Bei den Parteien lag die SP mit 25 Oppositionen an der Spitze (mit 8 "Erfolgen"), gefolgt von der FDP (5 Oppositionen/3 "Erfolge"), LdU (4/3), SVP (4/2), CVP (3/1) und PSU (1/0). Insgesamt 24 Vorlagen stiessen auf die ausschliessliche Opposition von Nichtregierungsparteien, wobei 3 Vorlagen in der Volksabstimmung scheiterten bzw. im Falle einer Initiative entgegen der Parlamentsempfehlung angenommen wurden (Bern, St.Gallen, Schwyz).

## Initiativen

Die **Serie der relativen Erfolge von Volksinitiativen auf kantonaler Ebene** fand auch 1989 eine Fortsetzung. Bei Einbezug der Einzelinitiativen im Kanton Zürich wurden insgesamt 9 von 22 Initiativen, die zur Abstimmung gelangten, vom Volke angenommen (dreimal Zürich, Bern, zweimal Uri, Obwalden, Zug, Tessin). In vier Fällen (zweimal Zürich, Bern, Zug) erfolgte die Annahme entgegen der Empfehlung des Parlaments. Eine weitere Initiative wurden im Kanton Neuenburg vom Parlament angenommen, ohne dass es zu einer Abstimmung kam. Dasselbe gilt für die Konkretisierung einer früher vom Volke angenommenen Initiative durch das Parlament im Kanton Genf. Dagegen konnten 1989 **keine direkten Erfolge von Gegenvorschlägen** in der Volksabstimmung beobachtet werden. In sieben Fällen verabschiedete jedoch das kantonale Parlament in abschliessender Kompetenz Gegenvorschläge zu Initiativen, welche vorher angesichts befriedigender Erfolgsaussichten zurückgezogen worden waren.

Insgesamt standen 1989 in den Kantonen **113 Initiativen zur Diskussion (Lancierung, Einreichung, Behandlung durch die Behörden, Abstimmung, Rückzug)**, wobei die Kantone **Baselland** mit 17, **Baselstadt** mit 15, Zürich mit 13 und Genf mit 8 Initiativen an der Spitze lagen. 38 Initiativen wurden neu eingereicht und 18 erst lanciert (1983: 39/25; 1984: 37/8; 1985: 35/16; 1986: 24/18; 1987: 43/24; 1988: 37/19). Am meisten neu eingereichte Initiativen waren in den Kantonen Baselland mit 5 sowie Baselstadt, Tessin (!) und Genf mit je 4 zu verzeichnen. **Thematisch** standen in den diskutierten Initiativen Begehren aus den Bereichen **Steuern** (22), **Strassen/Verkehr** (18), Umwelt-/Natur-/Heimatschutz (11) sowie Wohnungswesen (10) an der Spitze. Bei den 1989 neu eingereichten Initiativen dominierten die Themenbereiche Steuern (10), Strassen/Verkehr (8) und Wohnungswesen (7). Bei den Autoren der Initiativen überwogen weiterhin die ad hoc gebildeten Initiativkomitees (36 Initiativen) sowie die Interessenvertreter (29). Unter den **Parteien** hatten die **SP** (9), die **Grünen** (8) sowie die CVP/CSP (5) die meisten Initiativen in der Diskussion. Die Zahl der zurückgezogenen Initiativen war mit 12 so hoch wie nie in den letzten Jahren. Dabei fiel auf, dass es sich namentlich um Initiativen handelte, die von bestimmten Interessenvertretern (Verbände etc.) lanciert worden waren. Ungewöhnlich hoch war auch die Zahl der Initiativen (11), die aus verschiedenen Gründen von Regierung und Parlament für ungültig erklärt wurden, wobei in einzelnen Fällen das Bundesgericht das letzte Wort haben wird. Unter den Kantonen fielen dabei Baselland, Baselstadt und Nidwalden mit je drei Ungültigerklärungen besonders auf.

## Fakultative Referenden

Vom Recht zum Ergreifen eines fakultativen Referendums wurde 1989 **eher zurückhaltend Gebrauch gemacht**. 13 wurden neu eingereicht; von den 10, die zur Volksabstimmung gelangten, scheiterte in fünf Fällen die von ihnen anvisierte Vorlage (Baselland, Baselstadt, Genf, Freiburg, Schwyz). 2 von 4 fakultativen Gesetzes- und drei von 6 fakultativen Finanzvorlagen blieben so auf der Strecke.

# 1. Grundlagen der Staatsordnung – Eléments du système politique

## a) Neugliederung der Kantone, Totalrevision der Kantonsverfassungen, Gesetzgebung (Grundsätzliches) – Regroupement des cantons, révision totale des constitutions cantonales, législation (questions de principe)

**Bern:** Änderung der Verfassung (Möglichkeit, bei der Totalrevision der Verfassung nicht nur über die Vorlage als Ganzes, sondern auch über Varianten zu einzelnen Sachfragen abstimmen zu können) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 25.2., 23.11.89). – Totalrevision der Kantonsverfassung vom Regierungsrat vorgelegt (*Bund*, 6.7., 25.8.89; *BZ*, 6.7.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 266).

**Jura:** Aboutissement de l'initiative "UNIR" demandant au Parlement de promulguer une loi en faveur de la réunification (obligation pour le Gouvernement et le Parlement d'orienter leurs décisions de façon à promouvoir la fondation et le développement d'une nouvelle République formée des six districts francophones du Jura historique, également dans ses relations extérieures; inscription dans chaque budget annuel de montants destinés à l'unité institutionnelle du Jura) (*Dém.*, 11.11., 16.11.89).

**Zug:** Teilrevision der Verfassung in neun separaten Vorlagen (Erhöhung der Unterschriftenzahl beim fakultativen Referendum von 500 auf 1 500; Erhöhung der Kreditlimiten beim fakultativen Finanzreferendum: bei neuen einmaligen Ausgaben von 40 000 auf 500 000 Fr. und bei neuen wiederkehrenden Ausgaben von 5 000 auf 50 000 Fr.; Erhöhung der Unterschriftenzahl bei der Volksinitiative von 800 bzw. 1 000 auf einheitlich 2 000; einheitliche Fristen von zwölf Monaten für die Behandlung von Verfassungs- und Gesetzesinitiativen durch das Parlament; Frist von fünf Jahren für Ausarbeitung und Inkraftsetzung des entsprechenden Erlasses nach Annahme einer Initiative; Vereinheitlichung der Verfahren für Volksinitiativen für eine Total- und eine Teilrevision der Verfassung; Trennung der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Gewalt in dem Sinne, dass keine in den durch Verfassung oder Gesetz festgelegten Wirkungsbereich der andern eingreifen kann, damit auch Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in Parlament, Regierung, Gericht und leitenden Beamten in der Verwaltung; verfassungsmässige Absicherung der Immunität für Mitglieder der Regierung und des Parlaments wegen mündlichen oder schriftlichen Äusserungen in den Verhandlungen des Kantonsrates oder der Kommissionen; Kompetenz des Parlaments, bei offensichtlichem Missbrauch der Immunität diese aufzuheben; Erlass von notrechtlichen Massnahmen auf dem Gesetzesweg für den Fall von Katastrophen, kriegerischen Ereignissen oder andern Notlagen, wobei der Regierung und dem Parlament Kompetenzen eingeräumt werden können, welche vorübergehend von der Verfassung



abweichen; Wegfall des Passus über die Zehnten und Grundzinse aus der Verfassung; Aufhebung des Obligatoriums für die Mobiliarversicherung) vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 9.6., 12.6.89; *Vat.*, 10.6., 21.6.89).

## b) Stimmrecht - Droit de vote

**Aargau:** Änderung der Verfassung (Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab dem 18. Altersjahr in Gemeindeangelegenheiten) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*AT*, 19.5., 16.6., 25.10.89).

**Appenzell Innerrhoden:** Änderung der Verfassung (Einführung des integralen Frauenstimm- und -wahlrechts auf Kantons-, Bezirks- und Gemeindeebene) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*SGT*, 31.10., 28.11.89; *NZZ*, 28.11.89).

**Appenzell Ausserrhoden:** Verfassungsänderung zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts (Entscheid über Einführung des Frauenstimmrechts gefolgt von Frage, ob die Institution der Landsgemeinde beibehalten oder abgeschafft werden soll) vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde angenommen, mit Entscheid für eine Abstimmung über die Einführung des kantonalen Frauenstimmrechts an der Landsgemeinde 1989 und über Beibehaltung oder Abschaffung der Landsgemeinde zu einem späteren Zeitpunkt innert vier Jahren; Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*SGT*, 14.2., 1.5.89; *NZZ*, 14.2., 26.4., 2.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 267).

**Bern:** Änderung der Verfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte (Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre auf kantonaler und kommunaler Ebene) sowie Änderung des Gemeindegesetzes und des Gesetzes über die Organisation des Kirchenwesens (Verzicht auf die bisherige Formulierung, wonach die Gemeinden das tiefere Stimmrechtsalter freiwillig einführen können) in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 64,8 bzw. 63,9% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole der EDU, Stimmfreigabe der NA (*Bund*, 25.1., 6.5., 10.5., 29.8., 22.11., 27.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 267).

**Graubünden:** Teilrevision der Verfassung und Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (Kompetenz der Gemeinden zur Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre in Gemeindeangelegenheiten) in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 52,6 bzw. 52,4% Ja-Stimmen angenommen (*BüZ*, 23.2., 6.3.89; *NZZ*, 27.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 267).

**St.Gallen:** Verfassungsänderung für eine Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre auf Gemeindeebene in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 50,2% Nein-Stimmen abgelehnt (*SGT*, 21.2., 24.2., 30.5., 31.5., 5.6.89; *NZZ*, 25.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 267). -

Verfassungsänderung zur Ermöglichung des Ausländerstimmrechts in kirchlichen Angelegenheiten in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 58,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parolen von NA und Auto-Partei (*SGT*, 21.2., 24.2., 30.5., 31.5., 5.6.89; *NZZ*, 25.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 267).

**Schaffhausen:** Änderung der Verfassung (Herabsetzung des Mindestalters für die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten von 20 auf 18 Jahre) vom Regierungsrat in Ausführung einer Motion vorgelegt (*SN*, 22.12.89).

**Solothurn:** Volksmotion der Jungsozialisten für eine Änderung der Verfassung (Herabsetzung des Mindestalters für das Stimm- und Wahlrecht auf 18 Jahre) vom Kantonsrat angenommen (*SZ*, 29.11.89).

**Ticino:** Consegnazione di un'iniziativa popolare per una modifica costituzionale per la riduzione dell'età di voto e di eleggibilità a 18 anni (*CdT*, 21.10., 22.12.89).

**Uri:** Initiative der Jungen CVP für Verfassungs- und Gesetzesänderungen zur Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 55,9 bzw. 56,0% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 1.3., 6.3.89; *Vat.*, 28.2., 6.3.89; *NZZ*, 3.3.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 252; *1988*, S. 267).

### c) Bürgerrecht, Niederlassungsrecht - Droit de bourgeoisie, droit d'établissement

**Bern:** Änderung des Gemeindegesetzes (Erhöhung der gesetzlich festgeschriebenen Höchstsumme der Einbürgerungsgebühren von 2 000 auf 8 000 Franken; Anpassung an das neue Ehe- und Kindesrecht des Bundes) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 14.9., 23.11., 24.11.89).

**Luzern:** Änderung des Gesetzes über das Niederlassungswesen vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 28.2.89; *Vat.*, 28.2., 23.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 267).

**Ticino:** Legge cantonale di applicazione della legge federale concernente la dimora e il domicilio degli stranieri (designazione delle autorità chiamate ad applicare la nuova normativa in caso dell'incarcerazione in vista dell'allontanamento) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 13.3., 14.3.89).

### d) Notstandsrecht, Zivilschutz - Législation d'exception, protection civile

**Baselland:** Gesetz über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter vom Bundesgericht in teilweiser Gutheissung einer Beschwerde in einem Punkt (Verpflichtung des Medizinalpersonals zur Ausbildung für den Einsatz im koordinierten Sanitätsdienst: notwendig wäre eine gesetzliche Grundlage) aufgehoben (*BaZ*, 5.5.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 252). – Teilkredit von 2,55 Mio Fr. für eine Bereitstellungsanlage und Pflichtschutzräume der Betriebsorganisation kantonaler Betriebe Liestal im Rahmen des Baus von Turnhallen der Gewerblichen Berufsschule Liestal in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 26.11. mit 61,3% Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parolen von SP, LdU und Grünen Baselland (*BaZ*, 6.6., 15.11., 15.11., 27.11.89).

**Baselstadt:** Kredit von 1,94 Mio Fr. für die Erstellung eines Zivilschutz-Sektorkommandopostens auf dem Wohnareal "Im Davidsboden" im St.Johann-Quartier in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 4.6. mit 54,8% Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parolen von SP,

POCH, PdA neu, SAP, LdU, GAB, Grüne Mitte und Auto-Partei, Stimmfreigabe von VEW und NA (*BaZ*, 5.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 268).

**Bern:** Gesetz über Beiträge an das Schiesswesen vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 21.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 268).

**Graubünden:** Verfassungsartikel und Gesetz über den zivilen Bevölkerungsschutz in ausserordentlichen Lagen in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 74,2 bzw. 74,9% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen zum Gesetz von SP, Linker Alternative und Gewerkschaftsbund (*BüZ*, 16.1., 1.3., 26.5., 5.6.89; *NZZ*, 1.6.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 252; *1988*, S. 268).

**Valais:** Loi d'application de la loi fédérale sur la protection civile et les abris approuvée par le Grand Conseil (*NF*, 28.9.89).

**Zug:** Änderung des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über den Zivilschutz und die baulichen Massnahmen im Zivilschutz vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 24.2., 28.4.89; *Vat.*, 24.2., 28.4.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 268).

## **e) Zivil- und Strafrecht, Gerichtswesen, öffentliche Ordnung, Datenschutz – Droit civil et pénal, système judiciaire, ordre public, protection des données**

**Appenzell Innerrhoden:** Gesetz über die Handels- und Gewerbepolizei von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*SGT*, 1.5.89).

**Baselstadt:** Kredit von 59,35 Mio Fr. für einen Neubau für das Untersuchungsgefängnis und die Staatsanwaltschaft bei der Heuwaage in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 26.11. mit 54,5% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP, PÖCH, NA, neue PdA und GP/GAB (*BaZ*, 18.5., 29.5., 30.6., 17.11., 22.11., 27.11.89). – Änderung des Gesetzes über das Übertretungsstrafrecht (Einführung der Strafandrohung für Personen, die sich bei Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen unkenntlich machen; Möglichkeit der Bewilligung von Ausnahmen) vom Grossen Rat angenommen. Einreichung des Referendums (*BaZ*, 14.9., 20.9., 31.10.89). – Änderung der Zivilprozessordnung (Erhöhung der Streitwertgrenze von 8 000 auf 20 000 Franken; Zulässigkeit des Beizugs von Rechtsvertretern in den Fällen, in denen ein schriftliches Verfahren vorgesehen ist oder in denen die Gegenpartei mit einem berufsmässigen Prozessvertreter antritt; gesetzliche Regelung der Delegation von Befugnissen des Gerichtspräsidenten an einen Gerichtsschreiber beim sogenannten Vorverfahren) vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 25.1., 20.4.89). – Änderung der Zivilprozessordnung und des Gerichtsorganisationsgesetzes (Anpassung an das Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht) vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 19.4.89). – Änderung des Wahlgesetzes und des Gerichtsorganisationsgesetzes (Nomination der von den Sozialpartnern vorgeschlagenen Kandidaten für die Wahl der Fachrichter am Gewerblichen Schiedsgericht durch den Regierungsrat, falls gleichviele Personen vorgeschlagen werden wie zu wählen sind; bei Vorliegen einer grösseren Zahl von Vorschlägen Wahl der Richter durch den Regierungsrat) vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 28.9.89).

**Bern:** Teilrevision der Zivilprozessordnung (Erlass neuer Bestimmungen zur Erledigung von Streitigkeiten, für die das Bundesrecht ein beschleunigtes Verfahren vorschreibt; Anpassungen ans neue Ehe- und Erbrecht) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 8.9., 13.9., 23.11.89).

**Fribourg:** Modification de la loi d'application du Code civil suisse (compétence de l'Office cantonal des mineurs en lieu et place des Justices de paix pour la surveillance des enfants placés) approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 30.3., 13.4., 18.5., 7.9.89). – Avant-projet de loi sur la police (nouvelle loi abrogeant la loi sur l'organisation du corps de gendarmerie de 1852 et la loi de 1920 sur les activités des agents de sûreté; assomption de l'ensemble des tâches dont l'exécution incombe à la police par la police cantonale; compétence des communes de mettre sur pied leur propre corps de gendarmerie; inscription du commandement unique pour gendarmerie et police de sûreté; soumission des agents de police au statut général des fonctionnaires de l'Etat; obligation pour le policier de travailler avec conscience, courage et discipline et de faire preuve, dans ses relations avec le public, de politesse et d'impartialité; création d'une base légale pour les mesures de prévention, de répression ou de contrainte) mis en consultation en répondant à une motion du Grand Conseil datant de 1912 (eh oui !) (*Lib.*, 8.6.89). – Modification constitutionnelle et loi instituant un Tribunal administratif indépendant (base légale pour la création d'un Tribunal administratif unique, composé de sept juges permanents, qui s'occupera de toutes les contestations administratives) approuvées par le Grand Conseil; la modification constitutionnelle également approuvée en votation populaire le 26.11 par 64,6% des votants (*Lib.*, 23.3., 8.6., 20.9., 18.11., 27.11.89). – Modification de la loi d'organisation judiciaire (prise en charge de tous les frais des tribunaux d'arrondissement par l'Etat) approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 6.4., 20.5., 14.9.89). – Loi instituant un tribunal des baux à loyer (institution de trois tribunaux des baux à loyer par ressort de commission de conciliation; compétence du juge d'infliger une amende à la partie téméraire et de mettre à sa charge tout ou partie des frais; extension du pouvoir d'assister ou de représenter les parties aux gérants d'immeubles et aux personnes représentant des associations de propriétaires et de locataires; limitation des compétences du tribunal aux contestations entre propriétaires et locataires relatives au contrat de bail portant sur une chose immobilière; lors des délibérations parlementaires est introduite la compétence du tribunal des baux dans les conflits entre locataires et sous-locataires) proposée par le Conseil d'Etat comme contre-projet indirect à l'initiative "pour une défense équitable des locataires" et approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 14.4., 15.4., 27.4., 12.5., 19.5., 7.9.89). – Initiative de l'Association fribourgeoise des locataires "pour une défense équitable des locataires" (institution d'un tribunal des baux unique étendant sa juridiction à l'ensemble du canton): le Conseil d'Etat recommande le rejet de l'initiative, qui est retirée après l'approbation de la loi instituant un tribunal des baux à loyer (*Lib.*, 15.4., 27.4., 19.5., 14.9.89; cf. *APS 1985*, p. 200). – Loi d'organisation du tribunal administratif (regroupement de toutes les contestations de droit administratif; intégration des commissions de recours actuelles en matière d'impôt et d'assurances sociales sous forme de cours particulières dotées d'une composition particulière; institution de sept juges professionnels, dont cinq pour les cours administratives) proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 11.12.89; 12.1.90). – Modification de la loi d'organisation judiciaire (composition à trois juges des cours du Tribunal cantonal) proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*,

30.11.89). – Initiative pour l'élection des juges cantonaux par le peuple, cf. 1h) Modes d'élection et de votation.

**Genève:** Modification du Code pénal (transfert de la compétence de convertir les amendes en jours d'arrêts du Procureur général au Tribunal de police, qui statue notamment, quand il y en a, sur les oppositions formées aux amendes susmentionnées) proposée par le Conseil d'Etat (*JdG*, 22.8.89). – Modification de la loi concernant le traitement et la retraite des magistrats du pouvoir judiciaire (augmentation du traitement des juges, du Procureur général et de ses substituts de 600 francs par mois) approuvée par le Grand Conseil. Lancement, mais non-aboutissement du référendum par le PdT (*JdG*, 18.9., 22.9.89).

**Glarus:** Änderung des Einführungsgesetzes zum Obligationenrecht sowie Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Anpassung an Bundesrecht gemäss revidiertem Arbeitsvertragsrecht) von der Landsgemeinde am 7.5. angenommen (*Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1989; Protokoll der Landsgemeinde vom 7. Mai 1989*). – Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Wegfall der Wahlgemeinden als Trägergemeinden der kommunalen Betreibungsämter; Schaffung eines einzigen gesamtkantonalen Betreibungskreises) vom Landrat in Beratung gezogen (*NZZ*, 24.11.89).

**Jura:** Modifications du Code de procédure pénale et de la loi sur l'organisation judiciaire approuvées par le Parlement (*Dém.*, 24.2., 24.5.89; cf. *APS 1988*, p. 270). – Modification du Code de procédure pénale (harmonisation avec l'article constitutionnel traitant de la protection juridique en matière pénale; adaptation à la jurisprudence cantonale et fédérale, notamment en relation avec la Convention européenne des droits de l'homme) proposée par le Gouvernement (*Dém.*, 6.7.89). – Révision du code de procédure pénale proposée par le gouvernement en application d'une motion parlementaire adoptée en 1982 (*Dém.*, 11.8.89; cf. *APS 1988*, p. 270).

**Luzern:** Teilrevision der Strafprozessordnung vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 1.3., 6.6., 27.6.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 254). – Gesetz über den Schutz von Personendaten (staatliche Erhebung und Bearbeitung von Personendaten nur dann, wenn diese "zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben nötig sind" und wenn dafür eine Rechtsgrundlage besteht; Gewährleistung des sorgfältigen Bearbeitens von Personendaten, welche soweit als möglich zu anonymisieren sind und nur mit rechtmässigen Mitteln und nicht wider Treu und Glauben verwendet werden dürfen; Führung eines Registers durch jedes Gemeinwesen, wo Angaben über Zweck und Verfahren des Bearbeitens sowie über Art und Herkunft der Personendaten und deren Empfänger enthalten sind; Informationsrecht einer jeden Person bezüglich der über sie gespeicherten Daten, mit Ausnahmeregelung, wenn überwiegend öffentliche oder private Interessen von Dritten geltend gemacht werden; Einsetzung eines Beauftragten für Datenschutz durch den Regierungsrat; Kompetenz einer jeden Gemeinde, die Vermittlung von Daten zu erlauben, auch wenn vom Gesuchsteller kein schutzwürdiges Interesse glaubhaft gemacht werden kann, aber nicht zuhanden von Werbezwecken; Möglichkeit einer jeden Person, bei der Einwohnergemeinde ihre Daten sperren zu lassen, falls jene nicht zu deren Bekanntgabe verpflichtet ist) vom Regierungsrat vorgelegt (*Vat.*, 17.6., 7.12.89).

**Neuchâtel:** Modification de la loi sur la protection de la personnalité (extension du droit de connaissance de l'intéressé aux données de police, dont la communication peut être limitée, suspendue ou refusée lorsqu'elle est de nature à entraver l'action de la police, notamment pour la prévention de crimes ou de délits, ou pour rechercher les infractions commises et leurs auteurs; lors des délibérations parlementaires est aussi supprimée la limitation de l'accès aux données médicales) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 13.6., 27.6.89). – Nouvelle loi sur la police locale (concrétisation de la répartition des tâches entre les polices cantonale et locales) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 24.1.89).

**Nidwalden:** Neue Strafprozessordnung (verbindlich vorgeschriebene Urteilsbegründung am Prozesstag, mit Verweis auf schriftliche Eröffnung des Urteils nur in Ausnahmefällen; umgehende Zustellung des Urteilsdispositivs an die Verfahrensbeteiligten; Wegfall der Urteilsredaktion, wenn nicht innert zehn Tagen seit der Zustellung des Urteilsdispositivs eine vollständige Ausfertigung des Entscheids verlangt wird; obligatorische Benachrichtigung der Betroffenen über eine durchgeführte Überwachung ihrer Person; Einladung zu einer Verkehrsunterrichtsstunde für Kinder bei deren Übertretungen des Strassenverkehrsgesetzes; Erweiterung der Kompetenzen der Staatsanwaltschaft, welche für den Erlass von Anweisungen an den Verhörer oder den Jugendanwalt zu Untersuchungsergänzungen, zur Genehmigung der Einstellungsverfügung sowie zum Erlass einer Einstellungsverfügung in eigener Kompetenz berechtigt wird) vom Landrat angenommen (*Vat.*, 12.1.89).

**Obwalden:** Formulierte Initiative für eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Aufhebung der Bestimmung, wonach das Verzeichnis der Bevormundeten einmal jährlich im Amtsblatt veröffentlicht werden muss) in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 76,0% Ja-Stimmen angenommen (*Vat.*, 1.3., 6.3.89; *LNN*, 28.2., 6.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 270). – Nachtragsgesetz zum Gerichtsorganisationsgesetz in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 72,9% Ja-Stimmen angenommen (*Vat.*, 1.3., 6.3.89; *LNN*, 28.2., 6.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 270).

**St.Gallen:** IV. Nachtragsgesetz zum Gesetz über die Strafrechtspflege (mit Nachtragsbotschaft wird zusätzlich ein abgekürztes Haftbeschwerdeverfahren eingeführt) vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 22.2., 23.2., 10.5., 12.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 271). – Neues Zivilprozessgesetz vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*SGT*, 11.8., 30.11., 1.12.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 271).

**Schwyz:** Änderung der Strafprozessordnung (relatives Verwertungsverbot bezüglich der Erkenntnisse, die aus der Überwachung eines Angeschuldigten mit einem Geheimnisträger gewonnen worden sind; Ausnahme bei besonders schweren Verbrechen) vom Kantonsrat angenommen (*Vat.*, 1.9.89).

**Solothurn:** Gesetz über den Vollzug von Strafen und strafrechtlichen Massnahmen (gesetzliche Verankerung des bisher in regierungsrätlichen Verordnungen geregelten Strafvollzugs) zur Vernehmlassung vorgelegt (*SZ*, 5.9.89). – Neues Polizeigesetz (gesetzliche Regelung des Polizeigewahrsams, des Schusswaffengebrauchs, des Vorgehens bei Verhaftungen und Festnahmen und bei anderen Zwangsmassnahmen sowie der privatpolizeilichen Tätigkeit von Personen und Privatunternehmen; eingeschränkte Ausschreibung freier Stellen im Korps der

Kantonspolizei; Grundsatz des Tragens der Uniform während des Dienstes; Verankerung einer nicht genau definierten Informationspflicht durch die Polizei) zur Vernehmlassung vorgelegt (SZ, 9.6.89).

**Thurgau:** Revision der Strafprozessordnung (Abschaffung des Kriminal- und des Kassationsgerichts; Fällung erstinstanzlicher Urteile auch bei schweren Delikten durch die Bezirksgerichte, mit Möglichkeit der Berufung an das Obergericht bzw. die Rekurskommission; Verbesserung der Rechtsstellung der Angeschuldigten, Angeklagten und Geschädigten; Ausweitung der Befugnisse der Bezirksämter) vom Regierungsrat vorgelegt (SGT, 18.8.89). – Gesetz über das Petitionsrecht in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 82,5% Ja-Stimmen angenommen (SGT, 28.2., 18.4., 22.9., 25.9.89; NZZ, 20.9.89; vgl. SPJ 1987, S. 255; 1988, S. 271).

**Ticino:** Modifica del codice di procedura civile (esclusione dei praticanti della rappresentanza processuale e svincolo degli altri rappresentanti dai loro singoli settori di competenza) proposta dal Consiglio di Stato (CdT, 21.10.89). – Nuova legge sulla polizia approvata dal Gran Consiglio (CdT, 11.12., 12.12., 13.12.89; v. APS 1986, p. 216; 1987, p. 255). – Modifica del diritto giudiziario (divisione del Tribunale d'appello nelle tre sezioni di diritto civile, di diritto penale e di diritto pubblico; passaggio del numero dei giudici da 17 a 19, di cui 8 attribuiti alla sezione civile, 3 a quella penale e 8 a quella di diritto pubblico) proposta dal Consiglio di Stato (CdT, 21.12.89).

**Uri:** Totalrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Anpassung an Bundesrecht) in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 73,6% Ja-Stimmen angenommen (Vat., 14.2., 16.2., 1.6., 5.6.89; NZZ, 27.5.89). – Lancierung einer Initiative für eine Änderung der Verfassung (Kompetenz der Gemeinden, bei Bedarf eine eigene Polizei zum Einsatz zu bringen, welche für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen hat) (Vat., 24.5.89; LNN, 26.5.89).

**Vaud:** Révision de sept lois cantonales pour garantir que les condamnations pénales émanant d'autorités administratives peuvent être révisées, sur le fond et sur la forme, par une instance judiciaire (introduction d'une procédure d'appel contre les sentences municipales confiée au président du tribunal de district selon une procédure sommaire, mais avec pouvoir de réexamen du dossier sur le fond; refonte du système de conversion des amendes impayées en arrêt, confié lui aussi au président du tribunal de district) approuvée par le Grand Conseil (JdG, 25.1.89; 24 Heures, 25.1., 23.2., 9.5.89). – Modification de la loi sur l'organisation judiciaire (adaptation au nouveau droit fédéral en la matière) mise en consultation (JdG, 19.8.89). – Modification du Code de procédure pénale (compétence pour la cour, dans le cadre de recours en nullité, de faire compléter les preuves si elle a des doutes sur les faits; extension de l'indemnisation à l'accusé libéré qui n'a pas été emprisonné; passage de 10 à 30 jours de la portée de l'ordonnance de condamnation prononcée par le juge informateur; allègement des dispositions sur le secret de l'enquête, qui ne couvrent plus que les éléments de l'enquête et non les faits, et ne s'appliquent plus désormais aux révélations faites aux proches et familiers) approuvée par le Grand Conseil (JdG, 25.9., 14.11., 13.12.89). – Modification du Code de procédure pénale approuvée par le Grand Conseil (24 Heures, 15.11.89; cf. APS 1987, p. 256). – Modification de la loi sur dossiers de police judiciaire (droit pour chacun d'accéder à son dossier de police judiciaire et de demander des rectifications, s'il n'y a pas d'enquête en cours, si on justifie d'un intérêt significatif et si un juge donne le feu vert) approuvée par le Grand Conseil (24 Heures, 11.3., 5.5.89). – Modification

de la procédure cantonale touchant le nouveau droit international privé proposée par le Conseil d'Etat (*JdG*, 19.8.89). - Décret comportant ratification de l'adhésion du canton au concordat réglant la coopération en matière de police en Suisse romande approuvé par le Grand Conseil (*24 Heures*, 23.2.89). - Modification de la loi sur les alarmes contre les effractions et les agressions (réduction des catégories d'édifices reliés à des centres de police aux bâtiments publics ou à ceux contenant des valeurs particulières) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 11.3., 9.5.89). - Modification de la loi sur les communes (inscription dans la loi de l'exigence de la nationalité suisse pour les fonctionnaires des polices municipales) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 5.5.89). - Modification de la loi sur le tribunal des prud'hommes (augmentation des compétences des tribunaux de prud'hommes et du président du tribunal de district pour les litiges jusqu'à 20 000 francs au lieu de 8 000 francs) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 5.5.89).

**Zug:** Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe vom Kantonsrat angenommen (*Vat.*, 30.6., 1.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 272). - Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Einführung des fakultativen Charakters der amtlichen Schätzung des Grundstücks bei der Errichtung von Schuldbriefen) vom Kantonsrat angenommen (*Vat.*, 24.2., 28.4.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 272).

**Zürich:** Einreichung einer formulierten Initiative für den Erlass eines Gesetzes über den Rechtsschutz in Strafsachen (Anspruch von Opfern schwerer Straftaten auf einen unentgeltlichen Rechtsbeistand; Orientierung der Angeschuldigten über ihre Rechte, mit Möglichkeit des Beizugs eines Verteidigers ihrer Wahl, der allen Einvernahmen beiwohnen kann, von Anfang an; Garantie des unbeaufsichtigten Verkehrs zwischen Verteidigung und Angeschuldigten; Überstellung eines Verhafteten innerhalb von 48 Stunden an einen unabhängigen Haftrichter) (*NZZ*, 20.3., 15.6.89). - Behördeninitiative des Gemeinderates der Stadt Zürich für die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Ausrichtung eines angemessenen Beitrags an die Stadt Zürich als Abgeltung zentralörtlicher Polizeiaufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Kriminalpolizei: Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 7.2.89).

## **f) Behörden- und Verwaltungsorganisation - Organisation des autorités et de l'administration**

**Aargau:** Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Rates (Erhöhung der Mitgliederzahl der ständigen Kommissionen von 17 auf 18) vom Grossen Rat angenommen (*AT*, 22.3.89). - Neues Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und dem Obergericht, Geschäftsverkehrsgesetz (in Parlamentsberatungen werden die Entschädigungen an die Fraktionen auf 150 000 Fr. und an jede Fraktion pro Mitglied auf 600 Fr. erhöht, die Bestimmung über die Offenlegung der Interessenbindungen der Ratsmitglieder gestrichen, die Schaffung einer Sekretärstelle anstelle eines eigentlichen Sekretariats beschlossen und aufgrund eines Kommissionsantrages die Parlamentarische Initiative eingeführt, welche von mindestens achtzig Mitgliedern des



Parlaments vorläufig unterstützt werden muss) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*AT*, 21.6., 28.6., 5.7., 23.8.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 256; *1988*, S. 272).

**Appenzell Ausserrhoden:** Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Regierungsräte (Erhöhung der Jahrespauschale auf 90 000 Fr. für Regierungsräte und auf 102 000 Fr. für den Landammann) von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*NZZ*, 26.4., 2.5.89; *SGT*, 1.5.89).

**Bern:** Verfassungsinitiative "sieben statt neun Regierungsräte" (Reduktion der Zahl der Regierungsräte) vom Grossen Rat zur Ablehnung empfohlen und in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 53,5% Ja-Stimmen angenommen. Ja-Parolen von FDP, CVP, NA, LdU, EDU, Auto-Partei und LP (*Bund*, 7.2., 16.9., 20.9., 25.9.89; *BZ*, 7.2., 23.9., 25.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 274). -

Änderung der Verfassung (Unzulässigkeit der Ämterkumulationen zwischen Legislative und Judikative) vom Regierungsrat vorgelegt (*Bund*, 20.10.89). - Neues Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 16.1., 17.2., 21.2., 24.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 273 f.). - Bedag-Gesetz (in Parlamentsberatungen wird die Kompetenz des Grossen Rates zur Genehmigung des Bedag-Jahresberichts sowie die Wahl der Geschäftsleitung durch den Verwaltungsrat eingeführt) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 27.1., 11.5., 12.5., 30.8.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 273). - Totalrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (Verdoppelung der Beiträge an die Grossratsfraktionen; Erhöhung der Entschädigung für den Ratspräsidenten; Einsetzung einer interfraktionellen Konferenz für die Vorbereitung der Richterwahlen, namentlich zur Überprüfung der fachlichen Eignung der Kandidaten; Abschaffung der bisherigen ständigen Kommissionen für Energie, Verkehr und Kantonalbank; Aufnahme der Bestimmung, wonach während einer Legislaturperiode eine Fraktion höchstens einmal das Präsidium beanspruchen kann; Möglichkeit der Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen bei Vorkommnissen von erheblicher Bedeutung) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 18.3., 9.5., 10.5.89).

**Fribourg:** Modification de la loi réglant les traitements et les pensions des conseillers d'Etat, juges cantonaux et du chancelier d'Etat (lors des délibérations parlementaires, la date d'entrée en vigueur de ces nouveaux traitements est fixée au 1er janvier 1992; en outre est introduite la disposition selon laquelle les salaires des conseillers d'Etat seront augmentés chaque fois que le sera l'ensemble des salaires des fonctionnaires de l'Etat, disposition également valable pour la période transitoire jusqu'en 1992) rejetée en votation populaire (référendum facultatif) le 26.11 par 76,8% des votants. Le non recommandé par le PS et "Ecologie et Solidarité" (*Lib.*, 17.2., 22.2., 24.2., 17.3., 8.6., 16.11., 27.11.89; cf. *APS 1988*, p. 274). - Modification de la loi déterminant le nombre et la circonscription des districts administratifs proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 30.3.89)

**Glarus:** Änderung des Gesetzes über die Behörden und Beamten des Kantons Glarus (Anpassung an die Vorschriften der neuen Kantonsverfassung; Anwendung des Gesetzes auch für die Lehrkräfte der Kantonsschule und der Kantonalen Gewerblichen Berufsschule; abschliessende Aufzählung der Kommissionen, welche durch den Landrat gewählt werden; rechtliche Verankerung der Verfassungsbestimmungen über die Unvereinbarkeiten für die Mitglieder des Regierungsrats, welche weder dem Landrat, noch einem Gericht oder einer Gemeindebehörde angehören dürfen und von denen höchstens zwei Mitglied der Bundesversammlung sein dürfen;

Bezeichnung der privaten Erwerbstätigkeiten, welche einem Mitglied des Regierungsrats untersagt sind; Bezeichnung der Beamten, welche von der Landsgemeinde oder vom Landrat gewählt werden; Regelung der Unvereinbarkeit von Beamten mit der Mitgliedschaft im Landrat) von der Landsgemeinde am 7.5. angenommen (*NZZ*, 16.2.89; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1989*; *Protokoll der Landsgemeinde vom 7. Mai 1989*).

**Jura:** Modification de la loi sur le statut des membres de la fonction publique exerçant un mandat parlementaire fédéral (interdiction aux ministres jurassiens de faire partie de conseils d'administration ou de directions d'un organe de surveillance ou de contrôle d'une personne morale à but lucratif, sauf s'il s'agit d'une société ou d'un établissement dépendant de l'Etat ou si les intérêts de celui-ci l'exigent; obligation de verser à l'Etat les jetons de présence touchés dans de tels cas; augmentation du traitement du Gouvernement et fixation de celui-ci au niveau de la classe 25, annuité 10, avec compétence du Parlement de décider sur le pourcentage d'une majoration): début des délibérations au Parlement (*Dém.*, 13.9., 24.11.89).

**Luzern:** Grossratsbeschluss betreffend Lohnerhöhung für Regierungsräte, Obergerichte, Staatschreiber und nebenamtliche Erziehungsräte (Lohnerhöhung und Festlegung der Löhne in Prozenten der obersten Lohnklasse) vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 12.9.89). – Änderung des Grossratsgesetzes (gesetzliche Verankerung der Fraktionsentschädigungen) vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 23.5., 27.6.89). – Grossratsbeschluss für eine Erhöhung der Taggelder und Fraktionsbeiträge (Erhöhung der Taggelder für halbtägige Sitzungen von 75 auf 100 und für ganztägige von 100 auf 200 Franken; Einführung einer Entschädigung von 50 Franken für zusätzliche Abendsitzungen; Erhöhung der Jahrespauschale für Grossratspräsidenten von 3 000 auf 5 000 Franken; Erhöhung der jährlichen Grundentschädigung an Fraktionen von 2 000 auf 10 000 Franken und der Beiträge pro Fraktionsmitglied von 150 auf 400 Franken) vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 21.2., 12.9.89).

**Neuchâtel:** Nouvelle loi sur la responsabilité des collectivités publiques et de leurs agents (introduction de la responsabilité des collectivités publiques pour les actes de leurs agents accomplis dans l'exercice de leurs fonctions et de la responsabilité des agents envers la collectivité publique pour les dommages qu'ils lui causent) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 27.6.89).

**Nidwalden:** Änderung der Verfassung und verschiedener Gesetze (Reduktion der Zahl der Regierungsräte von neun auf sieben) vom Landrat in Beratung gezogen (*LNN*, 9.12., 20.12., 21.12.89; *Vat.*, 21.12.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 274). – Änderung der Verfassung (Übergang der Kompetenz vom Regierungsrat zum Landrat betreffend Zuteilung der Direktionen auf die Departemente): Landrat beschliesst Nichteintreten (*Vat.*, 21.12.89).

**Obwalden:** Neue Organisationsverordnung über den Regierungsrat und die kantonale Verwaltung (Neufestlegung der Führungsaufgaben des Regierungsrats als Kollegialbehörde sowie jene seiner Mitglieder als Vorsteher der Departemente; Informationspflicht des Regierungsrats bezüglich seiner Tätigkeit und der Arbeit der kantonalen Verwaltung; Kompetenz des Landammans (Regierungspräsident), in dringlichen Fällen vorsorgliche Massnahmen anzuordnen oder mittels Präsidialverfügung zu entscheiden, welche später vom Rat genehmigt werden muss;

Bezeichnung des Amtes eines Regierungsrates als Haupttätigkeit im Sinne einer 80prozentigen Beschäftigung; Festlegung von Unvereinbarkeitsbestimmungen und Ausstandsvorschriften bezüglich nebenberuflicher Erwerbstätigkeit; Erhöhung der Taggelder der Regierungsräte, Kantonsräte und kantonalen Kommissionen sowie der Entschädigungen für Richter) vom Kantonsrat angenommen. Einreichung des Referendums (*LNN*, 7.7., 7.8., 25.8., 8.9., 18.10.89; *Vat.*, 8.7., 8.9., 18.10., 30.12.89). – Nachtrag zur Verordnung über die Entschädigungen der nebenamtlichen Behörden und Beamten (Erhöhung des Grundgehaltes für Regierungsräte von 63 000 auf 88 000 Franken, mit zusätzlichem Teuerungsausgleich von mindestens 12,5 Prozent; Erhöhung der Entschädigungen für die Mitglieder des Kantonsrates von 80 auf 120 Franken für halbtägige und von 90 auf 140 Franken für ganztägige Sitzungen; rückwirkendes Inkrafttreten der neuen Ansätze auf den 1. Juni 1989) vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 7.7., 7.8., 25.8., 8.9.89; *Vat.*, 8.7., 8.9.89). – Totalrevision des Verantwortlichkeitsgesetzes als neues Haftungsgesetz (gesetzliche Regelung der Staatshaftung und des Regresses der öffentlichen Hand auf seine Behörden oder Angestellten) in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 79,4% Ja-Stimmen angenommen (*Vat.*, 24.2., 28.4., 25.9.89). – Änderung der Verfassung und des Gesetzes über die Wahl des Kantonsrates (Zahl der Kantonsräte) vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde angenommen, von dieser diskutiert und in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 51,1% bzw. 52,6% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 28.1., 5.6.89; *Vat.*, 28.1., 24.2., 1.5., 31.5., 5.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 274).

**Schaffhausen:** Initiative "zur Verwaltungsrationalisierung" (der Personalaufwand von Verwaltung, Rechtspflege, Schulen und Krankenanstalten darf den Ertrag der ordentlichen Staatssteuer in einem Kalenderjahr nicht übersteigen; Vereinfachung der Verwaltung unter Wahrung der bisherigen Dienstleistungen; Volksabstimmungen ab 1994 über Staatsvoranschlag und Steuerfuss, sofern der Ertrag der ordentlichen Staatssteuer den Personalaufwand nicht deckt) vom LdU eingereicht und vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*SN*, 26.8., 22.11.89). – Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (in Parlamentsberatungen wird beschlossen, dass der Präsident des Obergerichts die Angelegenheiten der Justiz im Parlament nicht persönlich vertreten kann) vom Grossen Rat angenommen (*SN*, 21.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 274 f.).

**Schwyz:** Totalrevision der Ruhegehaltsverordnung in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 4.6. mit 70,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parolen von SVP und Auto-Partei (*LNN*, 24.5., 5.6.89; *Vat.*, 2.6., 5.6.89; *NZZ*, 31.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 275).

**Solothurn:** Kantonsratsgesetz (in Parlamentsberatungen wird entgegen dem zusätzlichen Regierungsantrag die Ausrichtung von Parlamentsbeiträgen mit Beschränkung auf die Fraktionen beschlossen; im weitem Ablehnung der Öffentlichkeit der Kommissionssitzungen und der periodischen Veröffentlichung der Interessenbindungen der Ratsmitglieder; Wahl der staatlichen Vertreter in Aktiengesellschaften durch den Regierungsrat) in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 63,7% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 10.1., 4.3., 8.3., 9.3., 16.3., 26.4., 28.4., 25.9.89; *NZZ*, 10.1., 21.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 275). – Änderung des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom Kantonsrat angenommen (*SZ*, 18.1.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 275). – Kredit von 7,45 Mio Fr. für den Bau

eines neuen Werkhofes für das Kreisbauamt I Solothurn in Zuchwil in der Volksabstimmung vom 2.7. mit 53,3% Ja-Stimmen angenommen (SZ, 3.7.89; NZZ, 1.7.89).

**Ticino:** Iniziativa parlamentare elaborata per una modifica della legge sul Gran Consiglio e i sui rapporti con il Consiglio di Stato (possibilità per ogni gruppo di designare i commissari ai quali ha diritto anche tra i deputati non eletti sulla medesima lista) approvata dal Gran Consiglio (CdT, 13.3., 15.3.89).

**Uri:** Änderung der Verordnung über die Entschädigung der kantonalen Behörden und der Funktionäre im Nebenamt (Einführung von kantonalen Beiträgen an die Landsratsfraktionen für die Kosten, die ihnen durch Sekretariatsarbeit, Dokumentation, Beizug von Referenten und Experten sowie durch interne Bildungsarbeit entstehen; Festlegung einer Pauschale von 3 000 Franken pro Jahr sowie Ausrichtung eines Zuschusses von 150 Franken pro Mitglied; Ausrichtung von 200 Franken an diejenigen Mitglieder, welche keiner Fraktion angehören) vom Landrat angenommen (Vat., 28.11., 14.12.89).

**Zug:** Formuliert Verfassungsinitiative für die Schaffung des Vollamts für Regierungsräte in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 50,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen von CVP, SP und Sozialistisch-Grüner Alternative (LNN, 6.3.89; Vat., 25.2., 6.3.89; vgl. SPJ 1988, S. 276). – Gesetz über die Anstellungsbedingungen der Zuger Regierungsräte (Anstellung der Regierungsräte im Hauptamt mit Beschränkung der zeitlichen Beanspruchung auf vier Fünftel eines Vollpensums; Zulässigkeit einer nebenberuflichen Erwerbstätigkeit, welche jedoch mit dem Regierungsamt inhaltlich vereinbar sein muss; Bezeichnung der unvereinbaren Tätigkeiten, insbesondere neu auch die Übernahme von Verwaltungsrats- und Geschäftsführungsmandaten von Domizilgesellschaften und anderen Unternehmungen, mit Möglichkeit einer Ausnahmebewilligung, wobei der Regierungsrat als Bewilligungsbehörde vorgesehen ist; Festlegung der Besoldung auf vier Fünftel der um 20 Prozent aufgestockten Maximalbesoldung für hauptamtliche Beamte; in Parlamentsberatungen wird die Staatswirtschaftskommission als Bewilligungsinstanz für Nebentätigkeiten eingesetzt) vom Kantonsrat in Beratung gezogen (LNN, 3.7., 1.12.89; NZZ, 3.7.89; Vat., 3.7., 23.11., 1.12.89). – Änderungen im Initiativ- und Referendumsrecht, vgl. 1a) Neugliederung der Kantone, Totalrevision der Kantonsverfassungen, Gesetzgebung (Grundsätzliches)

**Zürich:** Parlamentarische Initiative für eine Ergänzung des Kantonsratsgesetzes (Verpflichtung der Ratsmitglieder, bei ihrem Eintritt ins Parlament und bei allfälligen späteren Änderungen über ihre Interessenbindungen Auskunft zu geben, namentlich betreffend: berufliche Tätigkeit, Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien kommunaler, kantonaler, schweizerischer und ausländischer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts; dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für kommunale, kantonale, schweizerische und ausländische Interessengruppen; Mitwirkung in Kommissionen und andern Organen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden; öffentliche Zugänglichkeit des Registers; Verpflichtung der Ratsmitglieder, deren persönliche Interessen von einem Geschäft unmittelbar betroffen sind, auf ihre Interessenbindungen hinzuweisen, wenn sie sich in einer Kommission oder im Rat äussern) in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 87,6% Ja-Stimmen angenommen (NZZ, 28.2., 11.4., 12.9., 25.9.89; TA, 21.9.89; vgl. SPJ 1987, S. 258). – Einzelinitiative für eine Änderung der

Kantonsverfassung (Beratung der Vernehmlassungen des Regierungsrats in Bundesangelegenheiten durch den Kantonsrat, wenn dies von 60 Mitgliedern gewünscht wird oder wenn der Regierungsrat von sich aus die Vernehmlassung dem Parlament unterbreitet): Regierungsrat beantragt, die Initiative nicht definitiv zu unterstützen (*NZZ*, 19.4.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 258).

### g) Wählbarkeit und Amtsdauer der Behörden - Eligibilité et durée du mandat des autorités

**Baselland:** Änderung der Verfassung (Ausdehnung der Amtszeitbeschränkung von drei auf vier Amtsperioden) in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 53,7% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen vom LdU und den Grünen (*BaZ*, 1.3., 6.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 276).

**Graubünden:** Änderung der Kantonsverfassung, des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat (Übergang von der zwei- zur vierjährigen Amtsperiode für die Grossräte, mit Kompetenz der Kreise, die bisherige Regelung beizubehalten; Änderung der Berechnungsgrundlage für die Zuteilung der Grossratsitze: Übergang von den Volkszählungsergebnissen zu der jährlichen eidgenössischen Statistik über den Bevölkerungsstand; in Parlamentsberatungen wird eine dreijährige Amtsperiode in allen Wahlkreisen beschlossen) vom Grossen Rat angenommen. In der Volksabstimmung vom 26.11. wird die Verfassungsänderung mit 50,1% Ja-Stimmen angenommen, die Gesetzesänderung mit 50,2% Nein-Stimmen abgelehnt. Stimmfreigabe der Gruppe Grünbünden (*BüZ*, 16.2., 2.6., 14.11., 27.11., 28.11., 7.12.89; *NZZ*, 14.11., 9.12.89).

**Obwalden:** Formulierte Initiative für eine Änderung der Verfassung (Wegfall der Bestimmung, wonach hauptamtliche kantonale Beamte und Angestellte nicht in eine kommunale Behörde gewählt werden können) vom Kantonsrat zur Ablehnung empfohlen, von der Landsgemeinde diskutiert und in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 64,1% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parole der CSP (*Vat.*, 28.1., 1.5., 31.5., 5.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 276). - Verfassungs- und Gesetzesänderung als Gegenvorschlag zur CSP-Initiative (Wegfall der Bestimmung, wonach hauptamtliche kantonale Beamte und Angestellte nicht in eine kommunale Behörde gewählt werden können; Festlegung der Wählbarkeit in Gemeindebehörden im einem Wählbarkeitsgesetz, welches die zulässigen Wahlkriterien umschreibt; in Parlamentsberatungen wird zusätzlich gegen die Wählbarkeit von kantonalen Beamten und Angestellten in Gemeinde- und Bezirksräte entschieden) vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde angenommen, von dieser diskutiert und in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 58,1% (Verfassung) bzw. 72,4% (Wählbarkeitsgesetz) Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parole zum Gesetz von der CSP. Mittels Stichfrage, deren Ergebnis wegen Ablehnung beider Vorlagen bedeutungslos ist, wird dem Gegenvorschlag mit 53,7% gegenüber der Initiative der Vorzug gegeben (*Vat.*, 4.1., 28.1., 24.2., 1.5., 31.5., 5.6.89; *LNN*, 19.1., 28.1., 5.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 276).

### h) Wahl- und Abstimmungsverfahren - Modes d'élection et de votation

**Baselstadt:** Nichtformulierte Initiative für eine Änderung des Wahlgesetzes (Aufnahme einer Sperrklausel bei der Wahl des Grossen Rates, derzufolge diejenigen Listen, die ein Quorum von 5 Prozent der gültigen Stimmen in einem Wahlkreis nicht erreichen, kein Mandat zugesprochen erhalten; bei verbundenen Listen Wegfall derjenigen Listen aus der Listenverbindung, die für sich das Quorum von 5 Prozent der gültigen Stimmen nicht erreichen) von der DSP eingereicht (*BaZ*, 8.6., 14.9.89).

**Bern:** Revision des Gesetzes über die politischen Rechte (generelle Zulassung der brieflichen Stimmabgabe; Aufhebung der Stellvertretung; Änderung des Abstimmungsverfahrens bei Initiative und Gegenvorschlag mit Einführung einer Stichfrage für den Fall der Annahme beider Vorlagen; Verpflichtung der Gemeinden, bei Wahlen auch das Werbematerial der Parteien an die Stimmberechtigten zu versenden, mit Übernahme eines Teils der anfallenden Kosten durch den Kanton) zur Vernehmlassung vorgelegt (*BZ*, 23.6.89; *Bund*, 23.6.89).

**Fribourg:** Initiative constitutionnelle du PS pour l'élection des juges cantonaux et des présidents des tribunaux de districts par le peuple: le Conseil d'Etat et le Grand Conseil recommandent le rejet de l'initiative; rejet de l'initiative en votation populaire le 26.11 par 56,6% des votants. Le oui recommandé par le PS et le Parti social-démocrate (*Lib.*, 30.3., 8.6., 20.9., 17.11., 27.11.89; cf. *APS 1987*, p. 259).

**Glarus:** Neues Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen an der Urne (Vereinigung der bisherigen Rechtserlasse in einem einheitlichen systematisch gegliederten Gesetz) von der Landsgemeinde am 7.5. angenommen, bei Gutheissung eines Minderheitsantrags (neue Wahlkreiseinteilung mit 14 anstelle der bisherigen 20 Wahlkreise, mit Vorabzuteilung von drei Mandaten pro Wahlkreis) (*NZZ*, 10.2., 5.5., 8.5.89; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1989*; *Protokoll der Landsgemeinde vom 7. Mai 1989*).

**Jura:** Modification de la loi sur les droits politiques (proposition de deux variantes concernant la réélection des députés-suppléants: 1. la première période effectuée en qualité de suppléant n'est pas prise en considération; 2. les députés et les suppléants ne sont rééligibles que deux fois successivement, sans distinction entre député et député-suppléant; interdiction pour un député-suppléant d'occuper les fonctions de président ou de vice-président du Parlement, de scrutateur ou de président de commission) proposée par le Gouvernement (*Dém.*, 6.7., 10.8.89).

**Obwalden:** Änderung des Gesetzes über Volksabstimmungen in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 71,9% Ja-Stimmen angenommen (*Vat.*, 1.3., 6.3.89; *LNN*, 28.2., 6.3.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 259 f.; *1988*, S. 277).

**St.Gallen:** Revision des Urnenabstimmungsgesetzes (in Parlamentsberatungen wird die Möglichkeit von stillen Wahlen auf Bezirksebene eingeführt) vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 8.2., 10.5., 26.9., 29.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 277).

**Ticino:** Modifica delle leggi elettorali (creazione di basi legali sufficienti permettenti la pubblicazione di elementi informativi più estesi sui risultati elettorali, segnatamente sui voti preferenziali) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 13.3., 14.3.89; v. *APS 1988*, p. 278). – Iniziativa popolare del PPD in materia costituzionale "per una giusta ripartizione dei seggi nell'elezione del Consiglio di Stato" approvata in votazione popolare del 4.6 dal 63,7% dei votanti. Indicazione di

voto negativo pronunciata da PST, PSU, PdL, PSL, UDC e MET (*CdT*, 20.4., 30.5., 31.5., 5.6.89; *NZZ*, 1.6.89; v. *APS 1988*, p. 277 s.).

**Uri:** Initiative des Kritischen Forum Uri "Gleiche Chancen für alle" (Änderung der Verfassung; Einführung des Proporzwahlverfahrens bei den Landratswahlen in den sieben Gemeinden mit drei und mehr Landratssitzen – Altdorf, Erstfeld, Schattdorf, Bürglen, Silenen, Flüelen und Andermatt – wodurch 47 der 64 Landratsmandate nach Proporz bestimmt würden; Kompetenz der 13 Gemeinden mit Majorzsystem, über das Wahlverfahren – Handmehr oder Abstimmung an der Urne – selber zu entscheiden) von Regierungsrat und Landrat zur Annahme empfohlen und in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 59,0% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 17.3., 15.9., 25.9.89; *Vat.*, 13.4., 20.9., 25.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 278).

**Vaud:** Nouvelle loi sur l'exercice des droits politiques (lors des délibérations parlementaires sont réintroduits le "vote à domicile" des malades et handicapés ainsi que les enveloppes de vote) approuvée par le Grand Conseil; la modification constitutionnelle en la matière (clarification des règles du dépôt et du traitement des initiatives constitutionnelles en les harmonisant avec l'article réglant l'initiative législative) a été retirée par le gouvernement avant les délibérations du Grand Conseil (*24 Heures*, 21.2., 22.2., 8.3., 17.5.89; cf. *APS 1988*, p. 278).

**Zürich:** Parlamentarische Initiative für eine Änderung der Staatsverfassung (in Redaktionslesung wird beschlossen, dass anstelle der schweizerischen Wohnbevölkerung die Gesamtbevölkerung massgebend sein soll) in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 67,3% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von FDP und SVP (*NZZ*, 10.1., 24.4., 5.6.89; *TA*, 3.6., 5.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 278). – Einzelinitiative für eine Änderung des Gesetzes über das Vorschlagsrecht des Volkes (Einführung des Verfahrens mit einer Stichfrage bei gleichzeitiger Abstimmung über eine Initiative und einen zugehörigen Gegenvorschlag): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 11.4.89). – Initiative "für eine gerechte Vertretung der Bevölkerung im Regierungsrat (Proporzwahlen)" (Übergang vom Majorz- zum Proporzverfahren bei der Wahl des Regierungsrats, mit Möglichkeit von Listenverbindung, Dreifachkumulation und Panaschieren) von Regierungsrat und Kantonsrat zur Ablehnung empfohlen (*NZZ*, 1.6., 24.6., 7.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 278). – Einzelinitiative für eine Änderung der Kantonsverfassung (Einführung des Proporzwahlverfahrens bei der Wahl der Mitglieder des Regierungsrats): Regierungsrat beantragt, die Initiative nicht definitiv zu unterstützen; Ablehnung der Initiative durch den Kantonsrat (*NZZ*, 1.6., 24.6., 7.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 278).

## i) Referendum und Initiative – Référendum et initiative

**Appenzell Ausserrhoden:** Initiative "zur Respektierung des Volkswillens" (Wiedereinführung der 1985 abgeschafften Möglichkeit, Initiativen im Bereich der Raumplanung in ausformulierter Form einreichen zu können) vom Kantonsrat wegen Verletzung des Gebots der Einheit von Form und Materie für ungültig erklärt (*SGT*, 14.3.89; *NZZ*, 15.3.89). – Änderung der Verfassung im Bereich der Finanzkompetenzen (Erhöhung der Finanzkompetenzen für den Kantonsrat von 0,5 auf 1 Million Franken bei einmaligen und von 60 000 auf 100 000 Franken bei wiederkehrenden

Ausgaben; Erhöhung der Finanzkompetenzen für den Regierungsrat von 40 000 auf 100 000 Franken bei einmaligen Ausgaben) vom Kantonsrat in Beratung gezogen (*NZZ*, 12.12.89).

**Bern:** Teilrevision der Staatsverfassung (Erhöhung der Finanzkompetenzen der Regierung von 200 000 auf 500 000 Fr. und der abschliessenden Finanzkompetenz des Grossen Rates und damit der Kreditlimite für das fakultative Referendum von einer auf vier Millionen Franken) vom Regierungsrat in Ausführung einer Motion vorgelegt; Grosser Rat beschliesst Nichteintreten (*Bund*, 15.3., 12.8., 27.10., 8.11.89).

**Graubünden:** Formuliert Verfassungsinitiative "für die Mitsprache des Bündnervolkes beim Strassenbau" in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 54,2% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen von SP und "Grünbünden" (*BüZ*, 14.2., 23.2., 6.3.89; *NZZ*, 27.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 278).

**Nidwalden:** Initiative für eine Änderung der Verfassung (Übergang der Kompetenz zur Erteilung von Konzessionen für die Nutzung des Untergrundes des Bodens vom Regierungsrat auf die Landsgemeinde, mit Ausnahme der Grundwasser- und Erdwärmennutzung) von Regierungsrat und Landrat für ungültig erklärt (*Vat.*, 1.2., 9.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 278).

**Schaffhausen:** Änderung der Verfassung im Bereich der Finanzkompetenzen in der Volksabstimmung vom 23.4. mit 62,7% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole des LdU (*SN*, 21.4., 25.4.89; *NZZ*, 21.4.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 260 f.; *1988*, S. 278).

**Schwyz:** Neue Vorlage für eine Teilrevision der Verfassung betreffend Neuregelung der Volksrechte (Ausscheidung von Gesetz und Verordnung und Bezeichnung der zu ihrem Erlass zuständigen Organe; Ersetzung des obligatorischen durch das fakultative Referendum bei Gesetzen und Konkordaten; Reduktion der Unterschriftenzahl beim fakultativen Referendum von 2 000 auf 1 000; Verlängerung der Referendumsfrist von 30 auf 60 Tage; Erhöhung der Kreditlimiten beim obligatorischen Finanzreferendum: bei einmaligen Ausgaben von 250 000 auf 5 Mio Fr., bei wiederkehrenden Ausgaben von 50 000 auf 0,5 Mio Fr.; Einführung des fakultativen Finanzreferendums für einmalige Ausgaben von mehr als 2 Mio Fr. und für wiederkehrende Ausgaben von mehr als 0,2 Mio Fr.; Unterstellung der Strassenbaukredite unter das Finanzreferendum; explizite Erwähnung der Möglichkeit, dass eine Verfassungsinitiative sowohl formuliert als auch nichtformuliert eingereicht werden kann; neue Regelung bei gleichzeitiger Abstimmung über Initiative und Gegenvorschlag: Gültigkeit des doppelten Ja, bei Annahme beider Vorlagen obsiegt diejenige mit mehr Ja-Stimmen; Verankerung des Prinzips der Gewaltentrennung mit Unvereinbarkeit der Mandate von Regierungsrat und Kantonsrat; in Parlamentsberatungen wird ein Ausnahmekatalog von Gesetzeserlassen aufgenommen, die obligatorisch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden müssen) vom Kantonsrat in Beratung gezogen und in der Schlussabstimmung abgelehnt (*LNN*, 13.1., 30.8., 1.9., 13.10., 27.10., 29.11.89; *Vat.*, 13.1., 27.7., 1.9., 27.10., 3.11.89; *NZZ*, 20.10.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 261). – Initiative "für mehr Demokratie im Strassenbau" (Änderung der Strassenbauverordnung: Einführung des obligatorischen Referendums bei Strassenbauten mit einem Kreditumfang von mehr als 3 Mio Fr.) vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*Vat.*, 28.12.89; *LNN*, 28.12.89; vgl. *SPJ 1984*, S. 187). – Gegenvorschlag zur Initiative "für mehr Demokratie im Strassenbau" (Einführung des fakultativen Referendums für Strassenbaukredite von mehr als 2 Mio Fr., wobei schon Kredite von



weniger als 2 Mio Fr. referendumsfähig werden können, wenn sie für ein Teilprojekt eines grösseren Vorhabens vom Parlament beschlossen wurden) vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 28.12.89; *Vat.*, 28.12.89).

**Zug:** Änderungen im Initiativ- und Referendumsrecht, vgl. *1a) Neugliederung der Kantone, Totalrevision der Kantonsverfassungen, Gesetzgebung (Grundsätzliches)*

**Zürich:** Änderung des Gesetzes über das Vorschlagsrecht des Volkes aufgrund einer vom Kantonsrat unterstützten Einzelinitiative in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 68,2% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP und POCH (*NZZ*, 10.1., 22.5., 26.5., 5.6.89; *TA*, 3.6., 5.6.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 258; *1988*, S. 278). – Einzelinitiative für eine Revision des Gemeindegesetzes (Verlängerung der Frist für die Ergreifung des Referendums auf kommunaler Ebene von 20 auf 30 Tage): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 11.7.89).

## **j) Gemeinden, Korporationen, Regionalorganisation – Communes, corporations, régions**

**Bern:** Änderung des Gemeindegesetzes (Neuregelung der Ausstandspflicht, welche für Teilnehmer an Gemeindeversammlungen und für Mitglieder der Gemeindeparlamente ganz aufgehoben, für Mitglieder von Spezialkommissionen jedoch neu eingeführt wird; Ausdehnung der Ausstandspflicht auf Wahlgeschäfte; Verpflichtung der Ausstandspflichtigen, ihre Interessen von sich aus offenzulegen; Recht der Ausstandspflichtigen auf Anhörung; Eingrenzung des Kreises der Ausstandspflichtigen durch eine genaue Umschreibung der Voraussetzungen; Aufhebung der Bestimmung, wonach der Regierungsrat Beschlüsse von Amtes wegen aufheben muss, wenn sie unter Verletzung der Ausstandspflicht zustandegekommen sind) vom Regierungsrat vorgelegt (*Bund*, 17.2., 11.8.89). – Änderung des Gesetzes über die Mitwirkungsrechte des Berner Jura und der französischsprachigen Bevölkerung des Bezirks Biel (Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Kompetenz des regionalen Gemeindeverbands, neben dem Lokalradio für den Berner Jura auch ein Lokalradio für den zweisprachigen Amtsbezirk Biel finanziell zu unterstützen) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 25.1., 7.9.89).

**Fribourg:** Modification de la loi sur les communes (modifications lors des délibérations parlementaires: l'introduction du droit d'initiative pour les communes qui ont un Conseil général est liée aux conditions que le nombre de signatures est supérieur à un cinquième des citoyens actifs et que l'initiative ne pourra toucher à un impôt ou une autre contribution publique; suppression de la publicité prévue des procès-verbaux des séances de Conseil communal ou de commissions; lors des délibérations parlementaires en deuxième lecture l'institution d'un Conseil général est laissée libre à toutes les communes de plus de 600 habitants, à l'exception des huit communes de Fribourg, Bulle, Morat, Romont, Estavayer-le-Lac, Châtel-St-Denis, Marly et Villars-sur-Glâne; en outre est réintroduite la nécessité du dépôt des signatures d'un dixième des citoyens en cas d'une initiative communale; l'élection de la commission financière ne doit plus tenir compte équitablement des partis représentés au Conseil communal) approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 15.2., 16.2., 9.6., 23.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 279).

**Ticino:** Nuova legge organica patriziale (riaffermazione esplicita del Patriziato come personalità di diritto pubblico e dell'inalienabilità dei beni; elencazione dei compiti di utilità sociale; definizione degli interventi di natura finanziaria; allargamento della base demografica con la facilitazione dell'accesso alla cittadinanza patriziale, in sintonia con il principio della parità uomo-donna, con il nuovo diritto matrimoniale e con il nuovo diritto di cittadinanza) proposta dal Consiglio di Stato (*CdT*, 9.12.89).

**Valais:** Loi sur les bourgeoisies (loi-cadre; réglementation des conflits d'intérêts entre commune et bourgeoisie, du problème de la gestion et de la jouissance des biens bourgeoisiaux et de l'octroi du droit de cité, dont les dispositions topiques étaient dispersées dans une série de textes légaux disparates et désuets) approuvée par le Grand Conseil sous réserve de la votation populaire (*NF*, 25.1., 26.1., 28.6., 29.6.89).

**Zug:** Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 24.2., 28.4.89; *Vat.*, 24.2., 28.4.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 279).

## 2. Öffentliche Finanzen – Finances publiques

### a) Allgemeines – Généralités

**Aargau:** Finanzhaushaltsgesetz vom Grossen Rat in Beratung gezogen (AT, 12.1., 18.3., 4.10., 1.11.89; vgl. *SPJ 1986*, S. 221).

**Bern:** Neues Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Kompetenz der Gemeinden zum Entscheid, ob sie den Beschluss über Voranschlag und Steueranlage obligatorisch den Stimmberechtigten oder bloss dem Gemeindeparlament unterbreiten wollen; Verzicht des Kantons auf die in vielen Fällen ohnehin bloss symbolische Genehmigungspflicht für Finanzbeschlüsse; Ausbau der Kontrollmechanismen durch Aufsicht der Gemeindedirektion über die Führung des Finanzhaushalts der Gemeinden, bei stichprobenweiser Kontrolle der Rechnungen; Verpflichtung der Gemeinden, ihre Bücher mindestens alle vier Jahre einem Sachverständigen zu unterbreiten; Unterstellung der Schwellenkorporationen unter die Finanzaufsicht des Kantons) zur Vernehmlassung vorgelegt (*Bund*, 4.2.89; *BZ*, 4.2.89). –

Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von Anleihen zur Finanzierung staatlicher Investitionen in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 60,4% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von NA, EDU, DA und PdA, Stimmfreigabe von PSASJ (*Bund*, 31.5., 4.6.89).

**Jura:** Projet de loi pour le financement de la coopération dans tous les domaines (institution d'un fonds de la coopération, alimenté par la part cantonale des impôts des frontaliers que la France rétrocède; gestion du fonds par le Gouvernement; utilisation des moyens du fonds pour la coopération intercantonale, la coopération internationale transfrontalière et la coopération internationale générale) proposé par le Gouvernement (*Dém.*, 14.11.89).

**Schaffhausen:** Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden, Finanzhaushaltsgesetz in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 68,4% Ja-Stimmen angenommen (*SN*, 6.6., 27.6., 25.9.89; *NZZ*, 22.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 280).

### b) Steuern – Impôts

**Aargau:** Revision des Aktiensteuergesetzes (lineare Reduktion des Steuertarifs bei der Reinertrags- und Kapitalsteuer um 15 Prozent; Verzicht auf den Einbezug der gesetzlich vorgeschriebenen Zuweisungen an die Reserven bei der Reinertragssteuer auf der unteren Stufe; Einführung einer Kopfsteuer als Minimalsteuer für Aktiengesellschaften und Genossenschaften; Neuordnung der Holdingbesteuerung durch Präzisierung der zulässigen Tätigkeiten von Holding-Gesellschaften und durch Herabsetzung der Voraussetzungen für die Gewährung des Holdingprivilegs; Einführung der Besteuerung von Kapitalgewinnen aus sogenannten "Verkäufen an sich selbst"; Beschränkung des Verzichts auf die Besteuerung der stillen Reserven des wegziehenden Unternehmens bei ausserkantonaler Ersatzbeschaffung auf diejenigen Fälle, wo

der andere Kanton im Rahmen einer Vereinbarung Gegenrecht hält) zur Vernehmlassung vorgelegt (AT, 2.11.89).

**Appenzell Ausserrhoden:** Änderung des Einführungsgesetzes zum Strassenverkehrsgesetz (Abschaffung der Velosteuer) vom Kantonsrat in Beratung gezogen (SGT, 9.11., 21.11.89).

**Baselland:** Teilrevision des Steuer- und Finanzgesetzes (generelle Senkung der Einkommenssteuer um insgesamt 6 Prozent, mit stufenweiser Einführung während den drei Veranlagungsperioden 1991 und 1993; Erhöhung des Steuerfreibetrags bei der Einkommenssteuer; generelle und stufenweise Senkung der Kapitalsteuer um zweimal je 15 Prozent; sofortige 50prozentige Senkung der Kapitalsteuer für Holdinggesellschaften; Milderung der Doppelbesteuerung der Eigner von Beteiligungskapital durch Einführung eines begrenzten Dividendenabzugs; stufenweise Senkung des Maximalsteuersatzes bei der Ertragssteuer; 50prozentige Reduktion des Eigenmietwerts für selbstgenutztes Wohneigentum während der ersten sechs Jahre Wohnsitz im Kanton; Reduktion des Handänderungssteuersatzes; Verzicht auf Vollindexierung des Gestehungspreises bei der Grundstückgewinnsteuer, der nur noch zu 50 Prozent indexiert werden soll) vom Regierungsrat vorgelegt (BaZ, 12.4., 14.4.89) – Einreichung einer formulierten Initiative "zur gerechten Besteuerung der Wohnkosten", Wohnkosteninitiative (Angleichung der Kataster- bzw. Eigenmietwerte an die marktüblichen Mietpreise; steuerliche Entlastung derjenigen Mieter, Pächter und Wohneigentümer, die im Verhältnis zu ihrem Einkommen zu hohe Wohnkosten – Bruttomiete bzw. Bruttoeigenmietwert – zu bezahlen haben) (BaZ, 14.1., 20.1., 15.6., 26.7.89). – Initiative des LdU "zur Förderung von Wohneigentum" vom Landrat wegen Verletzung des Gleichheitsgebots für ungültig erklärt (BaZ, 20.1.89; vgl. SPJ 1983, S. 196; 1988, S. 280). – Initiative des Hauseigentümerversands "für Sparen und Wohneigentum" vom Landrat wegen Verletzung des Gleichheitsgebots für ungültig erklärt. Verfassungsgericht beschliesst Aufhebung des Landratsentscheids und damit teilweise Gültigkeit der Initiative (BaZ, 20.1., 3.2., 9.11.89; vgl. SPJ 1985, S. 207; 1988, S. 280). – Einreichung einer Initiative "für ein Steuerrabatt-Gesetz" (zehnprozentige Senkung der Steuern der natürlichen und juristischen Personen für die Veranlagungsperioden 1991/92 und 1993/94; Kompetenz des Landrats, für weitere Perioden einen einheitlichen Rabatt von maximal 15 Prozent zu beschliessen; Erhöhung der Progressionsminderung bei Doppelverdienern von 12 000 auf 18 000 Franken) (BaZ, 11.4., 14.9., 8.11.89). – Nichtformulierte Initiative "für Eigentumsförderung" vom Regierungsrat zur Ablehnung beantragt und Teilrevision des Steuer- und Finanzgesetzes vom 4. April 1989 als Gegenvorschlag gegenübergestellt (BaZ, 31.5.89; vgl. SPJ 1988, S. 280). – Einreichung einer Initiative "für einen Verkehrssteuer-Rabatt" (zwanzigprozentige Reduktion der Motorfahrzeugsteuern) (BaZ, 11.4., 14.9., 8.11.89).

**Baselstadt:** Revision des Gesetzes über die direkten Steuern vom Grossen Rat angenommen (BaZ, 8.3., 10.3., 17.3.89; vgl. SPJ 1988, S. 280 f.). – Initiative "für den Abbau extremer Steuerunterschiede im Kanton Basel-Stadt" vom Regierungsrat zur Ablehnung beantragt (BaZ, 15.11.89; vgl. SPJ 1988, S. 280).

**Bern:** Revision des Steuergesetzes (Massnahmen zur steuerlichen Entlastung im Umfange von vier Anlagezehnteln, mittels Übergangstarif für die Jahre 1991 und 1992 und neuem Steuertarif ab 1993; drei Besteuerungsmodelle zur Verringerung der Unterschiede zwischen Ehe- und

Konkubinatspaaren: gemischtes System, Individualbesteuerung und konstantes Teilsplitting; Reduktion des Tarifs für die Grundstückgewinnsteuer; Steuererhöhung für Spekulationsgewinne bei Grundstücken und Ausdehnung der Zeitspanne für deren Erfassung auf eine Besitzesdauer von bis zu 5 Jahren; Wegfall des Kriteriums der Flächengleichheit beim Steueraufschubstatbestand des Tausches von unüberbauten Liegenschaften; rechtsgleiche Behandlung von landwirtschaftlichen Betrieben und Unternehmen beim Geschäftsvermögen im Bereich der Ersatzbeschaffung; Aufschubmöglichkeit bei Privatvermögen, sofern der Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaften wieder im Kanton Bern investiert wird, mit Beschränkung auf ganzjährig selbstbewohnte Eigenheime und Wohnungen; Einführung der Möglichkeit, ertragswertbesteuertes Bauland bei Wegfall dieser Voraussetzung oder beim Verkauf als Bauland rückwirkend auf höchstens 10 Jahre zu besteuern; Reduktion der Besteuerung von Lotteriegewinnen; Erhöhung des Abzugs für Gewinnungskosten und Berufsauslagen der Arbeitnehmer; Abzugsfähigkeit der berufsnotwendigen Weiterbildungskosten; Erhöhung des Abzugs für Rentner und Gebrechliche; Erhöhung der Limiten für das steuerfreie Existenzminimum; Reduktion der Kapitalsteuer; in Regierungsvorlage wird gemischtes System vorgeschlagen; in Parlamentsberatungen wird eine Abzugsmöglichkeit für Mitgliederbeiträge und nachgewiesene Zuwendungen bis höchstens 5 000 Franken an die im Kanton oder in bernischen Gemeinden tätigen Parteien eingeführt, der zusätzliche Kinderabzug für Alleinstehende sowie die Versicherungsabzüge für Verheiratete und übrige Steuerpflichtige auf 1 000, 5 000 bzw. 2 500 Franken festgesetzt und der allgemeine Abzug nur auf 3 500 Franken erhöht) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 27.1., 11.8., 9.11., 10.11., 14.11.89; *BZ*, 27.1.89).

**Fribourg:** Modification de la loi sur l'imposition des véhicules automobiles, des remorques et des cycles (suppression de l'impôt sur les cycles; adaptation du tarif de l'impôt sur les véhicules à moteurs au tarif de l'indice des prix à la consommation si celui-ci varie de 10%; lors des délibérations parlementaires la compétence d'adapter le tarif est laissée au Grand Conseil) approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 6.4., 12.5., 14.9.89).

**Glarus:** Änderung des Gesetzes über das Steuerwesen (Neuregelung der Steuerbewertung der privaten Liegenschaften mit Übergang vom Verkehrswert zum sogenannten Basiswert, welcher sich aus Sachversicherungswert und Bodenpreis zusammensetzt) vom Landrat zuhanden der Landsgemeinde angenommen und von der Landsgemeinde am 7.5. abgelehnt (*NZZ*, 24.1., 27.1., 5.5., 8.5.89; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1989*; *Protokoll der Landsgemeinde vom 7. Mai 1989*).

**Luzern:** Revision des Steuergesetzes (Verbesserungen beim Abzug vom Steuerbetrag für Verheiratete in ungetrennter Ehe; Anhebung des Gewinnungskostenabzugs, des Abzugs für Alleinstehende mit Kindern, der Kinderabzüge und der Abzüge für Alleinerzieher, bei denen Kosten für die Fremdbetreuung von Kindern entstehen; Verankerung der steuerlichen Abzüge für Zuwendungen zugunsten öffentlicher oder gemeinnütziger Zwecke; steuerliche Entlastung für ertragsstarke Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sowie Steuererleichterungen bei betrieblichen Umstrukturierungen; Verdoppelung der Steuerfreigrenzen für Reineinkommen und Reinvermögen der Vereine; Einführung eines Abzugs für Investitionen im Bereich der

Denkmalpflege; umfassendere Berücksichtigung der "subjektiven Schwere des Verschuldens" bei der Strafsteuer) vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 25.8.89; *Vat.*, 25.8.89; *NZZ*, 7.9.89).

**Neuchâtel:** Révision de la loi sur les contributions directes (révision du barème fiscal offrant des allègements notamment pour les personnes seules jusqu'à un revenu imposable de 33 000 francs et pour les personnes mariées jusqu'à 60 000 francs; augmentation de 500 francs de la déduction légale pour enfants ou personne à charge; adaptation de 4% du tarif de l'impôt sur le revenu à l'indice des prix, ayant pour conséquence une augmentation de différentes déductions sociales; prise en compte de la modification du revenu en cas de séparation du couple au cours de l'année précédant l'année de taxation; modification de la base de l'imposition des personnes morales avec introduction du calcul sur la base de l'intensité de rendement, avec fixation de limites inférieures et supérieures) proposée par le Conseil d'Etat et renvoyée en commission par le Grand Conseil (*Express*, 10.1., 24.1.89; *JdG*, 10.1.89). - Révision de la loi sur les contributions directes (réduction linéaire de l'impôt direct cantonal et de la contribution aux charges sociales de 8% par le biais d'un rabais sur bordereau, avec effet rétroactif au 1er janvier 1989) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 24.1.89). - Révision de la loi sur les contributions directes (remplacement de la réduction transitoire et linéaire de 8% par différentes mesures: correction des effets de la progression à froid par le réajustement du barème fiscal; réduction du barème d'impôt en fonction du revenu des contribuables; abaissement du taux de l'impôt maximum; augmentation des déductions personnelles de 100 francs par contribuable, de 200 francs pour les familles monoparentales ainsi que de 500 francs pour des enfants; impôt cantonal sur la fortune: introduction d'une déduction de 25 000 francs par contribuable et de 50 000 francs pour les couples) approuvée par le Grand Conseil (7.11., 16.11., 23.11.89). - Aboutissement d'une initiative du PS "pour une diminution juste et équitable des impôts" (allègements fiscaux particulièrement intéressants pour les personnes seules jusqu'à un revenu imposable de 33 000 francs et pour les personnes mariées jusqu'à 60 000 francs environ; majoration de la déduction pour enfant de 700 francs) (*Express*, 17.2., 11.7.89). - Aboutissement d'une initiative des partis libéral-PPN et radical conçue en termes généraux pour une réforme du système fiscal et une diminution des impôts (réforme complète du régime fiscal selon trois axes: a) moins d'impôts: allègement de la fiscalité sur le revenu et la fortune de toutes les catégories de personnes physiques; encouragement de l'investissement et de l'autofinancement des personnes morales; abaissement de la fiscalité des personnes morales au niveau de celles des cantons proches comme Vaud, Soleure et Fribourg; b) plus d'égalité: répartition plus équitable et remplacement pour les personnes physiques du splitting par le système du quotient familial; mise sur un pied d'égalité de toutes les entreprises qui innovent ou créent des emplois; c) plus de clarté: simplification des barèmes; structuration plus compréhensible de la déclaration d'impôt; intégration dans l'impôt de la contribution aux charges sociales) (*Express*, 30.3.89). -

Modification de la loi sur l'imposition des cycles (abandon de l'impôt cantonal sur les cycles) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 7.11., 23.11.89).

**Nidwalden:** Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr (durchschnittliche Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern um 11,73 Prozent; Streichung der

Velosteuer; in Landratsberatungen wird auf die Erhöhung der Autosteuern nicht eingetreten) vom Landrat angenommen (*LNN*, 31.8., 21.9.89; *Vat.*, 21.9., 28.9.89).

**Obwalden:** Änderung des Gesetzes über die Verkehrsabgaben (Abschaffung der Verkehrssteuer für Fahrräder) in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 89,8% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 28.4., 25.9.89; *Vat.*, 28.4., 17.6., 25.9.89). – Nachtragsgesetz zum Steuergesetz in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 69,1% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 28.2., 6.3.89; *Vat.*, 1.3., 6.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 282).

**St.Gallen:** Revision des Steuergesetzes (Streckung des Steuertarifs für untere und mittlere Einkommensbereiche; Verdoppelung des Freibetrags bei der Vermögenssteuer; Erhöhung der Abzüge für Haushaltsmehrkosten bei Erwerbstätigkeit beider Ehegatten und bei Alleinstehenden mit Kindern, bei den Heil- und Pflegekosten sowie bei den Personenversicherungen und Sparzinsen; Erhöhung der Unkostenpauschale für Unselbständigerwerbende; Erhöhung der Freibeträge für Kinder, Alleinstehende mit Kindern, Rentner, Hausangestellte und bei der Verwandtenunterstützung; Information der Steuerpflichtigen über Abweichungen von der Steuererklärung; Verzicht auf die Eintreibung von Steuerbeträgen bis 15 Franken; Abschaffung der Personalsteuer; Kompetenz der Gemeinden zur Beibehaltung der Vergnügungssteuer; Wegfall der Steuerpflicht der Ehegatten bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie Heraufsetzung der Freibeträge für Nachkommen und Eltern; Streckung des Tarifs bei den Steuern auf dem Reinertrag von Unternehmen; Reduktion der Eigenkapitalsteuer; Erleichterung der Bildung von Holdingstrukturen) vom Regierungsrat vorgelegt (*SGT*, 3.11.89; *NZZ*, 3.11.89). – Einreichung einer nichtformulierten Initiative für eine Änderung des Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben, "Motorfahrzeugsteuer-Initiative" (zwanzigprozentige Reduktion der einfachen Steuer für Motorfahrzeuge und Motorfahrräder; Einführung des fakultativen Referendums für den jährlichen Beschluss des Grossen Rates über den Motorfahrzeugsteuerfuss) durch die Auto-Partei (*SGT*, 12.4., 4.7., 6.10.89). – Einreichung einer nichtformulierten Initiative "Motorfahrzeugsteuern notfalls vors Volk" für eine Änderung des Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben (Einführung des fakultativen Referendums für den jährlichen Beschluss des Grossen Rates über den Motorfahrzeugsteuerfuss) durch den TCS (*SGT*, 12.4., 19.4., 15.7., 6.10.89).

**Thurgau:** Totalrevision des Gesetzes über die Erbschaft- und Schenkungssteuer (Steuerbefreiung der Ehegatten; Neugestaltung der Freibeträge; Vereinheitlichung der Steuersätze) in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 87,6% Ja-Stimmen angenommen (*SGT*, 28.2., 10.3., 16.6., 22.9., 25.9.89; *NZZ*, 20.9.89).

**Ticino:** Consegnazione di un'iniziativa popolare dell'UDC "contro l'aumento automatico delle imposte (progressione a freddo)" (modifica della legge tributaria; correzione automatica della progressione a freddo nel momento in cui vengono superati i 3 punti di rincaro) (*CdT*, 10.1.89). –

Modifica della legge tributaria (riafferma la responsabilità solidale della coppia come principio, inserendo come eccezioni la possibilità per i singoli coniugi di chiedere di rispondere solo per la propria quota, e la possibilità, in caso di insolvenza di uno dei due, che la responsabilità dell'altro venga limitata alla propria quota; tassazione del reddito da attività lucrativa dipendente dei figli soggetti all'autorità parentale solo a partire dall'anno in cui il figlio o

la figlia compiono 18 anni) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 28.2., 22.5., 23.5.89). – Iniziativa parlamentare nella forma generica concernente la modifica della legge tributaria (estensione delle deduzioni per figli agli studi fino al 25. anno e non più fino al 20. anno) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 22.5., 23.5.89). – Modifica della legge tributaria (adeguamento delle aliquote e di alcune deduzioni con un incremento dell'indice nazionale dei prezzi al consumo pari al 5% biennale, e non più al 10% come finora) proposta dal Consiglio di Stato (*CdT*, 13.10.89). –

Modifica della legge sulle imposte e tasse di circolazione dei veicoli a motore (aggiornamento del sistema di calcolo della potenza per autoveicoli leggeri e pesanti e moto alle norme stabilite dall'ordinanza federale, senza ripercussione sull'importo dell'imposta di circolazione; calcolo dell'imposta di circolazione per le motociclette in base alla potenza e non più secondo la cilindrata; possibilità di applicare l'esenzione totale o parziale dall'imposta di circolazione per i veicoli ecologici che funzionano sfruttando l'energia solare ed elettrica) proposta dal Consiglio di Stato (*CdT*, 31.5.89). – Modifica della legge sulle imposte e tasse di circolazione dei veicoli a motore (introduzione dell'assicurazione gratuita per i velocipedi; sostituzione dei contrassegni in alluminio da vignette autocollanti) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 19.6., 21.6.89).

**Vaud:** Modification de la loi sur les impôts (introduction d'un impôt sur les gains immobiliers privés et professionnels lié à la durée de propriété, remplaçant l'impôt actuel proportionnel au taux de 18%; taxation des gains en cas de revente: dans l'année de l'achat 50%, décroissement de 3% par an pendant quatre ans, de 2% pendant huit ans et de 1% pendant douze ans, et fixation à 10% dès la 24e année de propriété) proposée par le Conseil d'Etat et renvoyée en commission par le Grand Conseil (*24 Heures*, 9.9., 7.12.89).

**Zug:** Senkung des Steuerfusses um 5 auf 75 Steuereinheiten in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 4.6. mit 59,7% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP und SGA (*Vat.*, 27.1., 10.2., 10.3., 25.3., 27.5., 5.6.89; *LNN*, 17.5., 5.6.89).

**Zürich:** Revision des Steuergesetzes in Ausführung der vom Volke angenommenen nichtformulierten LdU-Initiative "für eine gerechte Besteuerung von Verheirateten und Alleinstehenden" vom Kantonsrat verabschiedet, mit Empfehlung auf Ablehnung der Vorlage; in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 74,4% Nein-Stimmen abgelehnt (*NZZ*, 25.4., 6.6., 13.9., 25.9.89; *TA*, 21.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 284). – Änderung des Steuergesetzes (Einführung der Vergangenheitsbemessung beim Eintritt von Minderjährigen in die Steuerpflicht; Anhebung der Schwellenwerte für ausserordentliche Haupteinschätzungen und Zwischeneinschätzungen; Verzicht auf Zwischeneinschätzungen bei Erbteilung und Schenkungen; gesetzliche Verankerung der Aufzeichnungspflicht für handelsrechtlich nicht buchführungspflichtige Selbständigerwerbende; Verlängerung der Verjährungsfristen für Nach- und Strafsteuerverfahren; Abbau der maximalen Steuerbelastung für juristische Personen; Vereinfachung der interkommunalen Steuerauscheidung durch Erhöhung des massgebenden Steueranteils; Einführung einer Quellensteuer auf Leistungen der beruflichen Vorsorge an Empfänger im Ausland; Aufhebung der Befreiung von der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuer im Zwangsverwertungsverfahren) vom Regierungsrat vorgelegt (*NZZ*, 16.6., 28.6.89). – Parlamentarische Initiative für eine Änderung des Grundsteuerrechts zur Bekämpfung der Auswüchse auf dem Bodenmarkt (Verschärfung der Abschöpfungspraxis bei



kurzfristigen Spekulationsgewinnen; Aufhebung der Handänderungssteuer): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 22.8.89). – Einzelinitiative für eine Revision des Steuergesetzes (Einkommenssteuer: Befreiung der Entschädigungen nebenamtlicher Mitglieder von kommunalen Legislativ- und Exekutivbehörden, von Verwaltungs- und Schulbehörden, Feuerwehren und kirchlichen Behörden): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 5.9.89). – Einzelinitiative für eine Änderung des Gesetzes über die Verkehrsabgaben (Steuerbefreiung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb sowie von Fahrrädern und Fahrradanhängern): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 24.1.89). –

Nichtformulierte Initiative der SVP "zur Abschaffung der Billettsteuer" in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 57,2% Ja-Stimmen angenommen. Ja-Parolen von SVP, FDP, LdU und Liberal-demokratischer Partei (*NZZ*, 8.2., 21.2., 6.3.89; *TA*, 4.3., 6.3.89; vgl. *SPJ* 1985, S. 211; 1988, S. 283). – Totalrevision des Billettsteuergesetzes als Gegenvorschlag zur Initiative "zur Abschaffung der Billettsteuer" in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 57,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parolen von SVP, FDP und Liberal-demokratischer Partei (*NZZ*, 8.2., 21.2., 6.3.89; *TA*, 4.3., 6.3.89; vgl. *SPJ* 1987, S. 264; 1988, S. 283). – Gesetz über die Besteuerung von Geldspielautomaten (Aufhebung des Billettsteuergesetzes von 1934; Befreiung von Veranstaltungen, welche dem bisherigen Billettsteuergesetz unterstellt waren, von der Abgabe; Einführung einer besonderen Geldspielapparatesteuer im Sinne einer von der jeweiligen Gemeinde festgesetzten monatlichen Pauschalabgabe; Festlegung eines Minimalbetrags, welcher vom Regierungsrat der Teuerung angepasst werden kann, falls diese sich um mindestens zehn Prozent erhöht hat) vom Regierungsrat in Ausführung der am 5.3.89 angenommenen Volksinitiative vorgelegt (*NZZ*, 27.7.89).

### **c) Finanzausgleich, Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden – Péréquation financière, répartition des tâches et des charges entre le canton et les communes**

**Fribourg:** Avant-projet de loi sur la péréquation intercommunale (institution d'une péréquation des ressources financières des communes, basée sur le rendement fiscal par habitant et par commune, calculée pour des taux de un franc par franc payé à l'Etat sur le revenu et la fortune des personnes physiques et sur le bénéfice et les fonds propres des personnes morales; classification des communes – pondérée de plusieurs filtres – en communes "payantes" ou "bénéficiaires" selon leur différence par rapport à la moyenne cantonale tout en abandonnant le critère de l'effort fiscal et en maintenant les critères de ressources financières et de charges de chaque commune; introduction d'un système de calcul tenant compte pour deux tiers des ressources financières – impôt sur le revenu et la fortune des personnes physiques, impôt sur le bénéfice et les fonds propres des personnes morales – et pour un tiers des besoins composés des trois critères de la densité de population, de l'inverse du taux d'activité et de l'évolution démographique): début des délibérations au Grand Conseil (*Lib.*, 6.4., 23.9., 17.11.89).

**Graubünden:** Gesetz über die Entflechtung der Finanzströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden (Wegfall der Gemeindebeiträge an AHV, IV und Ergänzungsleistungen, an die

Familienzulagen in der Landwirtschaft, an die Förderung Behinderter, an die Berufsberatung und an den Strassenunterhalt; Verminderung der Kantonsbeiträge an die Besoldungsaufwendungen der Gemeinden für die Volksschullehrer, welche neu abgestuft nach der Finanzkraft der Gemeinden innerhalb einer Beitragsspanne von 20 bis 55 Prozent ausgerichtet werden sollen) vom Regierungsrat vorgelegt (*BüZ*, 13.7., 10.11., 22.12.89; *NZZ*, 17.7.89).

**Nidwalden:** Neues Finanzausgleichsgesetz (Neukonzeption des Systems, wobei zuerst berechnet wird, was die Gemeinden aufgrund ihrer Steuerkraft und ihres Finanzbedarfs brauchen; Zuteilung der vorhandenen Gelder zu 75% an die Steuerkraft und zu 25% an den Finanzbedarf; Verpflichtung der reichen Gemeinden zu Beitragsleistungen, welche bis maximal einem Drittel über denjenigen des Kantons liegen) vom Landrat in Beratung gezogen (*LNN*, 10.10., 8.11.89).

**Zug:** Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Lehrerbesoldungsgesetzes, des Schulgesetzes und des Gesetzes über den Finanzhaushalt von Kanton und Gemeinden (Verstärkung des horizontalen Finanzausgleichs, indem die gesamte Steuerkraft als Massstab für allfällige Beitragsleistungen herangezogen wird; Erhöhung des Subventionsansatzes für die Lehrerbesoldungen) vom Kantonsrat angenommen (*Vat.*, 30.6., 1.9.89).

**Zürich:** Neues Gesetz über die Staatsbeiträge vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*NZZ*, 30.9., 3.10., 4.12.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 284).

#### d) Kantonalbanken – Banques cantonales

**Bern:** Gesetz über die Berner Kantonalbank (Rahmengesetz; rechtliche Grundlage für den Zusammenschluss der Hypothekarkasse des Kantons Bern und der Kantonalbank von Bern; Kompetenz zur Herausgabe von Partizipationsscheinen bis zum gesamten Betrag des Dotationskapitals; Möglichkeit, das Partizipationskapital höher zu verzinsen als die Dotationsgelder; Übergang der Kompetenz zur Festlegung der Höhe der Zinsausschüttung vom Grossen Rat auf den Bankrat; in Parlamentsberatungen wird eine Einschränkung der Auslandsgeschäfte aus ethischen Gründen sowie die Ernennung der Mitglieder des Bankrats durch den Grossen Rat abgelehnt) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 18.2., 16.11., 17.11.89).

**Glarus:** Neues Gesetz über die Glarner Kantonalbank (gesetzliche Grundlage für die Schaffung eines Partizipationsschein-Kapitals; Beteiligung der Ortsgemeinden entsprechend ihrer Wohnbevölkerung mit zehn Prozent am Reingewinn) von der Landsgemeinde am 7.5. angenommen (*NZZ*, 16.2., 2.3., 5.5., 8.5.89; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1989*; *Protokoll der Landsgemeinde vom 7. Mai 1989*).

**Schwyz:** Änderung des Bankgesetzes (Kompetenz der Kantonalbank, Partizipationsscheine bis zu einem Viertel des Dotationskapitals herauszugeben) vom Kantonsrat angenommen (*Vat.*, 25.7., 27.10.89).

**Zürich:** Teilrevision des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 57,9% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP, GP, LdU, NA, POCH und

Gewerkschaftsbund (NZZ, 7.2., 17.5., 24.5., 26.5., 5.6.89; TA, 3.6., 5.6.89; vgl. SPJ 1987, S. 265; 1988, S. 284).

### 3. Wirtschaft – Economie

#### a) Allgemeines – Généralités

**Appenzell Innerrhoden:** Gesetz über den unlauteren Wettbewerb von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*SGT*, 1.5.89).

**Baselland:** Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven (Anpassung an Bundesrecht; in Parlamentsberatungen wird zuerst beschlossen, dass bereits Betriebe mit 10 Mitarbeitern zur Reservebildung zugelassen werden, dann jedoch an der Grenze von 20 Mitarbeitern festgehalten) in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 72,5% Ja-Stimmen angenommen (*BaZ*, 18.2., 6.3.89; *NZZ*, 22.2.89).

**Baselstadt:** Initiative der PdA "für die Erhaltung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen" in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 60,3% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen von SP, DSP, POCH, PdA, SAP und GAB, Nein-Parolen von FDP, CVP, LP, VEW, NA, Grüne Mitte und Auto-Partei, Stimmfreigabe des LdU (*BaZ*, 31.5., 5.6.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 266; *1988*, S. 285). – Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven (Anpassung an Bundesrecht; in Parlamentsberatungen werden bereits Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern zur Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven zugelassen) vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 10.2.89).

**Bern:** Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven (Anpassung an Bundesrecht; Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern werden zur Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven zugelassen) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 30.8., 8.11.89).

**Fribourg:** Loi instituant une procédure simple et rapide en matière de protection des consommateurs et de concurrence déloyale (institution et garantie d'une procédure simple et rapide; compétence du juge de paix pour les contestations dépourvues de valeur litigieuse ou portant sur un montant inférieur à 1 000 francs, et du président du tribunal de district pour les litiges entre 1 000 et 8 000 francs; lors des ses délibérations, le parlement vote contre l'assistance judiciaire gratuite): début des délibérations au Grand Conseil (*Lib.*, 29.6., 22.7., 30.9., 16.11., 23.11.89).

**Graubünden:** Totalrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes (regionale Differenzierung der Förderungsmassnahmen mit Möglichkeit der bevorzugten Behandlung wirtschaftlich schwacher Gebiete; flexiblere Umschreibung der Förderungsvoraussetzungen, wobei vor allem innovative Projekte unterstützt werden sollen; Revision der Beitragslimiten an die einzelnen Instrumente der Wirtschaftsförderung mit flexiblerer Abstufung der Beiträge; Festschreibung des Beitrags zur Unterstützung des Verkehrsvereins Graubünden im Wirtschaftsförderungsgesetz; in

Parlamentsberatungen wird der vorgesehene Zuschlag von fünf Rappen pro Logiernacht auf die kantonalen Beherbergungsabgaben für die Finanzierung der kantonalen Beiträge an den Verkehrsverein Graubünden gestrichen) vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung angenommen. In zugehöriger Vollziehungsverordnung wird verankert, dass Kantonsbeiträge an sportliche Grossveranstaltungen von internationalem Charakter, welche den Betrag von 200 000 Franken übersteigen, der Volksabstimmung unterstehen (*BüZ*, 7.2., 5.10., 10.11., 1.12., 2.12.89; *NZZ*, 17.10.89).

**Neuchâtel:** Loi sur le service de l'emploi (clarification du mandat de chacun des partenaires impliqués dans les domaines du chômage, de la main-d'oeuvre, de placement et de la filière sociale; institution d'un office de placement) approuvée en votation populaire (référendum financier obligatoire) le 4.6 par 75,1% des votants (*Express*, 10.1., 21.2., 31.5., 2.6., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; *JdG*, 31.5.89).

**Nidwalden:** Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*LNN*, 1.5.89; *Vat.*, 12.1., 1.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 285).

**Solothurn:** Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven (Anpassung an Bundesrecht; Zulassung von Betrieben mit mindestens zehn Arbeitnehmern zur Reservebildung) in der Volksabstimmung vom 2.7. mit 56,4% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 8.3., 3.7.89; *NZZ*, 1.7.89).

**Thurgau:** Gesetz über Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 69,5% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von Nationalrepublikanischer Aktion und Auto-Partei, Stimmfreigabe der FDP (*SGT*, 28.2., 6.3.89; *NZZ*, 3.3., 6.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 285).

**Ticino:** Modifica della legge sugli appalti (introduzione di un nuovo strumento di scelta nell'aggiudicazione degli appalti con la soppressione dell'istituto del "preventivo normale" in favore della formula del "miglior offerente") approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 13.4., 17.4., 20.4.89).

**Valais:** Loi sur la constitution de réserves de crise bénéficiant d'allégements fiscaux (loi d'application de la nouvelle législation fédérale; compétence des entreprises employant au moins 10 travailleurs de constituer des réserves de crise) approuvée en votation populaire le 4.6 par 75,0% des votants. Le non recommandé par le PS (*NF*, 18.5., 29.5., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89).

## **b) Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung – Agriculture et sylviculture, faune domestique**

**Fribourg:** Loi instituant une aide financière en faveur des fromageries villageoises (introduction d'une aide financière aux fromageries villageoises sous forme de prêts sans intérêts remboursables pour la construction ou la rénovation de leur équipement technique; limitation de l'aide à 20% des coûts) proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 14.12.89; 19.1.90).

**Jura:** Nouvelle loi sur le développement rural approuvée par le Parlement (*Dém.*, 3.2., 24.2., 21.4.89; cf. *APS 1986*, p. 228). – Loi d'introduction à la loi fédérale sur le bail à ferme agricole

(exécution de la loi fédérale; désignation des autorités compétentes; réglementation de l'organisation; fixation de la procédure) proposée par le Gouvernement (*Dém.*, 13.9.89).

**Neuchâtel:** Crédit de 4,8 millions de francs pour la transformation, la construction et l'assainissement de bâtiments ruraux et d'économie laitière approuvé en votation populaire le 26.11 par 62,0% des votants (*Express*, 13.6., 28.6., 23.11., 27.11.89; *NZZ*, 17.11.89). – Révision de la loi forestière (élargissement du champ d'application des subventions cantonales dans le domaine des soins sylvicoles aux jeunes peuplements et des travaux sylvicoles consacrés à la restauration des forêts) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 10.1., 26.1.89).

**St.Gallen:** Änderung des Forstgesetzes (Einführung von Beiträgen auch an die Jungwaldpflege; generelle Erhöhung des Höchstansatzes für Kantonsbeiträge von 40 auf 45 Prozent) vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 21.4., 26.9., 28.9., 1.12.89).

**Schwyz:** Revision der Forstverordnung (Publikations- und Auflagepflicht für sämtliche Rodungsgesuche; Einsprachemöglichkeit beim Oberforstamt und bei der Regierung im Falle von Rodungen und Waldfeststellungen; Kompetenz des Oberforstamts für Rodungen und Waldfeststellungen bis zu 3 000 Quadratmetern) vom Kantonsrat angenommen (*Vat.*, 27.10.89).

**Solothurn:** Kantonsbeitrag von 4,4 Mio Fr. für Massnahmen zur Walderhaltung in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 79,3% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 27.4., 25.9.89; *NZZ*, 21.9.89).

**Thurgau:** Gesetz über die Tierversicherung (Berechnung des Fleischwertes anstelle des Verkehrswertes beim Verlust eines Tieres) sowie Gesetz über die Tierzucht (Regelung in einem separaten Gesetz, welches Vorschriften des Bundesrechts ausführt) vom Regierungsrat vorgelegt (*SGT*, 16.12.89).

**Vaud:** Loi d'application de la législation fédérale sur les épizooties approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 2.5.89).

**Zug:** Neues Gesetz betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 27.1.89; *Vat.*, 27.1.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 286).

**Zürich:** Einzelinitiative für eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (staatliche Anerkennung und gesetzliche Verankerung des biologischen Landbaus): Regierungsrat beantragt, die Initiative nicht definitiv zu unterstützen (*NZZ*, 13.10.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 267).

### c) Jagd, Fischerei, Tierschutz – Chasse, pêche, protection des animaux

**Appenzell Innerrhoden:** Jagdgesetz von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*SGT*, 1.5.89).

**Appenzell Ausserrhoden:** Totalrevision des Jagdgesetzes (Beschränkung der Jagd im Kantonsgebiet auf ausserrhodische Jäger, mit Ausnahme der Fälle, wo ein ausserkantonaler Jäger bereits zwei Jahre vor Inkrafttreten des revidierten Gesetzes im Besitz eines ausserrhodischen Jagdpatentes war oder wenn er von einem Kollegen aus dem Kanton eingeladen wurde, allerdings

bei Anrechnung des vom Jagdgast erlegten Wildes auf dessen Kontingent; Neuregelung der Finanzierung der Jagd) vom Kantonsrat in Beratung gezogen (*SGT*, 9.11., 21.11.89).

**Bern:** Revision des Jagdgesetzes (Entkriminalisierung der irrtümlichen Abschüsse von Tieren der falschen Kategorie, welche durch die Zahlung von hohen Gebühren geahndet werden soll; Anpassung ans revidierte Bundesrecht; Bezeichnung des Laufentals als vierter Jagdkreis; Notwendigkeit einer Zusatzprüfung für ausserkantonale Jäger) vom Regierungsrat vorgelegt (*Bund*, 11.8.89).

**Fribourg:** Modification de la loi sur la chasse proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 30.3.89).

**Glarus:** Änderung des Gesetzes über Jagd-, Wild- und Vogelschutz (Anpassung an das neue Bundesrecht) von der Landsgemeinde am 7.5. angenommen (*NZZ*, 16.2., 5.5., 8.5.89; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1989; Protokoll der Landsgemeinde vom 7. Mai 1989*).

**Graubünden:** Neues Jagdgesetz (in zweiter Lesung wird ein Dreistufenkonzept eingeführt: Blockzeit für Hochjagd vom 9. bis 30 September; Kompetenz des Regierungsrats, die Jagd zu verlängern oder nach einem Unterbruch eine zweite Jagdperiode in den Monaten November oder Dezember zu beschliessen; Möglichkeit der Anordnung von Sonderjagden in einzelnen Regionen zur Regulierung der Bestände) in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 62,9% Ja-Stimmen angenommen (*BüZ*, 27.2., 28.2., 1.3., 5.6.89; *NZZ*, 2.3., 1.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 286).

**Luzern:** Neues Jagdgesetz (in Parlamentsberatungen wird bei der Festlegung der Jagdreviere festgehalten, dass diese nach Möglichkeit mit dem Gebiet einer Einwohnergemeinde deckungsgleich sein sollten; im weitern Verankerung von Jagdverboten für bestimmte Vogelarten und verbindlicher Auftrag an den Regierungsrat zum Erlass von Bestimmungen über die Wildbestandserhebungen) vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 6.6., 5.7., 12.9., 5.12., 6.12.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 286 f.).

**Vaud:** Modification de la loi sur la pêche (autorisation des enfants à s'exercer sans permis au côté d'un titulaire responsable) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 22.2.89). – Nouvelle loi sur la faune (harmonisation avec la nouvelle loi fédérale sur la chasse; introduction d'une systématique permettant la coordination romande en matière de gestion de la faune; renforcement de la collaboration entre surveillants permanents et auxiliaires de la faune) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 22.2.89; cf. *APS 1988*, p. 287).

**Zürich:** Formulierte Gesetzesinitiative "für ein Klage- und Kontrollrecht im Tierschutz" vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*NZZ*, 7.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 287). – Änderung des Tierschutzgesetzes (Kompetenz der Tierversuchskommission und einer Minderheit von mindestens drei ihrer Mitglieder, gegen die Bewilligung von Tierversuchen Rekurs zu erheben; Zutrittsrecht zu Stallungen und Räumen für die mit dem Vollzug der Tierschutzgesetzgebung betrauten Organe analog der Praxis beim Vollzug der Tierseuchengesetzgebung; Kompetenz der Volkswirtschaftsdirektion, die Rechte eines Geschädigten in Strafverfahren wegen Verletzung von Bestimmungen der Tierschutzgesetzgebung wahrzunehmen; Einsetzung einer Tierschutzkommission, welche die vollziehenden Organe beraten, Auskunft verlangen, Einsicht in

Akten nehmen und Anträge stellen kann) vom Regierungsrat als Gegenvorschlag zur Initiative "für ein Klage- und Kontrollrecht im Tierschutz" vorgelegt (*NZZ*, 7.9.89).

#### **d) Industrie, Gewerbe, Handel – Industrie, arts et métiers, commerce**

**Baselstadt:** Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage (Vereinheitlichung unterschiedlicher Sonntags-Öffnungszeiten für verschiedene Kategorien von Verkaufsstellen; Verzicht auf die Schliessung von Wirtschaften am Vormittag) vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 6.12.89).

**Fribourg:** Avant-projet de loi sur les machines à sous et salons de jeu (réduction de la mise maximale de deux à un franc; réduction du gain maximum de 50 à 20 francs; limitation du nombre d'appareils par établissement public à deux et dans un salon de jeu à quatre; interdiction des machines à sous dans les restaurants dépendant d'un commerce de produits alimentaires, dans les pensions, dans les buvettes sportives et halles de sport; limitation de l'utilisation des machines à sous dans le temps – pas avant 14 heures –; augmentation des taxes par appareil; introduction d'une clause du besoin pour les salons de jeu, avec fixation d'une barre de 3 000 habitants pour justifier de l'installation d'un salon dans un village ou ville; limitation des appareils de jeu à vingt au maximum dans chaque salon) mis en consultation (*Lib.*, 23.3., 17.5.89).

**Ticino:** Legge sull'esercizio della professione d'impresario costruttore (istituzione di un albo delle imprese a garantire di un corretto esercizio della professione d'impresario costruttore) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 11.4., 17.4., 20.4.89). – Revisione della legge sugli ingegneri e gli architetti (introduzione di norme di controllo più severe; introduzione di possibilità di ricorso contro le sanzioni inflitte dall'organo di disciplina dell'ordine professionale) rinviata alla commissione della legislazione (*CdT*, 21.10., 24.10.89).

**Vaud:** Nouvelle loi sur les maîtres de ski (protection du titre des maîtres patentés ou auxiliaires qui ont réussi l'examen du Département vaudois de la justice, de la police et des affaires militaires (DJPM); compétence des associations professionnelles concernées d'organiser à la place du DJPM les cours préparatoires à l'examen et les cours de répétition obligatoires) approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 27.7.89; *24 Heures*, 14.9.89).

**Zug:** Änderung des Lotteriegesetzes (Übertragung der Kompetenz zur Erteilung von Bewilligungen für Lottospiele und Tombolas von der Justiz- und Polizeidirektion auf die Gemeinden, sofern die Spielsumme unter 20 000 Franken liegt; Kompetenz der Gemeinden, bei Veranstaltungen, die einen gemeinnützigen, wohltätigen oder kulturellen Zweck verfolgen, auf die Erhebung der Bewilligungsgebühren zu verzichten) vom Regierungsrat in Ausführung einer Motion vorgelegt und vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 16.1., 27.1.89; *Vat.*, 27.1., 7.4.89). – Totalrevision des Gesetzes über den Markt- und Hausierverkehr (Abschaffung der formellen Bewilligungspflicht; Aufhebung der Patenttaxen) vom Regierungsrat in Ausführung einer Motion vorgelegt (*LNN*, 28.3.89).

**Zürich:** Einreichung einer Initiative für ein Verbot von Geldspielautomaten (Änderung des Unterhaltungsgewerbegesetzes; Verbot des Aufstellens und des Betriebs von Geldspielautomaten



und anderen Apparaten, bei welchen gegen Leistung eines Einsatzes Geld- oder Warengewinne abgegeben werden); Antrag des Regierungsrats auf Ablehnung der Initiative (*TA, NZZ*, 12.4., 13.6., 14.12.89). – Formuliert Gesetzesinitiative "Stopp dem Wildwuchs von Spielsalons und Geldspielautomaten" vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*NZZ*, 31.8.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 268 f.; *1988*, S. 288). – Gesetz über die Besteuerung von Geldspielautomaten, vgl. *2b Steuern*. – Initiative "zum Schutz der Wertpapier-Sparer" vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*NZZ*, 31.8.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 288).

## e) Gastgewerbe, Fremdenverkehr, Sport – Hôtellerie, tourisme, sports

**Appenzell Ausserrhoden:** Neues Gesetz über die Gastwirtschaft von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*SGT*, 4.1., 31.1., 1.5.89; *NZZ*, 14.2., 26.4., 2.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 288).

**Bern:** Revision des Gesetzes über die Förderung des Fremdenverkehrs vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 21.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 288). – Änderung des Gesetzes über die Förderung von Turnen und Sport (Möglichkeit der Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an die Förderung der sportlichen Tätigkeit von 12- und 13jährigen) vom Grossen Rat angenommen (*BZ*, 3.4.89; *Bund*, 30.8., 23.11.89).

**Graubünden:** Einreichung der Initiative "für ein Gesetz über die Bewilligung von Anlagen für die künstliche Beschneigung (Schnee ohne Kanonen)" (formulierte Gesetzesinitiative für den Erlass eines Gesetzes über die Bewilligung von Anlagen für die künstliche Beschneigung im Kanton Graubünden; Unzulässigkeit der Erteilung einer Bewilligung für die Errichtung, Erweiterung, Erneuerung und Sanierung sowie für den Betrieb von künstlichen Beschneigungsanlagen, wenn diese der grossflächigen Beschneigung ganzer Pisten dienen; restriktive Bewilligungspraxis in den übrigen Fällen; Anpassung aller bestehenden Anlagen innert fünf Jahren an das neue Recht) (*BüZ*, 14.1., 9.2., 4.4.89).

**Fribourg:** Nouvelle loi sur le tourisme cantonal proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 23.11.89; cf. *APS 1988*, p. 288).

**Genève:** Loi sur les spectacles et les divertissements (suppression de la limite d'âge d'entrée pour le théâtre, l'opéra, le concert et les manifestations sportives, avec compétence du Département de l'instruction publique d'en fixer une s'il estime qu'un spectacle est susceptible de porter atteinte au bon développement physique ou psychique des enfants mineurs; abaissement de l'âge légal d'entrée au cinéma de 18 à 16 ans, sauf exceptions; institution d'une commission paritaire du Département de l'instruction publique qui donnera son préavis pour modifier, si nécessaire, l'âge légal; compétence laissée au Département de justice et police d'interdire les spectacles susceptibles de troubler l'ordre public; interdiction de la publicité au cinéma pour l'alcool et le tabac; réglementation sévère du service des boissons alcooliques avec possibilité de son interdiction lors de spectacles et divertissements destinés d'abord aux jeunes; possibilité pour les salles obscures et les autres lieux de spectacles de prolonger leur ouverture d'une heure, jusqu'à une heure du matin en semaine, et de deux heures le vendredi et le samedi; interdiction des séances et des représentations publiques d'hypnotisme et de sciences occultes)

proposée par le Conseil d'Etat et renvoyée pour étude en commission par le Grand Conseil (*JdG*, 8.3., 20.3.89).

**Jura:** Nouvelle loi sur les hôtels, restaurants et établissements analogues ainsi que sur le commerce des boissons alcooliques (en examinant la clause du besoin, le Parlement renonce au critère "économique" qui tient compte de la viabilité des établissements similaires dans les communes ou les environs; en outre est supprimée la commission de l'hôtellerie et l'ouverture des dancings est autorisée jusqu'à 3 heures toutes les nuits) approuvée par le Parlement (*Dém.*, 10.5., 30.5., 22.6., 27.10.89; *JdG*, 30.5.89; cf. *APS 1988*, p. 289). - Loi sur le tourisme proposée par le Gouvernement (*Dém.*, 29.6., 7.7.89; cf. *APS 1986*, p. 229).

**Nidwalden:** Gesetz über die Förderung des Jugendsports (gesetzliche Grundlage für die Unterstützung sportlicher Tätigkeiten der 12- und 13jährigen) vom Landrat in Beratung gezogen (*Vat.*, 14.12.89).

**Schaffhausen:** Kredit von 3,96 Mio Fr. für die Erstellung einer Turnhalle für die Gewerblich-Industrielle Berufsschule Schaffhausen in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 65,8% Ja-Stimmen angenommen (*SN*, 18.11., 27.11.89; *NZZ*, 21.11.89).

**Vaud:** Modification de la loi sur les auberges et les débits de boissons (autorisation des cocktails et des apéritifs purs ou à l'eau dans les foires et comptoirs, à condition qu'ils ne dépassent pas 15 respectivement 21 degrés de teneur en alcool) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 23.9., 25.9., 15.11., 13.12.89; *JdG*, 25.9.89).

## 4. Infrastruktur – Infrastructure

(Obligatorisches Referendum für Vernehmlassungen des Kantons zum Bau von Atomanlagen (Volksrecht) vgl. *1i) Referendum und Initiative* – Détermination du préavis cantonal sur tout projet d'installation atomique par votation populaire (droit populaire) cf. *1i) Référendum et initiative*)

### a) Energie

**Aargau:** Neue Vorlage für ein Energiegesetz (Rahmengesetz; Verankerung von Energiesparmassnahmen, soweit diese "sinnvoll und machbar" sind; Kompetenz der Regierung, in einer Verordnung die Anforderungen an Heizungs- und Warmwasseranlagen festzulegen; Einführung einer Bewilligungspflicht für den Einbau von Klima- und Lüftungsanlagen, Heizanlagen im Freien und Warmluftvorhängen, wobei die Bewilligung verweigert werden kann, wenn kein spezielles Bedürfnis vorhanden oder wenn keine Wärmerückgewinnung vorgesehen ist; Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung; Verpflichtung der Energiebetriebe, dezentral erzeugte Energie zu übernehmen, sofern die technischen Voraussetzungen dazu gegeben sind; gesetzliche Verankerung der Wahrung der Interessen des Kantons, der Regionen und der Energiekonsumenten in Energiefragen, namentlich bei der Konzessionierung, beim Rückkauf und beim Heimfall von Anlagen zur Gewinnung, Speicherung, Verteilung, Umwandlung, Reservehaltung und Verwendung von Energie; Möglichkeit, Unternehmen, die im Kanton Anlagen im Energiesektor betreiben wollen, zur Gründung einer eigenen Gesellschaft mit Sitz im Aargau zu verpflichten; Verpflichtung von Parlament, Regierung und Verwaltung, die sich aus dem günstigen Standort der Energieanlagen und der energiewirtschaftlichen Struktur des Kantons ergebenden Vorteile gegen aussen zu wahren; Kompetenz des Kantons, die Konzession für die Erstellung und den Betrieb von Energieanlagen und die Lieferung von Energie in andere Kantone zu verweigern, wenn dies den aargauischen Interessen zuwiderlaufen würde; Förderung von Information und Beratung durch den Kanton und Unterstützung von Pilotanlagen zur umweltschonenden und sparsamen Energienutzung und -erzeugung; Kompetenz von Gemeinden und Gemeindeverbänden, ergänzende Bestimmungen zu erlassen; Integration des Aargauischen Elektrizitätswerkes (AEW) in das Gesetz und damit Aufhebung des Energieversorgungsgesetzes von 1913) zur Vernehmlassung vorgelegt (AT, 19.7., 19.8.89).

**Baselland:** Revision des Energiegesetzes (Einführung einer Genehmigungspflicht für Stromtarife durch den Regierungsrat, wobei den Kriterien der sparsamen und sinnvollen Nutzung der Elektrizität sowie der Verwendung erneuerbarer Energien Rechnung getragen werden soll; Verpflichtung der Elektrizitätsgesellschaften zur Abnahme der dezentral erzeugten überschüssigen Energie zu demselben Preis, der für Strom aus zentralen neuen Anlagen bezahlt wird, zumindest aber zu dreiviertel des Preises, den der dezentrale Energieproduzent als Bezüger bezahlen müsste; Einführung der obligatorischen individuellen Warmwasserabrechnung für

Neubauten mit mindestens fünf Bezüglern; Möglichkeit der Ausrichtung von kantonalen Förderungsbeiträgen an die Erprobung neuer Techniken, Produkte und Verfahren zum Energiesparen; Verantwortung der Gemeinden für die Information und die Beratung über einen sparsamen, sinnvollen und umweltschonenden Einsatz von Energie; Einführung einer Bewilligungspflicht für die Wärmenutzung aus Boden und Wasser; Genehmigung der Stromtarife durch den Regierungsrat, welche nur erteilt werden soll, wenn die Tarifstruktur eine sparsame und sinnvolle Nutzung der elektrischen Energie sowie die Verwendung der erneuerbaren Energie fördert) zusammen mit Grundsätzen der kantonalen Energiepolitik vom Regierungsrat vorgelegt, wobei die Gesetzesrevision auch als Gegenvorschlag zu einer 1987 eingereichten Initiative für eine Ergänzung des Energiegesetzes zu verstehen ist (*BaZ*, 1.2., 6.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 290).

**Bern:** Teilrevision des Gesetzes über die Nutzung des Wassers (Gleichstellung aller Anlagen zur Wassernutzung; gesetzliche Grundlage für die Erteilung von Konzessionen zur Errichtung von Pumpspeicherwerken; Einführung einer einmaligen Konzessionsabgabe und eines jährlichen Zinses in Form einer Pumpwerkabgabe (sic!) für Pumpspeicherwerke; gesetzliche Regelung der Ansätze für die Abgaben bei der Konzessionerteilung; Massnahmen zur Förderung kleiner Wasserkraftwerke, insbesondere Befreiung vom jährlichen Wasserzins und von der einmaligen Konzessionsabgabe) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 25.1., 25.5., 14.9.89). – Änderung des Bergwerksgesetzes vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 22.2.89; *BZ*, 22.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 290).

**Genève:** Loi sur la climatisation (conception des installations de climatisation de manière qu'elles s'intègrent dans un concept énergétique global du bâtiment; soumission de toutes les installations de climatisation à une autorisation, qui respecte des critères comme le besoin, la conception technique de l'installation, l'économie et la récupération d'énergie, l'emplacement, la possibilité de stockage de l'énergie et la qualité de l'isolation du bâtiment) proposée par le Conseil d'Etat en concrétisation d'un des points de l'initiative populaire "l'énergie notre affaire", approuvée par le peuple en 1986 (*JdG*, 13.4., 20.4.89). – Révision de la loi d'application sur l'énergie approuvée par le Grand Conseil en concrétisant un des points de l'initiative "L'énergie notre affaire", acceptée en décembre 1986 en votation populaire (*JdG*, 26.6.89; cf. *APS 1986*, p. 230; *1988*, p. 290 s.).

**Luzern:** Energiegesetz (in zweiter Lesung wird eine Grobanalyse aller vor 1982 erstellten Gebäude innert 8 Jahren beschlossen, wobei der Staat dazu finanzielle Beiträge leisten kann, wenn der Eigentümer tatsächlich saniert; im weitern wird die Bewilligung zur Beheizung von Schwimmbädern abhängig gemacht vom Einsatz von Sonnenenergie oder von nicht anders benutzbarer Abwärme; Aufnahme von Bestimmungen über Beschneiungsanlagen, welche für ganze Abfahrtspisten und in weiteren Fällen auch dort nicht erteilt werden dürfen, wo die Vegetation zerstört würde) vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 7.3., 8.3.89; *Vat.*, 11.1., 7.3., 8.3.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 270; *1988*, S. 291).

**Nidwalden:** Einreichung einer Initiative für eine Ergänzung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch (Verdeutlichung der kantonalen Hoheitsgewalt über die Nutzung des herrenlosen Untergrunds; Möglichkeit von dessen Nutzung durch Dritte, welche in besonderen Fällen vom Erwerb einer Konzession abhängig ist; Erteilung einer Konzession durch die Landsgemeinde im

Falle des Baus von Stollen oder Kavernen zur Einrichtung einer Atomanlage), welche von Regierungsrat und Landrat für ungültig erklärt wird (*Vat.*, 17.1., 1.2., 9.2.89). – Einreichung einer Initiative für eine Änderung des Bergregalgesetzes (Festlegung von Bestimmungen, wonach das Betreiben von Atomanlagen, insbesondere von Lagerstätten für radioaktive Abfälle, als verleihungspflichtig erklärt wird, wenn dadurch das Aufsuchen und Gewinnen von Mineralien eingeschränkt wird), welche von Regierungsrat und Landrat für ungültig erklärt wird (*Vat.*, 17.1., 1.2., 9.2.89).

**Schaffhausen:** Kredit von 3,7 Mio Fr. für die Realisierung des Wärmeverbunds Herrenacker in der Stadt Schaffhausen in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 67,2% Ja-Stimmen angenommen (*NZZ*, 22.9.89; *SN*, 25.9.89).

**St.Gallen:** Energiegesetz (in Parlamentsberatungen wird die verbrauchsabhängige Wärmekostenabrechnung für Gebäude mit mehr als vier Wärmebezügern sowie eine verbrauchsabhängige Tarifgestaltung beschlossen) vom Regierungsrat als Gegenvorschlag zur Initiative für ein Energiespargesetz vorgelegt und vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 7.4., 11.5., 12.5., 1.9., 26.9., 29.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 291). – Rückzug der Initiative für ein Energiespargesetz (*SGT*, 29.9.89; vgl. *SPJ*, 1987, S. 271; 1988, S. 291).

**Uri:** Verlängerung und Änderung der Konzession für das Kraftwerk Lucendro in Airolo bis ins Jahr 2024 (Abgabe einer Energiequote zu Produktionspreisen an den Kanton Uri im Umfang von 20 Prozent; einmalige Gebühr von 1,15 Mio Fr. für die Gewährung des Wassernutzungsrechts; Zahlung des höchstmöglichen jährlichen Wasserzinses durch die Aare-Tessin AG für Elektrizität) vom Landrat angenommen (*LNN*, 16.2., 8.3.89; *NZZ*, 16.2.89; *Vat.*, 16.2.89). – Verlängerung der Konzession mit dem Elektrizitätswerk Altdorf für das Kraftwerk Isenthal (Hinausschiebung des Heimfalltermins um 24 Jahre auf das Jahr 2035) in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 24.9. mit 71,2% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole von SP und Kritischem Forum Uri (*LNN*, 14.9., 25.9.89; *Vat.*, 25.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 291).

**Valais:** Révision de la loi sur l'utilisation des forces hydrauliques (création d'une base légale sûre et fiable pour exercer de manière optimale les droits de retour et pour gérer, à l'avantage des collectivités publiques valaisannes d'abord, la production d'énergie; définition claire et complète du droit de recours qui divise les installations existantes en deux parties: la partie mouillée qui revient gratuitement à la collectivité concédante à l'échéance de la concession et la partie sèche qui peut être acquise moyennant indemnité équitable; renforcement des droits des communautés publiques face aux sociétés auxquelles les concessions avaient été accordées, notamment dans le sens que les sociétés exploitantes sont obligées d'entretenir parfaitement les installations jusqu'à l'échéance du contrat; compétence des communes de créer de nouvelles sociétés de partenaires, dans lesquels elles joueront un rôle prépondérant; définition des obligations, de la part des concessionnaires actuels, d'entretien et de modernisation; prise en compte de la protection de l'environnement, du paysage et de la nature; introduction de la possibilité pour l'Etat de devenir partenaire des nouvelles sociétés d'exploitation, dans les cas des aménagements hydro-électriques faisant l'objet d'un droit de retour, à raison d'un minimum de dix pour cent ou d'acquérir la même proportion de l'énergie produite au prix de revient; mise à disposition de cette énergie aux Forces motrices valaisannes, qui assureront ainsi

l'approvisionnement en énergie de l'industrie et de la population): début des délibérations au Grand Conseil (*NF*, 6.9., 24.10., 25.10., 26.10., 27.10.89; *NZZ*, 6.9., 28.10.89; cf. *APS 1988*, p. 291 s.).

**Vaud:** Déclassement de la centrale nucléaire de Lucens approuvé en votation populaire le 25.6 par 82,9% des votants. Le non recommandé par le PS (*24 Heures*, 5.5., 9.5., 17.6., 22.6., 26.6.89; *BaZ*, 14.6.89; *JdG*, 19.6.89;).

## b) Strassenbau und -finanzierung – Construction et financement des routes

(Motorfahrzeugsteuern und Verkehrsabgaben, vgl. *2b) Steuern* – Taxes des véhicules et taxes de circulation, cf. *2b) Impôts*)

**Baselland:** Nichtformulierte Initiative der POCH "Stopp dem Kantonsstrassenbau im Baselbiet" vom Landrat zur Ablehnung empfohlen und in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 66,0% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen von SP, LdU und Grünen Baselland; Stimmfreigabe der NA (*BaZ*, 20.6., 22.6., 16.11., 27.11.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 272; *1988*, S. 292). – Einreichung der nichtformulierten Initiative "Rettet das Leimental" zur Verhinderung des Nordtangenzubringers Allschwil und des weiteren Nationalstrassenbaus im Kanton Baselland (Einsatz des Kantons mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, damit auf dem Kantonsgebiet keine der eidgenössischen Nationalstrassengesetzgebung unterstehenden Strassen wie Autobahnen, Autostrassen, Autobahnzubringer etc. mehr geplant und gebaut und die bestehenden Abschnitte nicht ausgebaut werden, was insbesondere für Planung, Projektierung und Bau des Zubringers Allschwil an die N2-Nordtangente in Basel gilt) (*BaZ*, 10.8., 27.9.89). – Kredit von 11,4 Mio Fr. für den Baselbieter Anteil an der Umfahrungsstrasse mit Tunnel bei Grellingen in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 24.9. mit 76,8% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP, LdU, Grüne Baselland, Grüne Partei und Grüne Liste Baselbiet (*BaZ*, 21.3., 22.3., 18.5., 15.9., 16.9., 25.9.89; *NZZ*, 20.9.89).

**Baselstadt:** Initiative für die Einreichung einer Standesinitiative gegen die Errichtung der Südzubringer-Autobahn vom Grossen Rat für ungültig erklärt (*BaZ*, 24.2.89; vgl. *SPJ 1984*, S.197). – Initiative für die Einreichung einer Standesinitiative "Zollfreistrasse, nein danke" (Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über den Verzicht auf den Bau der zollfreien Verbindungsstrasse von Lörrach nach Weil auf dem Boden der Gemeinde Riehen oder für die Realisierung einer Tunnellösung) vom Grossen Rat für ungültig erklärt (*BaZ*, 24.2.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 272; *1988*, S. 292). – Nichtformulierte Initiative der PdA "für die Eindämmung der täglichen Autopendler-Flut": Regierungsrat beantragt, die Initiative für ungültig zu erklären, weil für deren Realisierung ausschliesslich die Verwaltung zuständig sei; Ungültigerklärung durch den Grossen Rat (*BaZ*, 18.5., 23.5.89; vgl. *SPJ 1985*, S. 215; *1988*, S. 292). – "Velo-Initiative" (Schaffung eines Netzes von sicheren, direkten und attraktiven Velorouten sowie Entschärfung von gefährlichen Kreuzungen und Strassen innert einer Frist von zehn Jahren und mittels eines Rahmenkredits von 25 Mio Fr.) nach Annahme eines 25 Mio.-Kredits im Jahre 1988 (vgl. *SPJ*

1988, S. 292) und nach Aufbau der Projektorganisation für die Realisierung eines Veloroutennetzes im Jahre 1989 zurückgezogen (*BaZ*, 8.11.89; vgl. *SPJ 1985*, S. 215 f.).

**Genève:** Loi sur la construction de parkings (suppression de l'interdiction de la construction de parkings dans la petite ceinture du centre-ville; autorisation de l'édification et de l'exploitation de garages collectifs dans l'ensemble du canton pour autant qu'ils répondent aux conditions d'être conformes au plan directeur des transports, de ne pas causer d'inconvénients graves à l'environnement, au voisinage et à la circulation ainsi que de ne pas nuire au bon fonctionnement des transports publics; compétence du Département des travaux publics de demander au requérant la production d'une étude d'impact sur les exigences mentionnées ci-dessus et d'imposer un garage lors de la construction d'un immeuble d'habitation ou d'activités professionnelles, s'il en résulte une amélioration sensible de l'environnement ou de la circulation) approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 21.6., 26.6.89). – Aboutissement d'une initiative formulée par le PL pour la construction de 10 000 places de parking (obligation pour les autorités de construire 10 000 places de stationnement à Genève dans un délai de cinq ans après une éventuelle adoption de l'initiative; réalisation des parkings sur trois fronts: parkings dits de dissuasion à la périphérie; parkings réservés aux habitants dans les quartiers; parkings au centre-ville pour recevoir les visiteurs; obligation pour le Grand Conseil de prévoir des procédures simples et rapides en vue de faciliter la construction de ces places; mise à disposition, si nécessaire, des domaines publics du canton et des communes pour une redevance équitable) (*JdG*, 28.1., 17.4.89). – Initiative "pour une traversée de la rade" approuvée en votation populaire le 12.6 par 68,4% des votants. Le oui recommandé par le PRD, le PL, le PDC, Vigilance et l'UDC, le non recommandé par le PS, le PdT, le Parti écologiste et l'AN (*JdG*, 3.6.89; cf. *APS 1986*, p. 231). – Aboutissement d'une initiative pour une modification de la loi sur les services de taxis (abrogation des dispositions privilégiant les taxis avec droits de stationnement; introduction de la liberté des tarifs) (*JdG*, 2.10., 10.10., 17.11.89).

**Jura:** Aboutissement d'une initiative populaire en faveur de la création d'un réseau de liaisons cyclables dans le Jura (création d'une loi visant à favoriser le trafic cycliste; obligation pour l'Etat, en collaboration avec les communes, de promouvoir la sécurité et la commodité du trafic cycliste sur le territoire du canton du Jura, d'affecter, durant dix années consécutives, un montant annuel de 650 000 francs au minimum à l'aménagement de liaisons cyclables, de publier, dans les deux premières années, un plan cantonal des voies cyclables à réaliser et d'aménager, dans un délai de dix ans, les dix tronçons prioritaires – énumérés dans le texte de l'initiative – se trouvant dans la périphérie de Porrentruy et de Delémont ainsi que dans les Franches-Montagnes) (*Dém.*, 1.6., 22.7., 2.9.89; *JdG*, 1.6.89).

**Luzern:** Einreichung, aber Nichtzustandekommen des Referendums gegen einen Kredit von 24,4 Mio Fr. für die Aufhebung des SBB-Niveauübergangs Ebikon und die teilweise Neulegung der Buchrainstrasse, weil ein Teil der Unterschriften einen Tag zu spät eingereicht wurde (*Vat.*, 26.6., 7.7., 31.8., 9.9.89; *LNN*, 16.9., 25.11.89). – Fuss- und Wanderweggesetz (Regelung der Materie in einem eigenen Gesetz in Ausführung des Bundesrechts, bei Ausdehnung auf Rad-, Reit- und Uferwege; Subventionierung des Unterhalts der bestehenden Naturwege anstelle der Förderung

des Umbaus von Naturwegen in asphaltierte Strassen) vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 23.3., 22.8.89; *Vat.*, 22.8.89).

**Neuchâtel:** Loi d'introduction de la loi fédérale sur les chemins de piétons et les chemins de randonnée pédestre (adaptations aux dispositions de la législation fédérale; lors des délibérations parlementaires est introduite la prise en charge par le canton de l'entretien et du renouvellement de la signalisation) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 26.1.89).

**Nidwalden:** Gesetz über die Fuss- und Wanderwege (Regelung der Materie in einem eigenen Gesetz in Ausführung des Bundesrechts; Zuständigkeit der Gemeinden für den Bau und Unterhalt der Wanderwege) vom Landrat in Beratung gezogen (*Vat.*, 28.9.89).

**Schaffhausen:** Kredit von 3,91 Mio Fr. für die Sanierung der Kreuzstrasse in Neuhausen in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 67,4% Ja-Stimmen angenommen (*SN*, 16.9., 25.9.89; *NZZ*, 22.9.89). – Kredit von 0,5 Mio Fr. für den Ausbau der Judenstrasse bei Dörflingen in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 57,9% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole des Umweltforums (*SN*, 16.9., 25.9.89; *NZZ*, 22.9.89). – Kredit von 0,947 Mio Fr. für den Bau einer Prüfhalle für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 50,7% Nein-Stimmen abgelehnt (*SN*, 22.8., 18.11., 27.11.89; *NZZ*, 21.11.89).

**Solothurn:** Kantonsbeitrag von 2,37 Mio Fr. für die Sanierung der Verkehrsprobleme in der "Waldegg" auf Gemeindegebiet Zuchwil und Derendingen in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 65,9% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 14.9., 27.11.89).

**Thurgau:** Neues Strassengesetz (Einführung des fakultativen Verwaltungsreferendums für Neubaustreckenbeschlüsse des Grossen Rates, für welches 2 000 Unterschriften notwendig sind; Festlegung einer Finanzierungsregelung mit Finanzierung des betrieblichen Unterhalts aus allgemeinen Staatsmitteln und des baulichen Unterhalts über die gebundenen Einnahmen der Motorfahrzeugabgaben und der Treibstoffzollgelder; Festlegung einer klaren Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden mit voller Verantwortung der beiden Ebenen für ihre Strassennetze ohne gegenseitige Subventionierung und Beitragszahlung, mit Ausnahme von Gemeindebeiträgen für Innerortsausbauten und neue Umfahrungsstrassen; Anpassung an Raumplanungs-, Umweltschutz- und Treibstoffzollgesetz des Bundes sowie an das Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege) vom Regierungsrat vorgelegt (*SGT*, 21.2.89). – Kredit von 8,7 Mio Fr. für die Errichtung einer zentralen Fahrzeugprüfungsanlage in Hasli-Bonau in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 56,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Stimmfreigabe des Gewerbeverbandes (*NZZ*, 25.4., 17.11., 27.11.89; *SGT*, 22.11., 27.11.89).

**Ticino:** Iniziativa popolare generica dell'Associazione svizzera del traffico di modifica della legge sulle strade per la creazione di una rete di piste ciclabili: testo elaborato dalla commissione della Gestione approvata del Gran Consiglio; ritiro dell'iniziativa (*CdT*, 26.1.89; v. *APS 1987*, p. 273; *1988*, p. 293).

**Valais:** Révision de la loi sur les routes proposée par le Conseil d'Etat (*NF*, 30.11.89; cf. *APS 1988*, p. 293).

**Vaud:** Crédit de 49,5 millions de francs pour la construction d'une route d'évitement à Cheseaux: lancement, mais non-aboutissement du référendum (*24 Heures*, 19.10., 12.12.89).



**Zug:** Initiative "gegen Parkplatzzwang und für eine umweltgerechte Parkplatzregelung" (kantonaies Rahmengesetz für eine Revision der Parkierungsreglemente der Gemeinden; Verpflichtung des Kantons, zuhanden der Gemeinden ein Musterparkierungsreglement auszuarbeiten; Kompetenz der öffentlichen Hand, unter genau beschriebenen Voraussetzungen das Parkplatzangebot zu überprüfen, um den Zwang zur automatischen Ausweitung des Parkierungsangebots bei Neu- und Umbauten zu vermeiden; Aufhebung der Verpflichtung zur Zahlung von Ablösungsbeiträgen bei Verzicht auf die Erstellung von Parkplätzen) vom VCS eingereicht, von Regierungsrat und Kantonsrat zur Ablehnung empfohlen und in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 68,7% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen von SP und Sozialistisch-Grüner Alternative (*LNN*, 7.1., 11.1., 28.4., 9.11., 27.11.89; *Vat.*, 10.2., 22.4., 28.4., 27.11.89).

**Zürich:** Einzelinitiative für die Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung von zwölf autofreien Sonntagen im Jahr in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 55,5% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen von SP, Grüner Partei, EVP, NA, POCH und PdA (*NZZ*, 20.2., 6.3.89; *TA*, 4.3., 6.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 293). - Initiative "für eine bewohnerfreundliche und landschaftsschonende Gestaltung der Strassen (Strassengestaltungsinitiative)" des VCS von Regierungsrat und Kantonsrat zur Ablehnung empfohlen; Rückzug der Initiative nach Annahme eines Gegenvorschlags durch den Kantonsrat (*NZZ*, 5.9., 24.10.89; vgl. *SPJ 1986*, S. 232; *1988*, S. 293). - Änderung des Strassengesetzes (Verankerung des Grundsatzes der bestmöglichen Einordnung von Strassen in die bauliche und landschaftliche Umgebung unter Beachtung der Sicherheit, des Umweltschutzes, der Wirtschaftlichkeit und der sparsamen Landbeanspruchung; Gestaltung der Strassen in dem Sinne, dass die den örtlichen Verhältnissen angepasste Fahrgeschwindigkeit besser eingehalten wird; Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Privatverkehr; Aufnahme von jährlich mindestens 10 Mio Fr. in den Voranschlag für die Redimensionierung und die bewohnerfreundliche Umgestaltung von Staatsstrassen) vom Kantonsrat als Gegenvorschlag zur Strassengestaltungsinitiative des VCS zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*NZZ*, 5.9., 24.10.89). - Änderung des Strassengesetzes (Neuregelung der Finanzierung der Strassen mit überkommunaler Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur) vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*NZZ*, 24.10., 5.12.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 273; *1988*, S. 293). - Änderung der Verfassung (Verpflichtung von Staat und Gemeinden, sich für eine umweltgerechte Verkehrsordnung sowie zur Förderung von Massnahmen zum Schutze der schwächeren Verkehrsteilnehmer, der Wohnquartiere und der Erholungsgebiete einzusetzen) als Gegenvorschlag zu einer im Jahre 1987 vorläufig unterstützten ähnlich lautenden parlamentarischen Initiative vom Kantonsrat in Beratung gezogen (*NZZ*, 24.10.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 273).

### c) Übrige Verkehrsfragen - Autres questions relatives au trafic

**Baselland:** Neues Rheinhafengesetz (Verankerung (sic!) der Baselbieter Rheinhäfen als öffentlich-rechtliche Anstalt, welcher der Sanitäts- und Volkswirtschaftsdirektor als Verwaltungsratspräsident von Amtes wegen vorsteht; Einführung einer Mitsprachemöglichkeit

der Gemeinden; Schaffung einer Hafenzzone zur kompetenteren und rascheren Behandlung von Baugesuchen, mit einer gewissen Planungshoheit der Häfen) zur Vernehmlassung vorgelegt (*BaZ*, 5.7.89).

**Baselstadt:** Initiative der SAP "Umsteigen – Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt Autochaos": Regierungsrat beantragt, die Initiative aus rechtlichen Gründen für ungültig zu erklären (*BaZ*, 24.11.89; vgl. *SPJ 1985*, S. 217). – Einreichung einer Initiative "für einen rücksichtsvollen Flugverkehr" (Schaffung eines Gesetzes, welches die Behörden verpflichtet, sich für Massnahmen zur Reduktion der Luftverkehrsimmissionen einzusetzen: Verbot von Direktflügen über die Stadt; strengere Handhabe der Nachtflugbewilligungen; Erstellung eines Risikokatasters mit Ausscheidung von Gebieten, welche im Start- und Landeanflug unter keinen Umständen überflogen werden dürfen, insbesondere Überflugverbot für Chemieanlagen und Spitäler; Einsetzung einer unabhängigen Kontrollinstanz zur Lärmkontrolle); Grosser Rat beschliesst Überweisung an Regierung (*BaZ*, 19.5., 20.5., 18.9., 9.11.89).

**Bern:** Kantonsbeitrag von 22,8368 Mio Fr. für eine ergänzende Rollmaterialbeschaffung zugunsten des Regionalverkehrs Bern – Solothurn (RBS) in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 76,7% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole der Auto-Partei (*Bund*, 30.5., 5.6.89; *BZ*, 3.6., 5.6.89). – Gesetz über die Schifffahrt und die Besteuerung der Schiffe (Kompetenz der Regierung, die Schifffahrt auf bestimmten bernischen Gewässern einzuschränken oder zu verbieten und die Zahl der Schiffe zu begrenzen; Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Wiedereinführung einer Abgabepflicht für das ständige Belegen einer Wasserfläche bei den Schiffsliegeplätzen, von der bloss Ruderboote ausgenommen sind; Regelung des Seerettungsdienstes) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 27.5., 21.8., 16.9., 14.12., 15.12.89; *BZ*, 13.12.89). – Nichtformulierte Gesetzesinitiative für die Erhaltung des Raddampfers "Blümlisalp" vom Regierungsrat zur Annahme empfohlen (*Bund*, 30.6., 19.8.89; *BZ*, 20.12.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 293).

**Jura:** Aboutissement d'une initiative intitulée "La voie du peuple" (initiative réclamant une votation populaire sur le prolongement de la voie étroite des chemins de fer du Jura (CJ) jusqu'à Delémont); le Gouvernement propose de déclarer l'initiative irrecevable (*Dém.*, 11.2., 16.11., 6.12.89).

**Schaffhausen:** Gesetz über die Vergabe von Schiffsliegeplätzen auf dem Rhein als Gegenvorschlag zur Initiative "zur Verminderung der Motorboote auf dem Rhein" vom Regierungsrat vorgelegt (*SN*, 13.10., 20.10.89; 19.12.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 294).

**Solothurn:** Kantonsbeitrag von 3,27 Mio Fr. für die Aufhebung von vier SBB-Niveauübergängen in Luterbach in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 75,9% Ja-Stimmen angenommen (*NZZ*, 21.9.89; *SZ*, 25.9.89).

**Thurgau:** Kantonsbeitrag von 5,431 Mio Fr. an die vierte Etappe der technischen Erneuerung der Frauenfeld-Wil-Bahn vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*SGT*, 31.8., 12.12.89).

**Uri:** Einreichung einer Initiative für die Einreichung einer Standesinitiative "zum Schutz des Alpengebiets" (Schutz des Alpengebiets vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs; Verlagerung des alpenquerenden Güterfernverkehrs von Grenze zu Grenze auf die Schiene innert

zehn Jahren; keine Erhöhung der Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet) (*LNN*, 25.2., 16.6.89; *Vat.*, 16.6., 18.8.89).

**Zug:** Änderung des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs (Überprüfung von Betriebsrechnung und Bilanz der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) sowie der Aufteilung des Fehlbetrags durch die Finanzkontrolle des Kantons; in Parlamentsberatungen wird die Einfrierung der Bustarife bis Ende Mai 1992 beschlossen) vom Kantonsrat angenommen (*Vat.*, 1.6., 2.6., 1.9.89).

**Zürich:** Rückzug der Behördeninitiative der Gemeinden der Zürcher Planungsgruppe Pfannenstiel für einen Ausbau der rechtsufrigen Zürichseelinie der SBB (*NZZ*, 4.7.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 275). – Rückzug der Einzelinitiative für einen Kantonsbeitrag von 32 Mio Fr. für den Ausbau der Strecke Fehraltorf-Illnau auf Doppelspur (*NZZ*, 4.7.89; vgl. *SPJ 1985*, S. 218). – Einzelinitiative für eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr (Verpflichtung des Verkehrsverbands, in Zusammenarbeit mit den Transportunternehmungen und den Gemeinden dafür besorgt zu sein, dass die Bahnhöfe und Stationen, und nach Möglichkeit auch die Haltestellen, auf dem S-Bahn-Netz während der Betriebszeiten mit genügend Personal bedient sind; Zulässigkeit von Kürzungen oder einer Aufhebung der Bedienungszeit nur dann, wenn alle Varianten einer gemischten Anstellung des Personals – Kanton, Gemeinden, Private, PTT – geprüft und keine Lösungen gefunden worden sind; Verpflichtung von Kanton und Gemeinden, im Falle von vermehrten finanziellen Leistungen dafür zu sorgen, dass das Personal auch Aufträge für sie ausführen kann): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 19.9.89). – Einzelinitiative für eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr (Besetzung sämtlicher personenführender Züge im Kanton Zürich mit mindestens einem Zugsbegleiter): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 19.9.89). – Rahmenkredit (Kantonsanteil) von 235 Mio Fr. für die zweite Teilergänzung der Zürcher S-Bahn in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 73,1% Ja-Stimmen angenommen (*NZZ*, 4.7., 13.11., 15.11., 17.11., 27.11.89; *TA*, 25.11., 27.11.89). – Initiative der POCH für ein kantonales Umweltabonnement vom Regierungsrat zur Ablehnung beantragt (*NZZ*, 2.11.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 275). – Einzelinitiative für die Einreichung einer Standesinitiative zur Ergänzung der Vorschriften des Bundes über die Binnenschifffahrt (Festlegung einer generellen Höchstgeschwindigkeit für private Motorboote auf schweizerischen Seen von 40 km/h; Möglichkeit zur Anordnung weiterer Einschränkungen innerhalb eines Ufergürtels von 300 Metern): Regierungsrat beantragt, die Initiative nicht definitiv zu unterstützen (*NZZ*, 10.2.89).

#### **d) Bodenrecht, Bauordnung, Raumplanung – Droit foncier, règlements de construction, aménagement du territoire**

**Aargau:** Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (grösserer Ermessensspielraum der Richter für die Beurteilung des Grenzabstandes von Bäumen im Nachbarrecht; keine Beseitigungspflicht, wenn der Mindestabstand nur geringfügig unterschritten oder das Nachbargrundstück nur wenig beeinträchtigt wird) vom Regierungsrat vorgelegt; Grosser Rat beschliesst Nichteintreten (*AT*, 8.9., 20.12.89).

**Appenzell Innerrhoden:** Änderung des Baugesetzes (Einführung der Kompetenz der Bezirke zur Schaffung von Sportzonen) als Gegenvorschlag zu einer danach zurückgezogenen Einzelinitiative vom Grossen Rat zuhanden der Landsgemeinde angenommen und von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*SGT*, 14.3., 1.5.89; *NZZ*, 27.4., 2.5.89).

**Baselland:** Nichtformulierte Initiative der CVP "für eine umweltgerechte Bodenpolitik und Raumplanung": Initianten erklären die Initiative wegen mangelnder Unterschriften für nicht zustande gekommen, und dementieren damit eigene Angaben aus dem Vorjahr betreffend Zustandekommen der Initiative (*BaZ*, 21.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 296).

**Fribourg:** Nouvelle loi sur les améliorations foncières (introduction de mesures visant à améliorer les chemins alpestres et d'accès aux fermes, les remaniements parcellaires et les constructions rurales auxquelles sont intégrés les fosses à purin; systématisation du subventionnement de l'entretien des chemins alpestres importants, avec l'obligation pour les communes d'y participer) proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 6.7.89).

**Genève:** Loi sur la protection générale des rives du Rhône approuvée par le Grand Conseil après le retrait de l'initiative du WWF "pour la protection du site naturel du Rhône" (*JdG*, 30.1.89; cf. *APS 1986*, p. 237; *1987*, p. 282; *1988*, p. 301). – Retrait de l'initiative du WWF "pour la protection du site naturel du Rhône" (*JdG*, 30.1.89; cf. *APS 1986*, p. 237; *1988*, p. 301). – Modification de la loi d'application de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (extension du périmètre de la protection des rives genevoises du Léman en divisant la zone à protéger en quatre sous-périmètres avec des prescriptions différenciées quant à la construction, l'accès du public aux rives et l'utilisation du sol) proposée par le Conseil d'Etat (*JdG*, 17.8.89). – Loi concernant les servitudes (possibilité d'une levée des servitudes de restriction à bâtir, lorsqu'au moins 60% des surfaces de plancher sont destinées à l'édification de logements) approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 18.9.89). – Modification de la loi d'application de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (possibilité de déclasser des hameaux, qui ne sont manifestement plus affectés à l'agriculture, en zone à bâtir) approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 7.10.89). – Décision du Grand Conseil de vendre un terrain de 3 733 m<sup>2</sup> du côté de Versoix (loi ratifiant l'exécution d'une promesse de vente en faveur de M. Gérald-Georges Rosset) rejetée en votation populaire (référendum facultatif) le 26.11 par 58,2% des votants. Le non recommandé par le PS, le PdT et le PEG (*JdG*, 13.5., 23.6., 21.11., 27.11.89; *24 Heures*, 23.6.89).

**Jura:** Nouvelle loi sur les améliorations foncières (instauration de l'obligation d'un contrat-type de travail pour le personnel agricole; taxation des plus-values spéculatives résultant de la mise en zone à bâtir de terres agricoles; alimentation d'un fonds d'améliorations foncières; restriction du droit de déposer des recours contre des projets de rénovation à la seule fédération jurassienne de protection de la nature; augmentation des subventions cantonales et diminution de celles provenant des communes; création de syndicats d'améliorations foncières à une seule majorité; cessation gratuite des chemins ruraux aux communes) approuvée par le Parlement. La Cour constitutionnelle annule un article prévoyant la cession obligatoire et sans indemnités des lits, berges et rives des cours d'eau (*Dém.*, 3.2., 24.2., 21.4., 17.8.89; cf. *APS 1986*, p. 228).

**Luzern:** Neues Planungs- und Baugesetz vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 24.1., 25.1., 28.2., 8.3.89; *LNN*, 23.1., 24.1., 25.1., 28.2.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 277; 1988, S. 297).

**St.Gallen:** Revision des Gesetzes über die Melioration der Rheinebene (Schaffung der rechtlichen Basis für eine Zweitmelioration und deren Finanzierung, unter Mitberücksichtigung von Anliegen des Natur- und Umweltschutzes; Verpflichtung zur Sicherstellung des ökologischen Ausgleichs) zur Vernehmlassung vorgelegt (*SGT*, 27.10.89).

**Solothurn:** Gesetz über den Ausgleich von planungsbedingten Vor- und Nachteilen (Einführung einer Ausgleichsabgabe, welcher alle Gewinne aus der Veräusserung von Grundstücken unterliegen; Festlegung der Abgabe auf minimal 5 Prozent auf dem nach Abzug eines Pauschalbetrags von 3 000 Franken verbleibenden Gewinn, mit Möglichkeit der Erhöhung bei kurzfristigen Grundstücksgewinnen bis maximal 20 Prozent bei einer Besitzesdauer bis zu einem Jahr; Befreiung von der Abgabe für Bund, Kanton, Gemeinden und juristische Personen mit gemeinnützigem oder wohltätigem Zweck; Aufschub der Abgabepflicht bei Erbgang, Schenkung, Güterstandsänderung, Grundstücktausch und Ersatzbeschaffung bis zur Weiterveräusserung) zur Vernehmlassung vorgelegt (*SZ*, 27.10.89). – Teilrevision des Baugesetzes (Umbenennung in Planungs- und Baugesetz; Einführung eines Kaufrechts zum Verkehrswert der Einwohnergemeinden für Grundstücke, welche fünf Jahre nach ihrer Erschliessung noch nicht überbaut sind, unter der Voraussetzung, dass im betreffenden Gebiet das Angebot an erschlossenem Land nachweislich ungenügend ist; unverzügliche Überführung der im Kaufrecht erworbenen Grundstücke in Privatbesitz, mit der Verpflichtung zur Überbauung; präzisere Definition der Bauzone in Anpassung an das Bundesrecht, mit Elimination des Begriffs der Bauzone zweite Etappe; Übergangsordnung, wonach die Gemeinden die bestehenden Nutzungspläne innert fünf Jahren dem neuen Recht anzupassen haben; Schaffung einer Übergangszone bis zur Revision, in welcher nur nach den Vorschriften des Bauens ausserhalb der Bauzone gebaut werden darf; verstärkte Übertragung der Richtplanung von der Regionalplanung auf den Kanton; Genehmigung der regionalen Richtpläne durch den Kantonsrat; verbindliche Organisation der Regionalplanungsgruppen als privatrechtliche Vereine; Einsprache- und Beschwerdebefugnis gegen Nutzungspläne der Gemeinden für Natur-, Heimat-, Umweltschutz- und weitere Verbände, welche sich statutengemäss der Siedlungs- und Landschaftsgestaltung widmen) zur Vernehmlassung vorgelegt (*SZ*, 23.11.89).

**Ticino:** Modifica della legge sul raggruppamento e la permuta dei terreni approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 20.2., 22.2.89; v. *APS 1988*, p. 298). – Iniziativa popolare legislativa per la salvaguardia del territorio agricolo: Decisione della speciale commissione parlamentare di elaborare un controprogetto (*CdT*, 7.6.89; v. *APS 1988*, p. 297 s.). – Controprogetto all'iniziativa popolare per la salvaguardia del territorio agricolo (norme transitorie in attesa del Piano direttore; competenza del Gran Consiglio a decidere dei piani specifici e delle rappresentazioni grafiche del Piano direttore in materia agricola; garanzia di ricorso offerta ai Comuni; regolamentazione della compensazione per il cambiamento di destinazione delle zone coltivabili, in base al loro reddito agricolo) approvato dal Gran Consiglio (*CdT*, 20.12.89).

**Uri:** Änderung des Baugesetzes in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 64,8% Ja-Stimmen angenommen (*Vat.*, 28.2., 6.3.89; *LNN*, 1.3., 6.3.89; *NZZ*, 3.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 298).

**Vaud:** Modification de la loi sur l'expropriation pour cause d'intérêt public (compétence du tribunal d'expropriation de district pour les décisions sur le principe de l'expropriation) proposée par le Conseil d'Etat (*24 Heures*, 13.7.89).

**Zürich:** Einzelinitiative für den Erlass von gesetzlichen Bestimmungen zum Ausgleich von Planungsmehrwerten: Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 31.1.89). - Einzelinitiative in Form einer allgemeinen Anregung für eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes (Möglichkeit der besseren Nutzung und optimalen Erneuerung von bestehenden Bauten namentlich in Dach- und Wohngeschossen): Kantonsrat beschliesst, die Initiative nicht definitiv zu unterstützen (*NZZ*, 2.2., 29.8.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 279). - Einzelinitiative zum Schutze von Kulturland vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*NZZ*, 9.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 298). - Gesamtrevision des Planungs- und Baugesetzes vom Regierungsrat vorgelegt (*NZZ*, 18.10., 4.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 298 f.). - Initiative des VCS "Zur Förderung des Umsteigens auf den öffentlichen Verkehr (Umsteige-Initiative)" für eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes vom Regierungsrat und Kantonsrat zur Ablehnung empfohlen (*NZZ*, 12.12.89; vgl. *SPJ 1986*, S. 236; *1988*, S. 299).

## e) Wohnwirtschaft - Logement

**Baselland:** Neues Wohnbauförderungsgesetz vom Landrat in Beratung gezogen (*BaZ*, 29.9., 20.10.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 299)

**Fribourg:** Modification de la loi encourageant la construction de logements à caractère social (augmentation du taux de subvention du coût de revient du logement; fixation par le Conseil d'Etat des conditions financières permettant d'accéder à cette subvention exceptionnelle; augmentation des limites de revenu et de fortune qui donnent droit à la subvention; prise en charge des frais pour deux tiers par le canton et pour un tiers par les communes) proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 23.11.89; 19.1.90).

**Genève:** Modification de la loi générale sur le logement et la protection des locataires (introduction de la possibilité, sur demande du propriétaire d'un immeuble HLM, de prolonger la subvention de l'Etat au-delà des échéances prévues) approuvée par le Grand Conseil (*Suisse*, 25.2.89). - Modification de la constitution (inscription du droit au logement et du droit à la propriété de son logement; obligation de l'Etat et des communes d'encourager la réalisation de logements répondant aux besoins reconnus de la population) approuvée par le Grand Conseil sous réserve de la votation populaire (*JdG*, 13.5.89). - Aboutissement d'une initiative constitutionnelle "Pour le droit au logement" (inscription du droit au logement; obligation de l'Etat de multiplier les octrois de droits de superficie à ceux qui sont prêts à construire des logements sociaux sans but lucratif, et de prendre des mesures pour remettre sur le marché des logements laissés vides dans un but spéculatif) (*JdG*, 13.5., 23.6., 1.12.89; *24 Heures*, 23.6.89; *Suisse*, 1.12.89). - Aboutissement d'une initiative "Pour un plan d'urgence-logements" (obligation de l'Etat et des communes de mettre tout en oeuvre pour promouvoir la construction de 3 000 logements locatifs bon marché, destinés exclusivement aux ménages dont les revenus

n'excèdent pas 40 000 francs imposables par an, limite majorée de 7 000 francs par enfant à charge) (*JdG*, 13.5., 23.6.89; *24 Heures*, 23.6.89). – Loi concernant l'allocation de logement dans les immeubles autres que les HBM, HLM et HCM (introduction d'une allocation de logement, dont bénéficieront les locataires de condition modeste, contraints par les circonstances de vivre dans des logements à loyer libre; étude des requêtes et contrôle de l'application par l'Office financier) approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 9.6.89). – Modification de la loi sur les démolitions, transformations et rénovations (fixation du montant des loyers maximaux par l'Etat lors de la délivrance de l'autorisation de rénovation ainsi que contrôle des loyers par l'Etat pendant une période de cinq à dix ans pour les reconstructions et pendant une période de trois ans pour les immeubles transformés, voire cinq ans s'il s'agit d'une transformation lourde; augmentation des loyers autorisée seulement dans le cas d'une évolution des conditions d'exploitation de l'immeuble, notamment des variations du taux des intérêts hypothécaires; définition de tout ce qui est considéré comme transformation; droit des associations de locataires et d'habitants, jugées d'importance cantonale, de recourir lorsqu'un immeuble a été vidé de ses occupants et qu'il ne reste plus de locataires pour élever la voix ou faire opposition) approuvée par le Grand Conseil comme contre-projet à l'initiative du Rassemblement pour une politique sociale du logement "pour la sauvegarde des logements à loyers abordables" (*JdG*, 17.6., 24.6.89; cf. *APS 1987*, p. 280). – Retrait de l'initiative "pour la sauvegarde des logements à loyers abordables" (*JdG*, 24.6.89; cf. *APS 1987*, p. 280). – Projet de loi permettant des interventions coercitives dans le marché immobilier (obligation pour les propriétaires de logements d'annoncer, dans un délai de trois mois, les locaux inoccupés en précisant les motifs pour lesquels ils n'ont pas été reloués; compétence de l'autorité, après examination de ces motifs, d'ordonner leur remise en location, sous réserves d'éventuelles sanctions pénales ou administratives; compétence de l'autorité, en cas de refus, de procéder à une remise en location forcée sur la base d'une expropriation momentanée du droit d'usage reposant sur un principe d'utilité publique; limitation de la loi à une durée de trois à cinq ans): le Conseil d'Etat menace de proposer la loi si une proportion importante de logements vides n'est pas remise en location jusqu'en fin février 1990 (*JdG*, 16.11., 17.11.89; *Suisse*, 16.11.89).

**Luzern:** Totalrevision des Gesetzes über die Erhaltung von Wohnraum (Unterstellung des Abbruchs und der Zweckänderung aller Räume, die Wohnzwecken dienen, unter eine Bewilligungspflicht, welche auch auf den Umbau von Wohnräumen ausgedehnt wird; Definition des Kriteriums der Preisgünstigkeit von Wohnraum, welche dann gegeben ist, wenn ein Mietzins nicht höher ist als derjenige von Wohnungen, welche durch eidgenössische und kantonale Massnahmen grundverbilligt sind; Befristung der Unterstellung von Gemeinden oder Teilen davon auf höchstens acht Jahre, mit gleichlanger Verlängerungsfrist) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Vat.*, 9.2., 25.7., 24.10., 25.10.89).

**Neuchâtel:** Initiative du PS "pour la défense des locataires menacés par un congé-vente" approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 23.3.89; cf. *APS 1986*, p. 237; *1988*, p. 299). – Loi contre les congés-ventes (introduction d'une autorisation pour la vente d'appartements à usage d'habitation précédemment offerts en location dans les communes et pour toutes les catégories de logements qui connaissent la pénurie, avec exception pour les maisons individuelles;

compétence du Conseil d'Etat de désigner les communes et les catégories de logements qui connaissent la pénurie, c'est-à-dire lorsque, considérée par commune et par catégorie, l'offre ne suffit pas à satisfaire la demande; instauration d'une commission cantonale de cinq membres, composée d'un juge de carrière, de deux représentants des milieux immobiliers et de deux représentants des locataires, ayant la compétence de refuser ou d'accorder une autorisation de vente; définition des critères obligeant la commission à accorder une autorisation) proposée par la commission législative du Grand Conseil, en guise de loi d'application de l'initiative socialiste en la matière, et approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 22.2., 7.3., 23.3., 24.6.89).

**St.Gallen:** Einreichung einer Wohnschutz-Initiative (formulierte Initiative für die Schaffung eines Gesetzes über die Erhaltung von Wohnraum; Einführung einer Bewilligungspflicht für Umbauten, Zweckentfremdung und Abbruch von Wohnraum, mit Ausnahmebestimmungen; Unterstellung von Veränderungen im Innern, welche einen erheblich höheren Mietzins zur Folge haben, unter die Bestimmungen für Umbauten; Kompetenz der Gemeinden, selber zu entscheiden, ob sie sich oder Teile ihres Gebietes selber dem Gesetz unterstellen wollen) durch die SP (*SGT*, 4.9., 12.12.89).

**Schaffhausen:** Einreichung einer Initiative "für die Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum" (Einführung einer Unterhaltspflicht zur Verhinderung des absichtlichen Verlotternlassens von preisgünstigem Wohnraum; Bewilligung von Abbruch, Umbau und Zweckänderung von Liegenschaften gebunden an die Bedingung, dass damit kein günstiger Wohnraum zerstört wird) durch das Grüne Bündnis (*SN*, 27.4., 27.10.89).

**Ticino:** Consegnazione di un'iniziativa popolare generica denominata "Basta alle disdette-ristrutturazione" (iniziativa chiedente che i lavori di importante miglioria o straordinaria manutenzione di un immobile siano sottoposti, nel rispetto del diritto federale e cantonale, ad un regime di autorizzazione, che non è necessaria segnatamente per lavori in appartamenti occupati dal proprietario o da suoi parenti o affini, e per lavori effettuati in immobili di tre appartamenti o meno; il regime di autorizzazione può essere temporaneo o limitato territorialmente) (*CdT*, 21.1.89; *JdG*, 21.1.89). - Consegnazione di un'iniziativa popolare generica denominata "Basta alle disdette-vendita" (iniziativa chiedente che l'alienazione totale o parziale, diretta o indiretta, sotto qualunque forma prevista dal diritto federale di appartamenti destinati o adibiti ad uso abitativo sia sottoposta, nel rispetto del diritto federale, ad un regime di autorizzazione, che non è necessaria segnatamente se l'appartamento è già sottoposto al regime della proprietà per piani o ad uno analogo, se l'appartamento è occupato dal proprietario o da suoi parenti o affini, e se l'appartamento è inserito in un immobile di tre appartamenti o meno; il regime di autorizzazione può essere temporaneo o limitato territorialmente) (*CdT*, 21.1.89; *JdG*, 21.1.89). - Modifica della legge sull'abitazione approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 13.5., 23.5.89; v. *APS 1988*, p. 299).

**Vaud:** Initiative "Halte aux congés-ventes": le Conseil d'Etat propose le rejet de l'initiative, qui est retirée après l'approbation d'un contre-projet par le Grand Conseil (*24 Heures*, 31.8., 15.12.89; cf. *APS 1988*, p. 300). - Loi concernant l'aliénation d'appartements loués (soumission à autorisation de toute opération de congés-ventes pour les logements soumis au régime de la propriété par étage (PPE); accord de l'autorisation lorsque l'immeuble est inscrit au régime de la



PPE dès sa construction ou avant le 1er janvier 1990; obligation pour les propriétaires de demander une autorisation avant de disposer d'un logement déjà loué; lors des délibérations parlementaires la durée de la loi a d'abord été fixée à cinq ans, puis déclarée illimitée; en outre sont concernés les immeubles inscrits comme tels au Registre foncier à partir du 7 octobre 1989) approuvée par le Grand Conseil comme contre-projet législatif à l'initiative "Halte aux congés-ventes" (*24 Heures*, 31.8., 2.9., 17.10., 28.11., 29.11., 12.12., 15.12.89).

**Valais:** Loi sur le logement approuvée en votation populaire le 4.6 par 76,8% des votants. (*NF*, 18.5., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; cf. *APS 1988*, p. 299 s.).

**Zürich:** Neues Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaus und des Wohneigentums in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 83,3% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole der NA (*NZZ*, 4.4., 23.5., 14.9., 25.9.89; *TA*, 21.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 300). – Einreichung einer nichtformulierten "Wohnungsinitiative" (Ermächtigung der Gemeinden, Gelder aus der Grundstückgewinnsteuer in einen Fonds zu legen, aus dem zinslose Darlehen an neugegründete Mietergenossenschaften gewährt sowie weitere Massnahmen zur Schaffung und Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum finanziert werden sollen; Kompetenz der Gemeinden, mit Fondsgeldern selber Liegenschaften zu erwerben) durch die Humanistische Partei (*TA*, 10.6., 1.12.89; *NZZ*, 1.12.89).

## **f) Umweltschutz, Natur- und Heimatschutz, Wasserrecht – Protection de l'environnement, de la nature et des sites, droit des eaux**

**Aargau:** Formuliert Gesetzesinitiative zum Schutz des Klingnauer Stausees und seiner Umgebung vom Grossen Rat zur Ablehnung empfohlen und in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 56,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen vom LdU und den Grünen (*AT*, 13.5., 5.6.89; *NZZ*, 2.6.89; vgl. *SPJ 1986*, S. 237; *1987*, S. 280; *1988*, S. 300).

**Baselland:** Dritter Entwurf eines Umweltschutzgesetzes (Festlegung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden; Einführung marktwirtschaftlicher Elemente im Bereich des Immissionsschutzes: Ausrichtung einer sogenannten Emissionsgutschrift für die Inhaber von Anlagen, welche die vom Kanton verschärften Emissionsbegrenzungen durchschnittlich um mindestens zwei Drittel unterschreiten, mit freier Handelbarkeit dieser Gutschrift; Kompetenz des Kantons, bei Bedarf eine Emissionsbörse einzurichten, welche vorhandene Gutschriften an Interessenten vermittelt; Möglichkeit des Einsatzes dieser Gutschriften für andere Anlagen, welche die verschärften Emissionsbegrenzungen sonst nicht erfüllen würden; Möglichkeit des Zusammenschlusses der Inhaber von mehreren Emissionsquellen zu einem Verbund, wo nicht die einzelne Anlage, sondern die Summe aller Emissionen beurteilt wird; Berücksichtigung des Überschreitens von Immissionsgrenzwerten für Stickstoffdioxid und Ozon in den Kantonen Baselland oder Baselstadt bei der Bewilligung neuer Anlagen im Sinne einer "Saldostrategie"; Kompetenz des Kantons, bei Überschreiten der Immissionsgrenzwerte für Schwefel- und Stickstoffdioxid in den beiden Kantonen entweder den Einsatz von Heizöl mittel und schwer zu verbieten oder mit einer Abgabe zu belegen; ausdrückliche Verankerung der Zielsetzung der Erhaltung der biologischen, chemischen und physikalischen Eigenschaften der Böden, mit Vornahme periodischer Bodenuntersuchungen; Erstellung von Düngungsplänen für jede Parzelle,

welche sowohl die Nährstoffbedürfnisse der Pflanzen wie auch die jeweiligen Bodenverhältnisse berücksichtigen; finanzielle Abgeltung entstehender Einkommenseinbussen bei einer die Bodenfruchtbarkeit langfristig erhaltenden Bewirtschaftungsweise; Verankerung des Grundsatzes der Vermeidung, Wiederverwertung und umweltverträglichen Beseitigung der Abfälle; Verbot des Vermischens verschiedener Abfallarten; Verpflichtung der Gemeinden, wiederverwertbare Abfälle separat zu sammeln; Erhebung einer Gebühr für nicht wiederverwertbare Siedlungsabfälle, welche die Kosten der gesamten Abfallbeseitigung durch die Gemeinde zu decken hat; Einführung der Kehrichtsackgebühr auf kantonaler Ebene; Ausweitung der Rücknahmepflicht auf alle Produkte, die nach dem Gebrauch als Sonderabfall entsorgt werden müssen; Verschärfung der Voraussetzungen für die Bewilligung von Abfallanlagen, mit Kompetenz des Kantons, selber solche zu erstellen, erwerben oder zu betreiben) vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 22.2., 28.10., 29.11., 30.11.89). – Nichtformulierte Verfassungsinitiative zur Verhinderung von Sondermülldeponien vom Landrat für ungültig erklärt (*BaZ*, 20.6., 5.9., 27.9., 28.10., 31.10.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 280). – Natur- und Heimatschutzgesetz sowie Änderung des Baugesetzes als Gegenvorschlag zur Initiative "für einen wirksamen Naturschutz" vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 9.3., 5.7., 10.7.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 280 f.). – Formulierte Gesetzesinitiative "für einen wirksamen Naturschutz": Regierungsrat beantragt Ablehnung der Initiative und präsentiert Gegenvorschlag in Form eines Gesetzes über den Natur- und Heimatschutz (*BaZ*, 9.3., 5.7.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 280 f.).

**Baselstadt:** Änderung des Kanalisationsgesetzes (Reduktion der Kantonsbeiträge an kommunale Kanalisationen auf diejenigen nicht durch Gegenleistungen abgegoltene Mehrkosten, welche einer Gemeinde für die Ableitung von Abwässern aus andern Gemeinden entstehen) vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 15.6.89).

**Bern:** Verfassungsinitiative "für ein umweltfreundliches Wasserbaugesetz" vom Grossen Rat zur Ablehnung empfohlen; Rückzug der Initiative (*Bund*, 15.2., 30.3.89; *BZ*, 15.2.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 281; *1988*, S. 301). – Neues Wasserbaugesetz (in zweiter Lesung wird der Planungs- und Handlungsgrundsatz der mildesten Massnahme ersetzt durch die Bestimmung, dass bei Hochwassergefahr diejenigen Massnahmen ergriffen werden, die verhältnismässig sind) als Gegenvorschlag zur Initiative "für ein umweltfreundliches Wasserbaugesetz" vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*Bund*, 15.2., *BZ*, 15.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 301). – Lufthygienegesetz vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 30.3., 5.9., 17.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 301). – Naturschutzgesetz (Bewahrung der natürlichen Lebensräume und Erhaltung der einheimischen Tiere und Pflanzen in ihrer Vielfalt; Erhaltung nicht nur einzelner Objekte, sondern ganzer Lebensräume wie Baumgruppen, Hecken oder Uferbestockungen; Übernahme der Aufgaben von nationaler und regionaler Bedeutung durch den Kanton und derjenigen von lokaler Bedeutung durch die Gemeinden; Verpflichtung der Gemeinden, Inventare über schutzwürdige Gebiete von lokaler Bedeutung zu erstellen und allfällige Abgeltungen für erschwerte Bewirtschaftung oder Nutzungsbeschränkungen zu regeln; gesetzliche Verankerung der Verbandsbeschwerde von Naturschutzorganisationen und der Zusammenarbeit mit den freiwilligen Naturschutzaufsehern und der Wildhut; Festlegung des Schutzes von Gebieten und

der Ausscheidung von Ausgleichsflächen wenn möglich auf freiwilliger Ebene und auf vertraglicher Basis) in Ausführung einer Motion zur Vernehmlassung vorgelegt (*Bund*, 27.7.89).

**Glarus:** Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kompetenz des Landrats zum Erlass eigener Vorschriften im Rahmen des Bundesgesetzes, falls der Bundesrat von seiner Verordnungskompetenz in einzelnen Fällen nicht ausdrücklich Gebrauch macht; Verpflichtung des Regierungsrats, die Umwelterziehung in den bestehenden Fachunterricht an allen öffentlichen Schulen einzubeziehen, wobei dieser Unterricht den Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu beachten hat und nicht ideologisiert werden darf; Möglichkeit zur Förderung von Forschungs- und Pilotprojekten im Umweltschutzbereich durch den Kanton; Erlass von Richtlinien durch den Regierungsrat für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen; Einsetzung einer aus Vertretern von Politik, Wirtschaft, Gemeinden und anderen Interessenorganisationen zusammengesetzten Umweltschutzkommission durch den Regierungsrat, welche die Exekutive und die zuständige Direktion in Umweltfragen zu beraten hat; Erlass von Bestimmungen über die Begrenzung der Umweltbelastung; Kompetenz des Regierungsrats, umweltgefährdende Anlagen notfalls sofort stillzulegen; Verpflichtung der Gemeinden, im Baubewilligungsverfahren dafür zu sorgen, dass die Vorschriften der Luftreinhalteverordnung eingehalten werden; Erlass eines Massnahmenplans durch den Landrat, unter Mitwirkung der betroffenen Gemeinde, wenn übermässige Luftimmissionen auftreten oder zu erwarten sind; Verbot des Verbrennens von Abfällen wie Altöl, Pneus und Kunststoffen im Freien oder in dazu nicht eingerichteten Anlagen; Verpflichtung der Gemeinden zur Ergreifung der notwendigen Massnahmen gegen übermässigen Lärm, mit Möglichkeit von Kantonsbeiträgen an Sanierungskosten, wenn ein erhebliches öffentliches Interesse daran besteht; Verpflichtung der Gemeinden, die festen Siedlungsabfälle aus Haushalt, Gewerbe und Industrie durch getrennte Einsammlung, stoffgerechte Verwertung oder Beseitigung umweltschonend zu entsorgen; Unzulässigkeit einer Gebührenpflicht für die Verursacher von Kleinmengen von Sonderabfällen) von der Landsgemeinde am 7.5. angenommen (*NZZ*, 10.2., 16.2., 2.3., 10.3., 5.5., 8.5.89; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1989*; *Protokoll der Landsgemeinde vom 7. Mai 1989*).

**Graubünden:** Gesetz über die Abfallbewirtschaftung in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 83,0% Ja-Stimmen angenommen (*BüZ*, 2.3., 3.3., 1.6., 2.6., 14.9., 16.9., 25.9., 8.12.89; *NZZ*, 20.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 301).

**Luzern:** Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 7.3.89; *Vat.*, 7.3.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 282; *1988*, S. 301 f.). – Gesetz über den Schutz von Pflanzen vor gemeingefährlichen Krankheiten und Schädlingen (rechtliche Grundlage für die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten wie Gitterrost und Feuerbrand; Kompetenz des Regierungsrats, Krankheiten und Schädlinge von lokaler Bedeutung als gemeingefährlich zu erklären; Kompetenz des Volkswirtschaftsdepartements als zentrales Organ des kantonalen Pflanzenschutzes, nötigenfalls Zwangsmassnahmen anzuordnen) vom Regierungsrat in Ausführung einer Motion vorgelegt und vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Vat.*, 21.2., 12.9., 6.12.89; *LNN*, 6.12.89). – Natur- und Landschaftsschutzgesetz vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 17.10.89; *Vat.*, 17.10.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 301 f.). – Nichtformulierte Gesetzesinitiative "See- und

Flussufer" vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen, mit Antrag an den Grossen Rat, ihn mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zu beauftragen (*Vat.*, 19.12.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 302).

**Schaffhausen:** Teilrevision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (in Parlamentsberatungen wird der Maximalbetrag auf 800 000 Franken festgesetzt) in der Volksabstimmung vom 23.4. mit 73,1% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole des LdU (*SN*, 21.4., 25.4.89; *NZZ*, 21.4.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 302).

**Schwyz:** Revision des Wasserrechtsgesetzes (Erhebung des maximal zulässigen Wasserrechtszinses bei allen Kraftwerken im Kanton; Änderung der Verteilung des Wasserrechtszinses auf die Gemeinden, wobei neu jene Gemeinden in den Genuss des Kantonsdrittels kommen sollen, welche zu den jeweiligen Kraftwerkanlagen in einer direkten Beziehung stehen, aber bisher vom Wasserzins nicht profitiert haben; Erhöhung der Kantons- und Bezirksbeiträge an Bachverbauungen) in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 71,8% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 28.2., 27.4.89; *Vat.*, 28.2., 27.4., 27.11.89; *NZZ*, 7.11.89).

**Vaud:** Aboutissement d'une initiative constitutionnelle rédigée de toutes pièces "Sauver la Venoge" (protection des cours, des rives et des abords de la Venoge; délimitation de l'étendue de cette protection par un plan d'affectation cantonal, comprenant avec des dispositions accessoires toutes les mesures utiles pour assurer l'assainissement des eaux, pour maintenir et restaurer les milieux naturels favorables à la flore et à la faune, notamment la végétation riveraine, pour classer les milieux naturels les plus intéressants ainsi que pour interdire toute construction, équipement, installation ou intervention dont la réalisation irait à l'encontre des objectifs ci-dessus) (*24 Heures*, 24.1., 16.2., 4.3.89). – Révision partielle de la loi sur la protection des eaux contre la pollution (mesures visant à combler les lacunes dans l'épuration des eaux; obligation d'enquête publique pour la détermination des secteurs, zones et périmètres de protection des eaux; obligation pour les communes d'équiper rapidement le périmètre, lorsqu'elles refusent un permis de construire dans le périmètre de protection des eaux) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 14.12., 19.12.89). – Loi sur la gestion des déchets (planification cantonale et définition des équipements de traitement et de stockage, avec délimitation par le gouvernement des aires de récolte; définition des tâches communales; triage des déchets à la source; défense de laisser traîner les déchets n'importe où et n'importe comment; collaboration entre le secteur privé et les collectivités publiques, avec la possibilité de subventions cantonales pour des institutions privées spécialisées; réglementation plus détaillée du financement avec ancrage du principe du pollueur-payeur adouci par la participation des pouvoirs publics) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 7.10., 16.11., 14.12.89).

**Zug:** Initiative für die Erhaltung des alten Kantonsschulgebäudes auf dem Athene-Areal in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 53,5% Ja-Stimmen angenommen. Ja-Parolen von SP und Sozialistisch-Grüner Alternative (*Vat.*, 24.2., 6.3.89; *LNN*, 18.2., 21.2., 23.2., 6.3.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 303). – Neues Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz, Denkmalschutzgesetz (in Parlamentsberatungen wird ein einheitlicher Beitragssatz der öffentlichen Hand von 35 Prozent für alle Objekte festgesetzt) vom Kantonsrat in Beratung gezogen (*LNN*, 19.4., 27.10.89; *Vat.*, 19.4., 16.8., 24.10., 27.10.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 302 f.).

## g) Elementarschäden - Dégâts causés par les forces naturelles

**Aargau:** Gesetz über den vorbeugenden Brandschutz in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 68,4% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole der Auto-Partei (*AT*, 6.1., 22.2., 15.3., 5.6.89; *NZZ*, 2.6.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 283 f.; *1988*, S. 303).

**Baselstadt:** Neues Gesetz über die Hagelversicherung vom Grossen Rat an den Regierungsrat zurückgewiesen; Aufhebung des Gesetzes über die obligatorische Hagelversicherung vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 8.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 303).

**Ticino:** Legge sui territori soggetti a pericoli naturali (realizzazione di un catasto dei territori soggetti a pericolo e di un piano cantonale di premunizione e risanamento in grado di visualizzare l'insieme delle incidenze territoriali e di coordinare gli interventi fissando le necessarie priorità; estensione della possibilità di sussidiamento anche ai pendii instabili non boscati e la concessione di sussidi omogenei per gli interventi di ordine idraulico e forestale) proposta dal Consiglio di Stato (*CdT*, 21.4., 18.5.89).

**Uri:** Kredit von 2,4 Mio Fr. für Lawinenverbauungen an der Schächentaler Windgälle in der Gemeinde Unterschächen in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 87,0% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 25.9.89; *Vat.*, 25.9.89). - Kredit von 2,6 Mio Fr. für Lawinenverbauungen "ob der Sidenplangg" am Rotnossen in der Gemeinde Spiringen in der Volksabstimmung vom 24.9.89 mit 86,8% Ja-Stimmen angenommen (*LNN*, 25.9.89; *Vat.*, 25.9.89).

**Vaud:** Modification de la loi sur la prévention des incendies (soumission des dispositifs privés de prévention contre les incendies à l'approbation de l'Etablissement cantonal d'assurance contre l'incendie; installation de paratonnerres limitée à des spécialistes ayant suivi les cours nécessaires; introduction de la compétence du particulier de choisir son ramoneur) proposée par le Conseil d'Etat (*24 Heures*, 25.9.89).

**Zürich:** Änderung des Gesetzes über die Feuerpolizei und das Feuerwehrewesen (in Parlamentsberatungen wird die Höhe der Ersatzabgabe auf 0,4 Prozent des steuerbaren Einkommens festgelegt, mit Minimal- und Maximalbeträgen von 10 bzw. 500 Franken) in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 59,8% Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parolen von SP, Grüner Partei, LdU, POCH und PdA (*NZZ*, 8.3., 6.6., 11.7., 20.11., 22.11., 27.11.89; *TA*, 25.11., 27.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 303).

## 5. Sozialpolitik – Politique sociale

### a) Arbeitsrecht, Beamtenrecht – Droit du travail, statut du personnel public

**Bern:** Gesetz über die Stellenbeschaffung, –plafonierung und –bewirtschaftung (Plafonierung der Staatsausgaben für das Personal im Staatsvoranschlag, mit Festlegung der Summe der Stellenpunkte und nicht der Anzahl Stellen; Kompetenz des Regierungsrats und der Direktionen, innerhalb des Stellenplafonds eine eigentliche Stellenbewirtschaftung zu praktizieren; in Parlamentsberatungen wird die automatische Zurechnung zum Stellenetat der durch Gesetz oder Dekret bewilligten Stellen abgelehnt und die separate Bewilligung jeder neu geschaffenen Stelle im Rahmen der Budgetdiskussion beschlossen) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 1.3., 8.7., 15.11., 16.11.89).

**Genève:** Initiative constitutionnelle rédigée de toutes pièces "pour une fonction publique proche du citoyen": le Grand Conseil propose le rejet de l'initiative, qui est retirée après l'approbation parlementaire du contre-projet (*JdG*, 28.1., 27.5., 30.5.89; cf. *APS 1987*, p. 285). – Contre-projet à l'initiative "pour une fonction publique proche du citoyen" (compétence laissée au Conseil d'Etat de la totalité de son pouvoir de négociation avec la fonction publique; soumission des termes de l'accord au Grand Conseil; compétence du Grand Conseil de refuser l'accord, qui dans ce cas doit être renégocié, ou de l'approuver sous forme d'une loi qui pourrait alors être soumise au référendum populaire) rejeté en votation populaire le 4.6 par 53,1% des votants. Le non recommandé par le PRD, le PS, le PdT, le PSO et l'Union syndicale, liberté de vote laissée par l'UDC (*JdG*, 17.1., 28.1., 27.5., 3.6., 5.6.89; cf. *APS 1987*, p. 285).

**Nidwalden:** Revision des Beamtengesetzes (Unterstellung des Personalamts unter die Finanzdirektion; einheitliche Festlegung der Altersgrenze für Frauen und Männer auf 65 Jahre mit Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung; definitive Regelung der Probezeit; Neuumschreibung des Austritts bei Pensionierungen und der Bestimmungen über die Dienstaltersgeschenke; Kompetenz des Landrats, über den Verordnungsweg Anpassungen bezüglich des Pensionsalters vornehmen zu können) vom Landrat in Beratung gezogen (*Vat.*, 14.12.89).

### b) Besoldungen – Salaires

(Vgl. auch 5a) *Arbeitsrecht, Beamtenrecht* – cf. aussi 5a) *Droit du travail, statut du personnel public*)

**Aargau:** Realloohnerhöhung (linear um zwei Prozent) vom Grossen Rat angenommen (*AT*, 13.12.89).

**Baselstadt:** Initiative der PdA für eine Plafonierung des Teuerungsausgleichs vom Grossen Rat zum zweiten Mal an die Regierung überwiesen (*BaZ*, 13.1.89; vgl. *SPJ 1985*, S. 223).

**Bern:** Vorlage für eine Realloohnerhöhung für Staatspersonal und Lehrerschaft vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 18.5.89; *BZ*, 19.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 304).

**Fribourg:** Modification de la loi sur les traitements du personnel de l'Etat (introduction du treizième salaire, versé en deux tranches, avec maintien de toutes les prestations actuelles; lors des délibérations parlementaires l'introduction par étape jusqu'en 1991 du treizième salaire est approuvée; en outre le Grand Conseil renonce à l'adaptation semestrielle au renchérissement et décide de geler les allocations sociales pour trois ans) approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 26.8., 30.8., 16.9., 22.11., 24.11.89).

**Neuchâtel:** Modification de la loi sur les traitements de la fonction publique (introduction d'un treizième salaire; suppression de la prime de fidélité versée tous les cinq ans et introduction d'un autre type de prime versé après vingt et trente ans d'activité; compétence du Conseil d'Etat d'accorder un supplément de traitement dans des cas définis) approuvée en votation populaire le 26.11 par 64,8% des votants (*Express*, 26.9., 11.10., 23.11., 27.11.89; *NZZ*, 17.11.89).

**Nidwalden:** Änderung der Beamtenverordnung (Realloohnerhöhung von zwei Prozent) vom Landrat angenommen (*Vat.*, 21.9.89).

**Thurgau:** Revision der Besoldungsverordnung (Möglichkeit zur Honorierung guter und zur Sanktionierung schlechter Leistungen; Regelung der Entschädigungen für Kommissionsmitglieder, Experten und Inhaber einzelner Nebenämter in einem einzigen Erlass) zur Vernehmlassung vorgelegt (*SGT*, 8.9.89).

**Ticino:** Modifica della legge sugli stipendi degli impiegati dello Stato e dei docenti (estensione del diritto all'indennità per economia domestica a tutti i dipendenti coniugati, siano essi uomini o donne; eccezione a questo principio nel caso di dipendenti statali coniugati fra loro, ed a quello di lavoratori separati o divorziati) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 18.1., 23.5.89).

**Valais:** Modification du décret fixant le traitement des fonctionnaires et employés de l'Etat (introduction par étape jusqu'en 1992 du versement d'un treizième salaire aux employés de la fonction publique) approuvé par le Grand Conseil (*NF*, 15.11.89).

**Zug:** Revision des Gesetzes betreffend Besoldung der Lehrer an den Volksschulen sowie der hauptamtlichen Beamten und Angestellten (Reduktion der Amtsdauer für Beamte von vier auf zwei Jahre; Erleichterung des vorzeitigen Altersrücktritts ab dem 62. Altersjahr durch Ausrichtung einer Zusatzrente; Schaffung der Möglichkeit, bestimmte Mitarbeiterkategorien und Berufsgattungen in höhere Gehaltsklassen einzustufen; Ausweitung des Besoldungsrahmens) vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 24.6.89; *Vat.*, 24.6.89).

**Zürich:** Vorlage für eine Realloohnerhöhung für das Staatspersonal (generelle Realloohnerhöhung von zwei Prozent) vom Kantonsrat angenommen (*NZZ*, 16.2., 11.3., 17.5., 30.5.89).

### c) Ferien, Feiertage – Vacances, jours fériés

**Thurgau:** Änderung des Gesetzes über die Ferien und Feiertage und des Ladenschlussgesetzes, Gesetz über die öffentlichen Ruhetage in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 87,8% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von Auto-Partei und Gewerbeverband (*SGT*, 16.2., 28.2., 10.3., 22.9., 25.9.89; *NZZ*, 20.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 305).

#### **d) Alters- und Invalidenvorsorge – Prévoyance pour personnes âgées et invalides**

**Baselland:** Einreichung einer nichtformulierten Initiative "für eine Änderung der Grundlagen der Basellandschaftlichen Beamtenversicherungskasse" (Neugestaltung nach folgenden Grundsätzen: volle Freizügigkeit; Finanzierung nach einem gemischten Deckungsverfahren ähnlich der AHV, wobei langfristig das Deckungskapital in ein gewisses Verhältnis zu den Verpflichtungen gebracht werden soll; gleiche Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber; Möglichkeit für öffentlichrechtliche Arbeitgeber, ihre Beiträge als Garantieverpflichtung zu leisten; Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung, für deren Regelung das Kriterium der Erwerbsjahre entscheidend ist, wobei fehlende Erwerbsjahre durch eingebrachte Einkaufsgelder kompensiert werden können; Berücksichtigung von Teilzeitarbeit bei der Bestimmung der Erwerbsjahre; Festlegung des versicherbaren Höchstlohns entsprechend dem 2. Maximum der Lohnklasse 8) (*BaZ*, 22.3., 10.4., 31.5.89).

**Baselstadt:** Revision des Pensionskassengesetzes (Erhöhung des Rücktrittsalters von Frauen von 60 auf 63 und Herabsetzung desjenigen für Männer von 65 auf 63 Jahre; Möglichkeit flexibler Rücktrittslösungen für 60 bis 63jährige; Ausdehnung der Anspruchsberechtigung für Renten – unter gewissen Bedingungen – auch auf männliche Hinterbliebene; Verpflichtung zur Einbringung sämtlicher Freizügigkeitsleistungen bei Eintritt in die Kasse; Erleichterung des Wiedereintritts; Änderung der Garantieverpflichtung des Staates, welcher in Form einer Umlageprämie gerade so viel zu leisten hat, dass der Deckungsgrad der Kasse immer stabil gehalten werden kann) vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 25.10., 26.10., 21.12.89).

**Bern:** Totalrevision des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV (Neuregelung der Kompetenzen ohne Änderung der Anspruchsvoraussetzungen und des Verfahrens; in Parlamentsberatungen wird die Bestimmung aufgenommen, dass die Bezugsberechtigten von den Gemeindeausgleichskassen umfassend zu informieren sind) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 31.8.89; *BZ*, 31.8.89; 17.11.89).

**Fribourg:** Modification de la loi sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (réduction de la part communale aux prestations complémentaires AVS/AI de 50 à 20%; lors des délibérations parlementaires, le Grand Conseil décide de charger l'Etat de la totalité des prestations complémentaires) approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 19.10., 9.11., 22.11., 23.11.89).

**Graubünden:** Teilrevision der Gesetze über die Förderung der Krankenpflege und über die Förderung von Altersheimen (Angleichung der nach der Finanzkraft der Gemeinden abgestuften Beitragsansätze für den Bau von Alters- und von Pflegeheimen; neuer Beitragssatz für die zusätzlich zu den Finanzausgleichsbeiträgen ausgerichteten Kantonsleistungen an den Bau von



Alters- und Pflegeheimen zwischen 40 und 55 Prozent der anrechenbaren Kosten; in Parlamentsberatungen wird ein Kantonsanteil von 50 bis 65 Prozent beschlossen) in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 89,5 bzw. 88,2% Ja-Stimmen angenommen (*BüZ*, 9.3., 2.6., 13.9., 19.9., 25.9.89; *NZZ*, 20.9.89).

**Jura:** Abrogation de la loi sur les pensions de retraite des ecclésiastiques (aucun membre du clergé n'est membre de la Caisse de pensions de l'Etat) approuvée par le Parlement (*Dém.*, 26.1., 17.3.89).

**Neuchâtel:** Révision de la loi sur les prestations complémentaires à l'AVS-AI (compétence du Conseil d'Etat de fixer les conditions dans lesquelles une aide pourra être accordée par la Caisse cantonale de compensation dans les cas de rigueur) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 11.10.89).

**Zürich:** Parlamentarische Initiative für eine Änderung des Gesetzes über die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherung des Staatspersonals (Aufhebung der besonderen Bestimmungen für Magistratspersonen, insbesondere der Sonderregelungen für Regierungsräte, Richter und Universitätsdozenten bezüglich der Überwälzung ihrer Einkaufs- und Beitragszahlungen auf den Staat): Kantonsrat beschliesst vorläufige Unterstützung (*NZZ*, 28.2.89). – Behördeninitiative des Stadtrates von Dübendorf vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*NZZ*, 9.9., 26.10.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 310). – Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung (Verpflichtung der Krankenkassen, den Patienten der Pflegeabteilungen in Altersheimen die gleichen Leistungen wie den Krankenheimpatienten zu gewähren) vom Regierungsrat als Gegenvorschlag zur Behördeninitiative des Stadtrats von Dübendorf vorgelegt (*NZZ*, 9.9.89).

## e) Kranken- und Unfallversicherung – Assurance-maladie et accidents

**Baselland:** Krankenversicherungsgesetz in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 69,7% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP, Auto-Partei und Gewerbeverband (*BaZ*, 26.1., 26.4., 9.5., 26.5., 9.9., 19.9., 25.9.89; *NZZ*, 20.9.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 286). – Nichtformulierte Initiative der Grünen Baselland (vormals POCH) "für eine soziale, familienfreundliche Krankenversicherung" vom Landrat zur Ablehnung empfohlen und in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 63,6% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parole der Grünen Baselland (*BaZ*, 28.9., 11.11., 18.11., 27.11.89; vgl. *SPJ 1983*, S. 210; *1984*, S. 204; *1986*, S. 241). – Nichtformulierte Initiative der SP "für die Schaffung eines sozialen Krankenversicherungsgesetzes" vom Landrat zur Ablehnung empfohlen und in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 65,9% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parolen von SP und Grünen Baselland (*BaZ*, 28.9., 11.11., 18.11., 27.11.89; vgl. *SPJ 1984*, S. 203 f.; *1986*, S. 241).

**Baselstadt:** Neues Gesetz über die Krankenversicherung (Vereinheitlichung der Subventionen an die privaten Krankenkassen und an die Öffentliche Krankenkasse (ÖKK), welche von besonderen sozialen Verpflichtungen abhängig gemacht werden; Abgeltung der überdurchschnittlichen sozialen Belastung der ÖKK mittels begrenzter Betriebsbeiträge;

Anspruch privater Krankenkassen auf finanzielle Unterstützung durch den Kanton, wenn sie überdurchschnittlich belastet sind; Verankerung des Vollobligatoriums der Krankenpflegeversicherung mit genau bestimmten Ausnahmen; Übergang vom System der vom Kanton zu tragenden Prämienanteile zu demjenigen, welches den vom Versicherten je nach Einkommenslage und Unterhaltspflicht zu tragenden Betrag bestimmt; Begrenzung der Reduktion der Kollektivversicherungsprämien; Prämiengleichheit von Mann und Frau; Verzicht auf Aussteuerung von Langzeitpatienten, verknüpft mit erhöhter Kostenbeteiligung von rentenberechtigten Spitalpatienten nach 180 Spitaltagen; Verbot des Ausschlusses von Versicherten und von Leistungseinstellungen bei Prämienrückständen; Verzicht auf Vorbehalte für bereits bestehende Krankheiten; freies Übertrittsrecht in eine andere Krankenkasse ohne Krankheitsvorbehalt; Verbot von Eintrittsgebühren; Übernahme von Spitexleistungen von 720 Stunden innert fünf aufeinanderfolgenden Jahren; Leistungsauftrag an die ÖKK mit vorgegebenem Finanzierungsrahmen, mehr unternehmerischen Freiheiten mit Entflechtung der Kompetenzen und klaren Konsequenzen für den Fall des Scheiterns dieser Strategie) vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 8.3., 22.4., 16.11.89).

**Schaffhausen:** Neues Krankenkassengesetz in der Volksabstimmung vom 23.4. mit 68,7% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von FDP und LdU, Stimmfreigabe des Gewerbeverbands (*SN*, 21.4., 24.4.89; *NZZ*, 21.4.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 306).

**Schwyz:** Gesetz über Kantonsbeiträge an Krankenkassen (Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an die Schwyzer Krankenkassen im Umfang von 15 Prozent des jeweiligen Bundesbeitrags; Verpflichtung der Krankenkassen, diese Beiträge gezielt für die Prämienermässigung von wirtschaftlich schwachen Versicherten und zur Milderung von Härtefällen zu verwenden; Kompetenz des Sektionsvorstands der Krankenkassen, die entsprechenden Regelungen im Detail selber auszuarbeiten, mit Möglichkeit der Anfechtung von Entscheiden mittels Beschwerde beim Departement des Innern) zur Vernehmlassung vorgelegt (*LNN*, 15.12.89; *Vat.*, 15.12.89).

**Valais:** Révision de la loi cantonale sur l'assurance-maladie approuvée en votation populaire le 4.6 par 85,7% des votants (*NF*, 18.5., 30.5., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; cf. *APS 1988*, p. 306).

**Zürich:** Einzelinitiative für eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung: Kantonsrat beschliesst definitive Unterstützung, aber ablehnende Empfehlung für die Volksabstimmung; Annahme der Initiative in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 52,0% der Stimmen; Ja-Parolen von SP, Grüner Partei, LdU, EVP, POCH und PdA (*NZZ*, 11.7., 18.11., 27.11.89; *TA*, 25.11., 27.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 307).

## f) Arbeitslosenversicherung - Assurance-chômage

**Bern:** Neues Gesetz über die Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung (Anpassung an Bundesrecht; in Parlamentsberatungen wird der Beizug des kantonalen Informationssystems über Stellensuchende und offene Stellen bei der Erarbeitung von Statistiken sowie die Kompetenz der Behörden, bei der Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit mit privaten gemeinnützigen Organisationen zusammenzuarbeiten, beschlossen) vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 26.5., 31.8.89).

**Thurgau:** Gesetz über Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, vgl. 3a) (*Wirtschaft*) (*Allgemeines*).

**Zürich:** Gesetz über Leistungen an Arbeitslose (neue Rechtsgrundlage für den Vollzug der Aufgaben, die der Bund mit dem Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung den Kantonen übertragen hat; Zusammenlegung von Entlastungs- und Hilfsfonds in einen Arbeitslosenfonds) vom Regierungsrat vorgelegt (*NZZ*, 7.9.89).

## **g) Familienrecht, Familienzulagen, Stellung der Frau - Droit de la famille, allocations familiales, condition de la femme**

**Appenzell Innerrhoden:** Gesetz über die Kinderzulagen (Kompetenz des Grossen Rates zur Reduktion der Beiträge für die Kinderzulagen) von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*SGT*, 1.5.89).

**Baselland:** Änderung des Kinderzulagengesetzes (Verankerung der rechtlichen Gleichstellung von Ausländerkindern) vom Landrat angenommen (*BaZ*, 14.11.89).

**Baselstadt:** Ergänzung der Kantonsverfassung (Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie des Grundsatzes, dass Rechte und Pflichten für Frauen und Männer gelten, auch wenn sich ein Rechtssatz nicht an beide Geschlechter richtet) als Grundsatzbeschluss in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 72,7% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP, POCH, PdA neu, GAB, SAP und LdU, Stimmfreigabe der VEW (*BaZ*, 26.5., 5.6.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 307).

**Fribourg:** Révision totale de la loi sur les allocations familiales (augmentation des allocations familiales de 120 à 180 francs par mois pour les deux premiers enfants et de 135 à 200 francs à partir du troisième; augmentation de l'allocation de naissance de 600 à 1000 francs; augmentation des allocations de formation professionnelle de 180 et 195 à 240 et 260 francs; ouverture du droit aux allocations aux personnes sans activité lucrative de condition modeste, pour autant que ni des rentes pour enfants de l'AVS ou de l'AI ni des prestations de même nature prévues par d'autres dispositions légales ne soient versées) proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 26.8., 12.10.89).

**Jura:** Nouvelle loi sur les allocations familiales (augmentation de l'allocation par enfant de 80 à 115 francs, et de 100 à 135 francs dès le troisième enfant; augmentation de l'allocation pour les enfants en apprentissage de 100 à 155 francs; introduction d'une allocation de naissance ou d'accueil de 600 francs; suppression de l'allocation de ménage aux fonctionnaires mariés et versement d'un supplément aux couples ayant un ou deux enfants; partage des allocations entre le père et la mère, dans la mesure où l'un et l'autre travaillent; extension de trois à douze mois de la période, durant laquelle sont versées les allocations en cas de maladie ou d'accident; droit des personnes seules avec des enfants aux allocations familiales entières si elles ne peuvent exercer une activité lucrative en raison de la situation personnelle; assujettissement des autorités et administrations cantonales et communales au versement des allocations; lors des délibérations

parlementaires en premier débat, les députés votent pour le maintien de l'allocation de ménage pour les couples avec enfant et son extension à tous les secteurs de l'économie concernés par cette loi; en second débat le versement de cette allocation est réintroduite pour tous les couples) approuvée par le Parlement (*Dém.*, 14.2., 24.2., 21.4.89).

**St.Gallen:** Nachtragsgesetz zum Gesetz über Alimentenbevorschussung (Vereinfachung des Verfahrens zur Berechnung der Vorschüsse, welche unabhängig vom Ergänzungsleistungsrecht ermittelt werden sollen; Wegfall der Karenzfrist für neu in den Kanton gezogene Eltern; Beseitigung der Ungleichbehandlung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren) vom Regierungsrat vorgelegt (*SGT*, 23.8., 29.8.89).

**Schaffhausen:** Revision des Familien- und Sozialzulagengesetzes (Erhöhung der Mindestansätze für Kinderzulagen von 100 auf 120 Franken sowie der übrigen Zulagenansätze und die massgebenden Einkommensgrenzen entsprechend dem Biga-Lohnindex um linear zehn Prozent; in Parlamentsberatungen wird die Kinderzulage neu auf 130 Franken festgesetzt und den beschlossenen Änderungen Dekretscharakter beigegeben) vom Grossen Rat angenommen (*SN*, 18.8., 7.11.89; *NZZ*, 7.11.89).

**Solothurn:** Änderung des Kinderzulagengesetzes (Erhöhung der Kinderzulagen auf monatlich 150 Franken; Einführung proportionaler Zulagen für Teilzeitbeschäftigte; in Parlamentsberatungen wird die Ausrichtung einer vollen Kinderzulage bei Teilzeitbeschäftigung und eine entsprechende Reduktion nur bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden beschlossen, wobei der Regierungsrat auf dem Verordnungswege die Kompetenz erhält, für alleinerziehende Elternteile Ausnahmen von dieser Regelung zu machen) in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 79,8% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 7.6., 8.6., 15.6., 27.11.89).

**Thurgau:** Änderung des Gesetzes über die Kinder- und Ausbildungszulagen (Erhöhung der Kinderzulagen von 100 auf 110 Franken und der Ausbildungszulagen von 120 auf 135 Franken; in Parlamentsberatungen wird die Kinderzulage auf 120 Franken festgesetzt) vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 13.9., 21.11.89).

**Ticino:** Legge sui consultori matrimoniali-familiari (riconoscimento dei consultori esistenti e gestiti da organismi privati; creazione di strutture statali solo a titolo sussidiario) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 20.2., 21.2.89). – Iniziativa parlamentare generica in favore della creazione di un ufficio della condizione femminile (creazione in seno all'amministrazione cantonale di un servizio analogo a quello appena varato dalla Confederazione e esistente in alcuni altri cantoni; servizio che dovrebbe occuparsi di studi, ricerche e proposte in vista di correggere le discriminazioni legislative e di fatto di cui è ancora vittima la donna nonostante che il principio della parità sia ormai vincolato nella costituzione) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 20.2., 21.2.89).

**Uri:** Revision des Gesetzes über die Familienzulagen (Erhöhung der Kinderzulagen von 100 auf 120 Franken und der Geburtszulage von 300 auf 500 Franken) in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 78,9% Ja-Stimmen angenommen (*Vat.*, 20.1., 16.2., 1.6., 5.6.89; *NZZ*, 27.5.89).

**Vaud:** Aboutissement d'une initiative du POP "pour de véritables allocations familiales" (augmentation de 110 à 200 francs des allocations par enfant et de 150 à 300 francs des

allocations pour apprentis/étudiants, avec adaptation automatique au coût de la vie; augmentation de 750 à 2 000 francs des allocations par naissance, mais sans indexation) (*24 Heures*, 19.5., 25.8., 29.11.89).

**Zürich:** Gesetz über die Ausrichtung von Beiträgen für die Betreuung von Kleinkindern (gesetzliche Grundlage für eine finanzielle Hilfe an Mütter oder Eltern, die wegen Schwangerschaft oder Geburt in eine finanzielle Notlage geraten; Ausrichtung der Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern während längstens zweier Jahre ab Geburt des Kindes; Berechnung der Beiträge als Differenz zwischen Lebensbedarf und anrechenbarem Einkommen, mit Maximalbeträgen von 1900 Franken für Alleinerziehende und 2300 Franken für zusammenlebende Eltern; Entscheid über die Ausrichtung von Beiträgen durch die Vormundschaftsbehörden; Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an die Auslagen der Gemeinden) vom Regierungsrat in Ausführung von zwei Motionen vorgelegt (*NZZ*, 3.11.89).

## h) Gesundheitswesen – Santé publique

**Appenzell Ausserrhoden:** Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Kantonalisierung der Drogenberatung) von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*NZZ*, 26.4., 2.5.89).

**Fribourg:** Loi sur les soins et l'aide familiale à domicile (création des bases légales pour les soins et l'aide familiale à domicile; introduction d'indemnités forfaitaires pour les parents et les proches qui apportent une aide régulière et importante à une personne impotente; subventionnement par l'Etat des frais, pour le personnel soignant de 50% et pour les aides familiales et ménagères de 20%; fixation d'un tarif, selon lequel les usagers participent à environ 20% des charges d'exploitation des services pour les soins à domicile et à 35% pour l'aide familiale) proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 26.10.89).

**Genève:** Projet de loi (aucune fixation du mode de financement) concrétisant l'initiative non formulée du PSO "en faveur des soins à domicile" approuvé par le Grand Conseil. Dépôt d'un recours auprès du Tribunal fédéral, qui décide finalement d'annuler la loi pour n'avoir pas suffisamment respecté les propositions de l'initiative; renvoi en commission de l'initiative par le Grand Conseil (*JdG*, 8.6., 2.12.89; cf. *APS 1985*, p. 225; *1988*, p. 308).

**Graubünden:** Grossratsbeschluss betreffend Beitritt des Kantons Graubünden zum Heilmittelkonkordat in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 86,9% Ja-Stimmen angenommen (*BüZ*, 14.9., 20.9., 25.9.89; *NZZ*, 20.9.89).

**Jura:** Avant-projet de nouvelle loi sanitaire (inscription de l'éducation et de la prévention dans la loi, avec l'intention de rendre les individus responsables de leur santé, de limiter ainsi les séjours en institutions et de permettre aux patients de vivre leur maladie dans le cadre affectif dont ils ont l'habitude; financement de ces tâches par un fonds spécial alimenté par une partie du produit de la dîme sur l'alcool et par un versement annuel pris en charge à raison de 40% par les communes et de 60% par l'Etat; développement des soins à domicile et financement de ces soins par un fonds spécial alimenté par des versements annuels de 60% de l'Etat et de 40% des

communes; compétence de l'Etat d'allouer une aide financière aux personnes qui prennent en charge un patient à domicile) mis en consultation (*Dém.*, 22.12., 23.12.89). – Avant-projet de loi spéciale concernant la vente de médicaments par les médecins (les médecins sont autorisés à vendre des médicaments seulement si leur cabinet se trouve à plus de cinq kilomètres de la pharmacie la plus proche, les cas d'urgence exceptés) mis en consultation (*Dém.*, 22.12., 23.12.89; *JdG*, 27.12.89).

**Luzern:** Gesetzesinitiative "Ausbau der spitalexternen Krankenpflege und der Hauspflege im ganzen Kantonsgebiet" vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*Vat.*, 15.6., 27.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 308). – Änderung des Gesundheitsgesetzes (Mitfinanzierung der ambulanten Krankenpflege und der Hauspflegedienste durch den Kanton und die Krankenkassen bei Beibehaltung der bisherigen Zuständigkeit der Gemeinden; Übernahme der Hälfte der Patientenrechnungen durch die Krankenkassen, wovon ihnen bei der ambulanten Krankenpflege zwei Drittel und beim Hauspflegedienst 100 Prozent durch den Kanton rückvergütet werden; Verankerung einer grundsätzlichen Leistungsvoraussetzung, derzufolge mit der Hauspflege ein Aufenthalt in einem Spital oder Pflegeheim vermieden werden kann; Einsetzung einer kantonalen Fachkommission für Spitex-Fragen) vom Regierungsrat als Gegenvorschlag zur Initiative des Grünen Bündnis "Ausbau der spitalexternen Krankenpflege und der Hauspflege im ganzen Kantonsgebiet" vorgelegt und vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*LNN*, 15.6., 25.10.89; *Vat.*, 15.6., 27.9., 25.10.89). – Initiative "Schaffung einer kantonalen Schule für die Ausbildung von Spitex-Personal" vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*LNN*, 14.11.89; *Vat.*, 14.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 308).

**Neuchâtel:** Crédit de 3,5 millions de francs pour la réalisation d'une école d'infirmières à La Chaux-de-Fonds approuvé en votation populaire le 4.6 par 87,0% des votants (*Express*, 26.1., 31.5., 2.6., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; *JdG*, 31.5.89). – Ratification de la convention romande permettant l'harmonisation de la formation et de la mobilité des futurs infirmiers et infirmières, laborantines, nurses etc. approuvée en votation populaire (référendum financier obligatoire) le 4.6 par 83,9% des votants (*Express*, 31.5., 2.6., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; *JdG*, 31.5.89).

**Nidwalden:** Gesetz über die Schule für praktische Krankenpflege von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*Vat.*, 12.1., 27.4., 1.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 308 f.).

**St.Gallen:** Grossratsbeschluss über Eingriffe in die Fortpflanzung beim Menschen: Bestimmungen über die Aufhebung der Samenbank vom Bundesgericht in Gutheissung einer staatsrechtlichen Beschwerde vorläufig für nicht anwendbar erklärt; später Ungültigerklärung von 6 Artikeln des Beschlusses durch das Bundesgericht (*SGT*, 16.3.89; *NZZ*, 16.3.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 289; *1988*, S. 309).

**Schaffhausen:** Kredit von 7,245 Mio Fr. für die bauliche Erneuerung des kantonalen Laboratoriums in Schaffhausen in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 50,2% Nein-Stimmen abgelehnt. Nein-Parolen von FDP, LdU, Auto-Partei und Gewerbeverband (*NZZ*, 9.11., 21.11.89; *SN*, 18.11., 27.11.89).

**Thurgau:** Einreichung einer Initiative für eine Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Verpflichtung des Kantons, für die nichtmedizinischen Kosten der

freischaffenden Hebammen bei einer ambulanten Geburt oder einer Hausgeburt aufzukommen), welche vom Grossen Rat zur Ablehnung empfohlen wird (*SGT*, 21.3., 11.4., 3.10., 24.10., 1.12.89).

**Ticino:** Nuova legge sulla promozione della salute e il coordinamento sanitario (nelle deliberazioni granconsigliari è introdotta, per 5 anni, una sorta di clausola del bisogno per l'apertura di nuove cliniche private e simili) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 26.1., 4.2., 22.2., 23.2., 19.4.89; v. *APS 1983*, p. 212; *1986*, p. 243; *1988*, p. 309).

**Vaud:** Modification de la loi sur la police de commerce (suppression de l'interdiction de la vente de contraceptifs par distributeurs automatiques) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 3.5.89).

**Zug:** Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 27.1.89; *Vat.*, 27.1.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 309).

**Zürich:** Einzelinitiative für eine Ergänzung des Gesundheitsgesetzes (Reduktion der Arbeitszeit von Ober- und Assistenzärzten an öffentlichen Spitälern im Sinne einer Gleichstellung mit jener der kantonalen Beamten): Kantonsrat verweigert definitive Unterstützung (*NZZ*, 14.3.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 289).

## i) Spitalwesen - Hôpitaux

**Baselland:** Kredit von 0,55 Mio Fr. für ein Vorprojekt einer Geschützten Operationsstelle am Kantonsspital Liestal in der Volksabstimmung (fakultatives Referendum) vom 26.11. mit 56,4% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SP, LdU und Grünen Baselland (*BaZ*, 19.5., 30.5., 12.7., 15.11., 27.11.89).

**Baselstadt:** Einreichung einer Initiative der POCH "zur Rettung des Kinderspitals Basel" (*BaZ*, 22.3., 24.4., 28.4., 29.6.89)

**Bern:** Revision des Spitalgesetzes vom Grossen Rat an die Regierung zurückgewiesen (*Bund*, 28.4., 23.6., 15.8., 21.8., 6.9., 7.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 309). – Projektierungskredit von 2,95 Mio Fr. für den Neubau des Frauenspitals in Bern vom Grossen Rat angenommen. Einreichung des Referendums (*Bund*, 24.5., 1.6., 15.6., 19.9., 18.10.89; *BZ*, 18.12.89).

**Valais:** Révision de la loi sur la santé publique approuvée en votation populaire le 4.6 par 82,6% des votants (*NF*, 18.5., 27.5., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; cf. *APS 1988*, p. 310).

**Zug:** Änderung der Gesetze über das Spitalwesen und über das Kantonsspital (Schaffung der rechtlichen Grundlagen zur besseren Kostenbewältigung und zur Forcierung der Koordination unter den Spitälern, allenfalls auch im Sinne eines Zwanges; Einführung von Vorschriften über das Leistungsprogramm; Koordination des Angebots der Spitäler; Regelung der Privathonorare der Spitalärzte) vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 29.9.89; *Vat.*, 29.9., 1.12.89).

## j) Sozialfürsorge - Assistance sociale

**Baselland:** Änderung des Fürsorgegesetzes in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 73,9% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parole der Liberalen Partei (*BaZ*, 12.9., 28.9., 27.11.89; vgl. *SPJ* 1988, S. 310).

**Bern:** Gesetz über den fürsorgerischen Freiheitsentzug (Regelung der Zwangseinweisung betreuungsbedürftiger Personen in Anstalten und psychiatrische Kliniken in Ausführung des entsprechenden Bundesrechts; Aufnahme von eigenständigen kantonalen Normen sowie von Vorschriften über die ambulante Betreuung von Psychisch- und Suchtkranken, d.h. von Massnahmen ohne Freiheitsentzug; Kompetenz der Vormundschaftsbehörden, eine Betreuung anzuordnen, "wenn eine gefährdete Person der persönlichen Fürsorge bedarf"; Kompetenz der Behörden, den betreuten Personen Weisungen zu erteilen, sie bei Fehlverhalten zu verwarnen und ihr weitere Massnahmen anzudrohen) vom Grossen Rat angenommen (*BZ*, 31.3.89; *Bund*, 13.9., 23.11.89).

**Fribourg:** Loi concernant la constitution de la fondation de droit public cantonal "Bellevue" pour l'accueil de personnes handicapées psychiques et mentales proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 23.11.89).

**Jura:** Révision de la loi sur les oeuvres sociales (fixation de la notion de subsidiarité de l'aide sociale; simplification des aspects administratifs de l'aide sociale; fixation de la réintégration comme premier principe de l'aide sociale; suppression du remboursement de l'aide qui a été accordée à des mineurs; obligation des deux conjoints et plus du seul mari pour le remboursement des prestations obtenues; introduction de dispositions de lutte contre la toxicomanie; suppression de l'institution des inspecteurs des oeuvres sociales; suppression des contributions des biens de bourgeoisie) mise en consultation (*Dém.*, 13.1.89).

**Luzern:** Neues Sozialhilfegesetz (Verankerung des Grundsatzes, dass jede Bürgergemeinde ein Sozialamt zu führen hat; Verankerung des Subsidiaritätsprinzips, demzufolge in erster Linie Selbsthilfe und soziale Privathilfe gefördert werden sollen; Unterstellung von Privaten, welche gewerbmässig Personen von über 65 Jahren betreuen und beherbergen, unter die Aufsicht des Fürsorgedepartements; Erhöhung der kantonalen Baukostenbeiträge an die Pflegeabteilungen bei Altersheimen; Einführung einer Mutterschaftsbeihilfe für Schwangere und Mütter mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton, die sich in finanzieller Not befinden; zeitliche Beschränkung der Ausrichtung dieser Mutterschaftsbeihilfe auf sechs, in Härtefällen auf zwölf Monate; Verankerung der Beträge in einer Verordnung; Übernahme der Kosten zu einem Drittel durch den Kanton und zu zwei Dritteln durch die betreffenden Bürgergemeinden; Ausrichtung einer persönlichen Sozialhilfe an Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge durch den Kanton, welche Hilfswerken oder teilweise den Bürgergemeinden übertragen werden kann; Ausbau der persönlichen Sozialhilfe durch Erweiterung der öffentlichen Unterstützung, namentlich in Form von Beratung, Betreuung oder Vermittlung an die entsprechenden Institutionen; Anspruchsberechtigung für persönliche Sozialhilfe für alle, welche sich in persönlichen Schwierigkeiten befinden; einheitliche Regelung der Alimentenbevorschussung, wobei nur die Unterhaltsansprüche der Kinder bevorschusst werden sollen, mit Kostenübernahme durch die



Gemeinden; Umbenennung der kantonalen Departemente für Fürsorge und Sanität in solche für Soziales und Gesundheit; in Parlamentsberatungen wird bei der Finanzierung der Mutterschaftsbeihilfe die Übernahme der Kosten durch den Kanton im Umfange von 30 bis 50 Prozent entsprechend dem Steuerfuss der jeweiligen Bürgergemeinde sowie die Ausrichtung der Mutterschaftsbeihilfen während zwölf Monaten beschlossen) vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 26.1.89; *Vat.*, 26.1., 6.6., 28.6., 4.7., 5.7., 21.9., 24.10., 25.10.89).

**Nidwalden:** Änderung des Sozialhilfegesetzes (Erhöhung der Kantonsbeiträge an die Investitionen der Gemeinden für Bauten von Pflegeheimen von 20 auf 80 Prozent und für den Bau von Behindertenwohnheimen auf 50 Prozent; Möglichkeit von zusätzlichen Verzinsungs- und Abschreibungsbeiträgen bei Altersheimen mit Pflegeabteilungen) vom Landrat in Beratung gezogen (*LNN*, 8.11.89).

**Solothurn:** Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe in der Volksabstimmung vom 2.7. mit 65,5% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 28.6., 3.7.89; *NZZ*, 1.7.89; vgl. *SPJ* 1987, S. 290; 1988, S. 310).

**Thurgau:** Einmaliger Baubeitrag von 1,61485 Mio Fr. an die Stiftung Sonnenhalde für den Neubau eines Wohnheimes mit Beschäftigungsstätte für schwerbehinderte Erwachsene in Münchwilen in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 78,9% Ja-Stimmen angenommen (*SGT*, 28.2., 6.3.89; *NZZ*, 3.3., 6.3.89).

## 6. Bildung und Kultur – Education et culture

### a) Schulen – Ecoles

**Aargau:** Formulierte Initiative für die Fünftageweche in der Schule vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*AT*, 5.9.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 311).

**Baselland:** Gesetzesinitiative "für die Mitsprache des Volkes bei der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer" in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 69,7% Nein-Stimmen abgelehnt. Stimmfreigabe der NA (*BaZ*, 17.2., 25.2.89; *NZZ*, 22.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 311). – Änderung des Schulgesetzes in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 83,8% Ja-Stimmen angenommen (*BaZ*, 18.2., 6.3.89; *NZZ*, 22.2.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 311).

**Baselstadt:** Rückzug der Initiative der FDP "für eine Verlängerung der Primarschulzeit" (*BaZ*, 8.7.89; vgl. *SPJ 1979*, S. 191; *1982*, S. 193). – Rückzug der "Schulinitiative" (*BaZ*, 8.7.89; vgl. *SPJ 1980*, S. 189).

**Bern:** Änderungen des Primar- und des Mittelschulgesetzes (in Parlamentsberatungen wird der Begriff "Beobachtungsstufe" durch eine offenere Formulierung ersetzt) vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*Bund*, 26.5.89; *BZ*, 26.5.89; vgl. *SPJ 1986*, S. 245; *1987*, S. 291; *1988*, S. 311).

**Fribourg:** Loi sur l'enseignement secondaire supérieur (inscription des principes d'une école humaniste et personnaliste, d'un enseignement fondé sur la conception chrétienne de la personne et sur le respect des droits fondamentaux, et d'une instruction des élèves en collaboration avec leurs parents en secondant ceux-ci dans l'éducation de leurs enfants; fixation du droit de tout jeune domicilié dans le canton d'être admis dans une école; institution d'une commission d'école dans chaque établissement comme organe de surveillance, composée de cinq à sept membres, auxquels se joindra un représentant des professeurs; complément de la liste des écoles secondaires supérieures; compétence du Conseil d'Etat d'ouvrir d'autres écoles; enseignement donné en français et en allemand dans chaque école à l'exception de celle de Bulle; division de l'école normale en deux sections autonomes; caractère facultatif des cours d'enseignement religieux; exercice d'une aumônerie dans les écoles par les églises reconnues, selon convention avec l'Etat; suppression de l'écolage pour les élèves domiciliés dans le canton; lors des délibérations parlementaires, le Grand Conseil vote en faveur de l'inscription de la possibilité du numerus clausus pour l'Ecole normale dans la loi; il décide de doter les collèges d'un service de consultation psychologique à disposition des élèves, des parents et des enseignants, et il fixe le nombre des membres de la commission d'école à onze): début des délibérations au Grand Conseil (*Lib.*, 19.1., 22.9., 17.11., 23.11.89). – Modification de la loi scolaire proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 22.12.89).

**Genève:** Non-aboutissement de l'initiative "contre la suprématie de l'allemand" (désignation de l'anglais au lieu de l'allemand comme première langue obligatoire enseignée à l'école) (*JdG*, 12.4.89).

**Jura:** Nouvelle loi sur l'Ecole infantine, l'Ecole primaire et l'Ecole secondaire (dans son message au Parlement, le Gouvernement a opté pour six années d'école primaire et trois années d'école secondaire) proposée par le Gouvernement (*Dém.*, 14.12., 21.12.89; cf. *APS 1988*, p. 311).

**Neuchâtel:** Crédit de 8,4 millions de francs pour l'assainissement des bâtiments du Gymnase cantonal de La Chaux-de-Fonds approuvé en votation populaire le 4.6 par 67,1% des votants (*Express*, 26.1., 31.5., 2.6., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; *JdG*, 31.5.89).

**St.Gallen:** Nachtragsgesetz zum Mittelschulgesetz (Anerkennung der Ostschweizerischen Maturitätsschule für Erwachsene als öffentlich-rechtliche Einrichtung) vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 11.5., 21.9., 26.9., 29.9.89). – Gesetzesinitiative "für eine Primarschule ohne Fremdsprachenunterricht" in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 61,5% Nein-Stimmen abgelehnt. Ja-Parole vom LdU, Stimmfreigabe von den Grünen und der Auto-Partei (*SGT*, 30.5., 5.6.89; *NZZ*, 25.5.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 292).

**Schaffhausen:** Vorlage für die Einführung des Maturitätstypus E (Wirtschaftsgymnasium) vom Regierungsrat in Ausführung einer Motion vorgelegt (*SN*, 18.8.89). – Änderung des Schulgesetzes (Übernahme der Kosten für die Sonderschulung durch den Kanton; Beteiligung der Gemeinden mit einem Schulgeld, welches ihnen die Kreisschulorte in Rechnung stellen; Reduktion des Kantonsanteils an den Lehrerbesoldungen von 57 auf 52 Prozent) vom Regierungsrat vorgelegt (*SN*, 3.11.89).

**Solothurn:** Änderung des Lehrerbesoldungsgesetzes (Vereinheitlichung der Kompetenzordnungen für alle Lehrerkategorien mit Übergang der Kompetenz zur Festlegung der Besoldungen und Pflichtpensen der Volksschullehrer vom Volk auf den Kantonsrat; Einführung der Unvereinbarkeit einer Anstellung als Volksschullehrer oder -lehrerin mit dem Mandat eines Gemeindeammanns im Neben- oder Halbamt, mit Ausnahme derjenigen Fälle, wo Schulkreis und Wohnort nicht zusammenfallen; Einführung der Möglichkeit einer nebenamtlichen Tätigkeit als Amtsrichter) zur Vernehmlassung vorgelegt (*SZ*, 2.3., 26.8.89). – Gesetz über die Trägerschaft des gymnasialen Unterrichts auf der Unterstufe (Gleichstellung der Gemeinden in der Tragung der Kosten für den Unterricht auf der gymnasialen Unterstufe, mit Kompensationsleistungen des dadurch entlasteten Kantons im Bereich des Zivilstandswesens; Schaffung der Voraussetzungen, damit an weiteren Bezirksschulen, welche die notwendigen Kriterien erfüllen, auch Unterricht auf der Unterstufe nach den Maturitätstypen A und B erteilt werden kann) vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*SZ*, 24.4., 25.10., 26.10.89). – Gesetz über die Diplommittelschule (Errichtung einer Diplommittelschule in Olten und Solothurn, welche im Anschluss an die obligatorische Schulzeit in zwei Jahren eine Vorbereitung auf Berufslehren mit erhöhten Anforderungen vermittelt) in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 69,5% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 30.5., 7.6., 8.6., 27.11.89).

**Thurgau:** Kredit von 27,7 Mio Fr. für einen Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung angenommen (*SGT*, 1.12.89).

**Ticino:** Iniziativa parlamentare presentata nella forma generica per la modificazione della legge sugli stipendi degli impiegati dello Stato e dei docenti in merito al sussidiamento ai Comuni dei salari degli insegnanti di educazione musicale e di ginnastica (introduzione del principio di abolizione delle difficoltà economiche che rendono problematica l'introduzione del docente speciale per i comuni deboli) approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 19.6., 21.6.89).

**Vaud:** Modification de la loi scolaire (assouplissement de l'obligation de fréquenter les classes de l'arrondissement, du groupement ou de la commune de domicile, ainsi que de l'âge d'entrée à l'école enfantine, qui est fixé à quatre ans révolus au 30 juin, plus ou moins quatre mois) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 5.9.89). – Modification de la loi sur l'enseignement supérieur (abrogation de l'adhésion conditionnelle au gymnase durant le 1er semestre; introduction d'une base légale à certains cours le samedi pour les futurs candidats au bac artistique) approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 5.9.89).

**Zug:** Totalrevision des Volksschulgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen zur Vernehmlassung vorgelegt (*Vat.*, 23.6.89; *NZZ*, 27.6.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 292 f.).

**Zürich:** Neues Gesetz über die Organisation des Unterrichtswesens: Regierungsrat verzichtet nach Kenntnisnahme der Vernehmlassungsergebnisse auf eine Weiterbearbeitung der Vorlage (*NZZ*, 12.1.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 293). – Nichtformulierte Initiative für die Einführung der Fünftagewoche in der Schule vom Regierungsrat zur Ablehnung beantragt (*NZZ*, 9.3.89; *TA*, 9.3.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 293). – Änderung des Gesetzes über die Organisation des Unterrichtswesens (Kompetenz des Erziehungsrats, die Ausbildungsdauer an Gymnasien um höchstens zwei Monate zu verlängern) vom Regierungsrat vorgelegt (*NZZ*, 12.5.89).

## **b) Berufsbildung, Berufsberatung – Formation et orientation professionnelle**

**Baselstadt:** Änderung des Berufsbildungsgesetzes vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 6.1.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 312).

**Bern:** Neues Gesetz über die Ingenieurschulen, Technikerschulen und Höheren Fachschulen vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*Bund*, 17.11.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 313).

**Fribourg:** Crédit de 74 millions de francs pour la réalisation d'une Ecole d'ingénieurs à Fribourg approuvé en votation populaire le 4.6 par 73,4% des votants (*Lib.*, 4.4., 31.5., 5.6.89; *NZZ*, 24.5.89). – Modification de la loi d'application de la loi fédérale sur la formation professionnelle (séparation de l'Ecole d'ingénieurs et de l'Ecole des métiers) approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 29.6., 28.9.89).

**Graubünden:** Teilrevision des Berufsbildungsgesetzes (Anhebung der Subventionsansätze für Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und von Technikerschulen; Anerkennung von Höheren Gastgewerblichen Fachschulen und Höheren Fachschulen für Tourismus durch den Kanton und Ausrichtung von Beiträgen in gleichem Umfange wie für die andern Schulen; Erhöhung der Subventionen für Vorlehrinstitutionen wie Berufswahlklassen) zur Vernehmlassung vorgelegt (*BüZ*, 7.10.89).

**Jura:** Nouvelle loi sur la formation professionnelle (suppression des commissions d'école liées à l'école et constitution de deux commissions cantonales nommées par le Gouvernement, dont une pour les écoles techniques et l'autre pour les écoles commerciales; révision du système du financement dans le sens d'une prise en charge augmentée – huit-dixièmes – des frais par le canton; introduction du pré-apprentissage d'une durée d'une année; possibilité d'un congé supplémentaire d'une semaine par année au maximum pour des apprentis qui assumeraient des responsabilités dans des mouvements de jeunesse; introduction de cours de formation pour les maîtres d'apprentissage; organisation de cours d'introduction aux techniques fondamentales par les associations professionnelles; compétence du service cantonal de la formation professionnelle pour organiser en cas de besoin des examens intermédiaires afin de permettre de combler des lacunes qui apparaîtraient en cours d'apprentissage) proposée par le Gouvernement (*Dém.*, 15.6., 1.7.89).

**Solothurn:** HTL-Gesetz (gesetzliche Grundlage für die Schaffung eines Tagestechnikums mit Gesamtkosten von rund 80 Mio Fr.; Bestimmung des Standortes durch eine separate Volksabstimmung) in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 71,0% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 12.1., 26.4., 27.4., 26.8., 25.9.89; *NZZ*, 13.1., 21.9.89). – Kredit von 12,55 Mio Fr. für einen Neubau für die Berufsschulen in Breitenbach in der Volksabstimmung vom 2.7. mit 65,6% Ja-Stimmen angenommen (*SZ*, 9.3., 3.7.89; *NZZ*, 1.7.89).

**Thurgau:** Kredit von 6,82 Mio Fr. für den Ausbau der Landwirtschafts- und Haushaltungsschule Arenenberg in der Volksabstimmung vom 5.3. mit 64,6% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von Grüner Partei und LdU, Stimmfreigabe der Nationalrepublikanischen Aktion (*SGT*, 28.2., 6.3.89; *NZZ*, 3.3., 6.3.89).

### c) Hochschulen – Universités

**Zürich:** Einzelinitiative für eine Änderung des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen (Schaffung eines Lehrstuhls für Erfahrungsmedizin an der Universität Zürich): Regierungsrat beantragt Ablehnung (*NZZ*, 27.7.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 313). – Einzelinitiative für eine Änderung des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen (Berufungen, Prüfungen): Regierungsrat beantragt Ablehnung (*NZZ*, 27.7.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 313). – Revision des Unterrichtsgesetzes (in Parlamentsberatungen wird festgelegt, dass nur Erfindungen, aber keine andern urheberrechtlich geschützten Werke dem Kanton zur Nutzung anzubieten sind) vom Kantonsrat in Beratung gezogen (*NZZ*, 31.10.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 313).

### d) Stipendien – Bourses d'études

**Fribourg:** Loi sur les subsides de formation proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 23.11.89; 18.1.90; cf. *APS 1987*, p. 294).

**Genève:** Nouvelle loi sur l'encouragement aux études et modification de la loi sur l'orientation et la formation professionnelles approuvées par le Grand Conseil (*JdG*, 5.10.89; cf. *APS 1988*, p. 313).

**Jura:** Modification de la loi sur les bourses et les prêts d'études (remboursement par l'Etat de toutes les taxes d'inscription dépassant 1000 francs de tous les élèves qui fréquentent des écoles reconnues et situées hors du canton du Jura; répartition des charges entre le canton et les communes après déduction des subventions fédérales selon la proportion de 60 à 40%) mise en consultation (*Dém.*, 13.4.89).

**Luzern:** Neues Stipendiengesetz (Beibehaltung des Subsidiaritätsprinzips und des Prinzips der Deckung der mittleren Kosten; verbindliche Festlegung der anzurechnenden Auslagen und der zumutbaren Leistungen in einer Verordnung; teilweiser Verzicht auf die zumutbaren Leistungen der Eltern bei der Berechnung des finanziellen Bedarfs; Beschränkung des Stipendienanspruchs auf Bewerber bis zum 30. Altersjahr, mit Ausnahmemöglichkeit in besonderen Fällen; Wegfall der Unterstützung einer Drittausbildung; Verzicht auf Ausrichtung von Darlehen bei einer Erstausbildung; Reservierung der Darlehen für Spezialfälle; Übergang der Vollzugskompetenz von der Stipendienkommission auf das Amt für Berufsbildung) in Ausführung von zwei Motionen zur Vernehmlassung vorgelegt (*Vat.*, 27.1.89).

**Nidwalden:** Änderung des Stipendiengesetzes von der Landsgemeinde am 30.4. angenommen (*LNN*, 1.5.89; *Vat.*, 12.1., 27.4., 1.5.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 314).

**Schwyz:** Änderung des Stipendiengesetzes (Erhöhung der Maximalansätze für Studiendarlehen, welche jeweils auch laufend an die Teuerung und die steigenden Lebenshaltungs- und Studienkosten angepasst werden können; Kompetenz des Regierungsrats für die periodische Anpassung und Festsetzung der Maximalsätze; Kompetenz des Kantonsrats für die Anpassung an die Teuerung) vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 26.8.89; *Vat.*, 26.8., 26.10.89).

**Thurgau:** Änderung des Gesetzes über die Ausrichtung staatlicher Stipendien und Ausbildungsdarlehen (Anpassung der Stipendien-Höchstsätze an diejenigen des Bundes; Änderung der Berechnungsgrundlagen: Anrechnung eines je nach Ausbildung unterschiedlich angesetzten pauschalen Eigenverdiensts, welcher zu den Elternbeiträgen geschlagen und von den tatsächlich entstehenden Ausbildungskosten abgezogen wird; voller Ausgleich des verbleibenden Defizits durch Stipendien; differenziertere Berechnung von Unterkunft und Verpflegung zu Hause; Festlegung des Wohnsitzes der Eltern als stipendienrechtlicher Wohnsitz; Wegfall der Kompetenz des Grossen Rates zur Anpassung der Maximalsätze; in Parlamentsberatungen wird zusätzlich beschlossen, dass nicht nur Ausländer mit Niederlassungsbewilligung, sondern auch Aufenthalter mit fünfjährigem stipendienrechtlichem Wohnsitz Anspruch auf Ausbildungsbeiträge erhalten) vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*SN*, 17.1.89; *SGT*, 19.1., 3.11., 1.12.89).

## e) Kulturförderung – Promotion de la culture

**Bern:** Gesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung vom Grossen Rat angenommen. Einreichung des Referendums durch die EDU (*Bund*, 23.2., 24.2., 26.5., 22.9., 14.10.89; vgl. *SPJ* 1987, S. 294; 1988, S. 314).

**Luzern:** Kredit von 28,85 Mio Fr. für den Neubau des Staatsarchivs in der Volksabstimmung vom 26.11. mit 61,2% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen vom Grünen Bündnis und der Unabhängigen Frauenliste (*Vat.*, 24.2., 23.5., 9.11., 21.11., 27.11.89).

**Neuchâtel:** Nouvelle loi sur les archives de l'Etat (déclaration des archives de l'Etat comme partie du patrimoine historique et culturel de la communauté neuchâteloise; accès du public aux documents conservés 35 ans après le terme de leur préarchivage, à moins qu'un intérêt public ou privé ne s'y oppose) approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 10.10.89).

**Solothurn:** Medienförderungsgesetz (Definition des Geltungsbereichs des Gesetzes; Verankerung des Grundsatzes der Förderung der Medienerziehung durch den Kanton; Schaffung der Stelle eines Informationsbeauftragten; Möglichkeit der Ausrichtung von finanziellen Beiträgen an bedrängte Printmedien in Form von befristeten, kurzfristigen und zinslosen Darlehen; Möglichkeit der Unterstützung von Lokalradios in Form von befristeten Betriebszuschüssen für eine beschränkte Zeit; Sicherstellung einer besseren publizistischen Versorgung des Schwarzbubenlandes im Bereich der elektronischen Medien; Anspruchsberechtigung von Medienschaffenden für Stipendien zur Aus- und Weiterbildung; Verankerung eines Zeugnisverweigerungsrechtes für Journalisten und Festlegung der dabei geltenden Ausnahmegründe) zur Vernehmlassung vorgelegt (*SZ*, 29.6.89; *NZZ*, 15.7.89; *BaZ*, 24.8.89).

## f) Film – Cinéma

**Baselstadt:** Änderung des Gesetzes über die Vorführung von Filmen (Streichung der Bestimmung, wonach am Gründonnerstag und am Heiligen Abend die Kinos ab 19 Uhr geschlossen sind; Verbot für erwachsene Kinobesucher, Kinder und Jugendliche in eine für diese nicht freigegebene Filmvorführung mitzunehmen; Verpflichtung der Kinobesitzer, die für die einzelnen Filmvorführungen geltenden Mindestalter gut sichtbar bekanntzumachen und deren Einhaltung allenfalls durch Kontrolle von Alter und Identität der jugendlichen Kinobescher zu überwachen) vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 6.12.89).

## g) Kirchen – Eglises

**Baselland:** Revision des Kirchengesetzes in der Volksabstimmung vom 4.6. mit 74,9% Ja-Stimmen angenommen (*BaZ*, 24.2., 10.3., 31.5., 5.6.89; *NZZ*, 30.5.89; vgl. *SPJ* 1986, S. 249; 1988, S. 314).

**Bern:** Gesetz über die Voraussetzungen und Wirkungen der öffentlich-rechtlichen Anerkennung von Religionsgemeinschaften (in zweiter Lesung wird auf das Kriterium des monotheistischen

Bekanntnisses verzichtet) vom Grossen Rat angenommen; Einreichung des Referendums durch EDU und NA (*Bund*, 9.2., 17.6., 25.8.89; *BaZ*, 10.7.89; vgl. *SPJ 1988*, S. 314).

**Fribourg:** Loi régissant les rapports entre les Eglises et l'Etat (modification par rapport au texte soumis à la procédure de consultation: réintroduction du terme "paroisses" en lieu et place de l'appellation "collectivités ecclésiastiques") proposée par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 6.7.89; *NZZ*, 31.7.89; cf. *APS 1984*, p. 211; *1986*, p. 249; *1987*, p. 295).

**Valais:** Modification constitutionnelle de l'article régissant les rapports entre l'Etat et les Eglises reconnues (abandon de l'obligation de créer des communes ecclésiastiques en consacrant le statu quo; création d'une base constitutionnelle pour une éventuelle participation de l'Etat aux frais centraux des deux Eglises reconnues de droit public): suite des délibérations au Grand Conseil (*NF*, 28.6., 29.6., 15.11.89; cf. *APS 1987*, p. 295; *1988*, p. 314).

**Zürich:** Änderung des Gemeindegesetzes in der Volksabstimmung vom 24.9. mit 52,3% Ja-Stimmen angenommen. Nein-Parolen von SVP und PdA, Stimmfreigabe der POCH (*NZZ*, 11.4., 11.9., 18.9., 25.9.89; *TA*, 21.9.89; vgl. *SPJ 1987*, S. 295). – Änderung des Gesetzes über die evangelisch-reformierte Landeskirche (Aufteilung der Sitze der reformierten Kirchensynode auf die Wahlkreise aufgrund der zuletzt vom kantonalen Statistischen Amt ermittelten Bevölkerungszahlen; Garantie von zwei Sitzen für den Wahlkreis der französischsprachigen Kirchgemeinschaften) vom Regierungsrat vorgelegt (*NZZ*, 12.10.89).

## h) Sprachgruppen - Groupes linguistiques

**Fribourg:** Loi sur les langues officielles dans le canton (inscription de l'égalité de traitement entre les deux communautés linguistiques; abandon du principe de la territorialité dans les régions situées à la frontière linguistique et remplacement par celui des territoires mixtes, dans lesquels français et allemand cohabiteront; suppression de l'article selon lequel le texte français est déclaré être le texte original) proposée par le Conseil d'Etat suite à une motion approuvée par le Grand Conseil en 1982 (*Lib.*, 23.10.89; *NZZ*, 3.11.89).